### Ausgabe 5 - Oktober 2019

17. Jahrgang, Nr. 98



# AUSDRUCK

### MAGAZIN DER INFORMATIONSSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

#### Deutschland und die Bundeswehr

*Markus Euskirchen* ∼ Bundesweite Gelöbnisse im November: Warum Armeen Rituale inszenieren **– 1** 

*Jürgen Wagner* ∼ Blut für Öl! Lobbying für eine deutsche Militärpräsenz am Persischen Golf **– 4** 

*Martin Kirsch* ~ Die Osterweiterung der Bundeswehr. Per Heereskooperation zur deutsch/europäischen Armee? **– 8** 

*Peter Bürger* ∼ Rezension: Militärbischof für Aufrüstung und Wehrpflicht **– 13** 

*Lucius Teidelbaum* ~ Jenseits der Verfassung – das militärpolitische Programm der AfD **– 15** 

#### **EU-Militarisierung**

*Peter Feininger* ∼ Ein illegaler Verteidigungsfonds für illegitime EU-Kriege **– 17** 

*Jürgen Wagner* ∼ Die Bewaffnung des Weltalls: Französische Ankündigungen und deutsche Überlegungen **– 23** 

#### Rüstungskontrolle & Wettrüsten

*Jürgen Wagner* ∼ RIP INF: Das Ende des INF-Vertrags und das neue Wettrüsten **– 25** 

*Peter Feininger* ~ Ungeahntes aus dem Bundestag. "Parlamentskreis Atomwaffenverbot" gegründet **– 27** 

*Lotta Ramhorst* ∼ Neue Rüstungsexportrichtlinien – alte Regelungslücken: Internationalisierung – Technikunterstützung – Europäisierung **– 29** 

*Marius Pletsch* ~ Verbot von Killerrobotern: Blockade der USA und Russlands **– 32** 

#### **Arabischer Raum**

*Joachim Guilliard* ∼ Irak – Zwei Jahre nach dem Sieg über den Islamischen Staat **– 35** 



### **Editorial:**

Bereits im letzten Editorial haben wir darauf hingewiesen, dass Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer für den 12. November bundesweite Gelöbnisse angekündigt hat. Passend dazu findet sich in diesem Ausdruck ein Beitrag, der sich mit der Funktion von Gelöbnissen befasst.

Neben einer ganzen Reihe weiterer Artikel liegt dieser Ausgabe auch die herzliche Einladung zum diesjährigen IMI-Kongress "Rüstung Digital" bei. Er wird vom 30. November bis zum 1. Dezember wie immer in Tübingen (Schlatterhaus) stattfinden. Wir hoffen und glauben ein spannendes Programm zusammengestellt zu haben und freuen uns auf Euer kommen!

Und last but not least haben sicher viele mitbekommen, dass es um die IMI-Finanzen nicht zum Besten steht. Aus diesem Grund haben wir eine Mitgliederkampagne gestartet. Dafür haben wir u.a. auch alle, die schon jetzt IMI-Mitglied sind, mit Ideen angeschrieben, wie sie uns unterstützen könnten.

Wir möchten uns auf diesem Weg bei Euch herzlich für die Rückmeldungen und die Unterstützung (und auch den vielen Zuspruch) bedanken – das hat uns sehr motiviert!

Die IMI ist zwar damit finanziell noch nicht endgültig über den Berg und es wird auch kontinuierlicher Anstrengungen bedürfen, neue Mitglieder zu gewinnen. Aber jetzt ist alles doch auf einem deutlich besseren Weg, als dies noch vor Beginn der Mitgliederkampagne der Fall war.

Damit das weiter so bleibt, freuen wir uns natürlich sehr, wenn wir vor allem bei der Mitgliederwerbung lokal von möglichst vielen Menschen bei ihnen vor Ort unterstützt werden. Infopakete und ähnliches schnüren wir dafür sehr gerne zusammen, einfach per Mail oder Telefon ans IMI-Büro wenden!

Die Redaktion

### **Impressum**

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

**Redaktion:** Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jacqueline Andres, Alexander Kleiß, Martin Kirsch und Jürgen Wagner.

**Erscheinungsweise:** Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

**Druck:** Laupp & Göbel, Robert-Bosch-Straße 42, 72810 Gomaringen.

**Bezugsbedingungen:** IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 35 € bzw. Förderabo ab 40 €.

Hinweise zu einzelnen Texten:  $\Delta$  Kleiß, Liegenschaften, junge Welt, 3.8.2019  $\Delta$  Wagner, Weltall, GWR Nr. 441/2019 (aktualisiert)  $\Delta$  Wagner, INF, Telepolis, 3.8.2019 (aktualisiert)  $\Delta$  Guilliard, Mossul, junge Welt, 6.9.2019 (aktualisiert)

**Bildnachweise wie angegeben außer:** Titelbild: Großer Zapfenstreich anlässlich des 60. Geburtstags der Bundeswehr. Quelle: Bundeswehr/photothek/Michael Gottschalk

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Jürgen Wagner ist IMI-Vorstand, Martin Kirsch und Marius Pletsch sind IMI-Beiräte. Peter Bürger ist als linkskatholischer Publizist in der Friedensbewegung engagiert. Markus Euskirchen ist Autor des des Buches "Militärrituale. Analyse und Kritik eines Herrschaftsinstruments". Lucius Teidelbaum beteibt u.a. den Blog "Braunzone Bundeswehr". Peter Feininger ist vom "Forum solidarisches und friedliches Augsburg" und Joachim Guilliard vom "Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg". Lotta Ramhorst engagiert sich beim Observatorium für europäische Rüstungsexporte nach Mexiko.

Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe: Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autoren/Autorinnen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft – für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

### **Spendeninformation**

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

#### Unsere Spendenkontonummer bei der

Kreissparkasse Tübingen

IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32

BIC: SOLADES1TUB. Konto des IMI-Förderverein:

IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96

BIC: SOLADES1TUB.

Kontakt: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Hechinger Str. 203 (Sudhaus)

**72072 Tübingen** Telefon: 07071/49154 Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de web: www.imi-online.de



# Bundesweite Gelöbnisse im November

### Warum Armeen Rituale inszenieren

von Markus Euskirchen

Die neue Bundesverteidigungsministerin kündigte anlässlich ihres Amtsantrittes im Juli 2019 für den 12. November dieses Jahres bundesweit Zapfenstreiche an. In Berlin "wünscht" sie sich für den "Geburtstag" der Bundeswehr einen Zapfenstreich vor dem Reichstag. "Wir werden die Sichtbarkeit der Bundeswehr in unserer Gesellschaft erhöhen." Koste es, was es wolle, schwingt dabei unausgesprochen mit. Es geht ausdrücklich um Sichtbarmachung, Visualisierung. Was soll sichtbar gemacht werden? Die Bundeswehr, der mit Kriegswaffen ausgestattete und von Nazi-Netzwerken durchzogene Staatsapparat, in dem sich die staatliche Macht in ihrer tödlichsten Konsequenz materialisiert. Der Zapfenstreich soll uns bundesweit und unübersehbar in der Öffentlichkeit präsentiert werden: ein Machtvisualisierungsritual, eine öffentliche Drohung.

### Zapfenstreich?

Der Zapfenstreich stammt ab vom Signalspiel der Flöter und Trommler in den Truppenlagern des europäischen dreißigjährigen Krieges im 17. Jahrhundert, mit dem am Abend der Bierausschank beendet wurde (der "Zapfen" am Fass wurde symbolisch "gestrichen"). Heute besteht er aus einer festgelegten Folge von Musikstücken: stramme Marschmusik zum Ein- und Ausmarsch, getragenes, feierliches Liedgut ("Ich bete an die Macht der Liebe"), die unvermeidliche Nationalhymne. Das kollektive Zwangsabsingen derselben. Die Inszenierung in der Abenddämmerung besteht aus Fackelmarsch, Antreten des Wachbataillons, "Präsentiert das Gewehr" und "Helm ab zum Gebet".

Das Ritual des Zapfenstreichs ist den Sinngehalten militaristischer und christlicher Traditionen verhaftet. Es lassen sich zwar unterschiedliche - manchmal sich auch direkt widersprechende - politische Inhalte oder Ideologien über den Rahmen des Rituals transportieren (Zapfenstreich als zentrales militärrituelles Ereignis der Bundeswehr und einst auch der NVA, der Nationalen Volksarmee der DDR), im Zentrum steht aber immer - unabhängig von der politischen Botschaft - die emotionale Öffnung der Einzelnen für den militärischen Gehalt im engeren Sinne, die Verkündung der absoluten Wahrheit des "gerechten Krieges". Das Ritual untermauert durch seine religiösen Anspielungen Argumentationen des "gerechten Krieges"<sup>1</sup> mit einem Glaubensfundament: Kein Zweifel darf den Gerechtigkeitsanspruch der politischen Botschaft in Frage stellen. Die Herstellung dieser Zweifelsfreiheit benötigt den Rückgriff auf Mechanismen der Religiosität. Für den Zapfenstreich wird immer die Bedeutung seiner musikalischen Teile hervorgehoben und auf eine besondere Perfektion der musikalischen Darbietung Wert gelegt. Die Musik (Serenade) dient aber nur scheinbar dem Lob Gottes.

"Tatsächliche Aufgabe hingegen ist die Erbauung der Feiernden, die Schaffung festlicher, feierlicher Stimmungen und damit das Gefühl, einer Gemeinschaft anzugehören, die den "wahren" Glauben vertritt."<sup>2</sup>

Der in einem derartigen Ritual gestiftete Glaube (an den "gerechten Krieg") beinhaltet dann mindestens die Lizenz, wenn nicht sogar den Auftrag zum Töten der erklärten Feinde, seien es die imperialistischen Klassenfeinde, die geopolitischen Rivalen ("böser

Russe", vielleicht demnächst wieder: "gelbe Gefahr") oder die Gegner im Kampf gegen den Terror, Piraterie etc.. Das Militärritual insgesamt visualisiert diesen Auftrag und die Bereitschaft zu seiner Befolgung. Wenn im Gelöbnis die Rekruten aufs Töten und Sterben auf Befehl vorbereitet werden, dann zielen die Feierlichkeit und die religiös aufgeladene Liturgie des Zapfenstreichs auf die Verankerung dieser Militärlogik in der gesamten Gesellschaft.³ Insofern ist es nur konsequent, wenn eine neue Verteidigungsministerin, die ihr Amt mit einem Anspruch auf das Gesamtgesellschaftliche angeht, auch symbol-politisch auf Angriff setzt und zur Zapfenstreichoffensive bläst.

### Traditionslinie preußisch-deutscher Militarismus

Der Zapfenstreich ist das zentrale Ritual der preußisch-deutschen Militärgeschichte. 1726 in seinen Ursprüngen erstmals schriftlich dokumentiert, wurde er 1813 vom Preußenkönig in seiner bis heute gültigen Grundstruktur festgelegt. In diese bald 300 Jahre alten Militärtradition stellt sich die BRD und ihre Armee also mit dem Zapfenstreich: Zivilbevölkerung terrorisierende Landsknechthorden, Preußischer Kadavergehorsam, bismarcksche Großmachtpolitik, wilhelminischer Kolonialwahn, blinder Hurra-Patriotismus des Ersten Weltkrieges, die paramilitärische Verfolgung republikanischer und revolutionärer Bewegungen nach 1919, der militärische Gehorsam, der den faschistischen Vernichtungsfeldzug erst ermöglichte, die Wiederaufrüstung in den Kalten Krieg hinein, die Vorbereitung des Atomkriegs, die Remilitarisierung deutscher Außenpolitik nach 1990 und schließlich die Militarisierung der Europäischen Union unter deutscher Führung - spätestens mit dem Brexit.

Diese Traditionslinie bedeutete in der Vergangenheit Millionen Kriegstote und führte zu den Angriffskriegen, die die Bundeswehr in ihrer jüngsten Vergangenheit und gegenwärtig vorbereitet und führt. Auch heute werden wieder Kriegsverbrecher mit Beförderung belohnt: Die Bombardierung unbewaffneter Zivilisten in Kundus/Afghanistan jährt sich 2019 zum zehnten Mal. Der Oberst, der den Luftangriff anforderte und gegen die Bedenken der US-Piloten durchsetzte, wurde in der Folge zum General befördert.

#### Einlullende Militärrituale

Die Parolen für solche Geburtstags-Zapfenstreiche ähneln sich. 2005 hieß es: "50 Jahre Bundeswehr – 50 Jahre Parlamentsarmee". Klingt gut, vor allem, wenn man schon wieder vergessen hat (oder nie hat zur Kenntnis nehmen wollen), dass der Bundestag sich am 3. Dezember 2004 durch den Beschluss des "Parlamentsbeteiligungsgesetzes" die eigenen Einflussmöglichkeiten weitgehend beschnitten hat. Das Gesetz trat am 24. März 2005 in Kraft und regelte die Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten des Bundestages gegenüber der Exekutive (Regierung, Minister) neu.



Am 6. Mai 1980 kam es in Bremen zu einer Großdemonstration gegen eine Rekrutenvereidigung, an der ca. 15.000 Menschen teilnahmen. Die anschließende "Schlacht ums Weserstadion" gilt bis heute als die wohl größte Auseinandersetzung um ein öffentliches Auftreten der Bundeswehr. Quelle: Youtube

Zentral ist das sog. Vereinfachte Zustimmungsverfahren aus § 4: Ist ein Einsatz von geringer Intensität und Tragweite, sind nur wenige Soldaten beteiligt und handelt es sich nicht um einen Krieg, dann setzt die Regierung das Parlament einfach nur von ihrem Vorhaben in Kenntnis und dieses gilt als genehmigt, wenn nicht binnen einer Woche eine Fraktion oder fünf Prozent der Abgeordneten eine Plenarberatung fordern. Dieses Verfahren wird auch bei der Verlängerung bereits einmal gebilligter Auslandseinsätze angewandt. Ottfried Nassauer hebt auf die erleichterte Kriegsvorbereitung durch das neue Gesetz ab - dadurch,

"dass künftig nur der "konkrete militärische Einsatz" der Parlamentszustimmung bedarf, nicht aber Auslandseinsätze, die nur der Vorbereitung oder Planung solcher Einsätze dienen. (...) Zu jenen Auslandsverwendungen deutscher Soldaten, die keiner Zustimmung des Bundestages bedürfen, soll deren Einsatz in ständigen multinationalen Stäben der NATO, der EU oder anderer Organisationen kollektiver Sicherheit gehören. In der Begründung des Gesetzentwurfs heißt es, zustimmungspflichtig sollen lediglich Verwendungen in extra für einen Einsatz zusammengestellten Stäben sein. Auch dies soll Regierung und Verwaltung unliebsame, öffentliche Debatten ersparen. Sowohl die NATO als auch die EU werden künftig im Wesentlichen ihre im Aufbau befindlichen ständigen mobilen Hauptquartiere einsetzen."

Zweite dramatische Neuerung des Gesetzes war die "Gefahr im Verzug"-Regelung aus § 5: Wenn die Exekutive "Gefahr im Verzug" erkennt, dann darf sie direkt losschlagen und muss das Parlament nur noch im Nachhinein abstimmen lassen. Dabei geht es um Einsätze, die "keinen Aufschub dulden oder Einsätze zur Rettung von Menschen aus Gefahrenlagen, bei denen eine öffentliche Befassung des Bundestages das Leben der betroffenen Menschen gefährden könnte". Die Formulierungen sind so unbestimmt, dass sich z.B. Einsätze von Spezialkommandos wie des KSK darunter fassen lassen.

Es handelt sich also im Ganzen um ein Parlamentsentmündigungsgesetz, das ganz schön hilfreich ist bei der neo-imperialen Transformation und Militarisierung der BRD-Außenpolitik (2005 ging es um den Einfluss auf die Rohstoffgebiete im Südsudan). Bei der Kriegsvorbereitung in den Stäben und

durch Militärberater in den sog. Krisengebieten muss das Parlament nicht mehr (in)formiert werden, mit öffentlichen Debatten muss man sich kaum noch aufhalten.

Und wenn Militäreinsatz, Kampf, Krieg (vielleicht sogar) erst mal richtig losgehen, dann liegt das Kind bereits im Brunnen bzw. lässt sich die Karte der nationalen Verantwortung umso verpflichtender spielen. Mittlerweile kommt es vor, dass sogar Kampftruppen ganz ohne Wissen und Zustimmung des Parlaments unterwegs sind, wie im Mai 2019 bekannt wurde: Deutsche Spezialeinheiten waren in Niger und Kamerun im Einsatz – ohne Zustimmung des Bundestages. Selbst die niedrige Schwelle des Gesetzes von 2005 wird also noch unterlaufen und damit politisch sturmreif geschossen: Warum noch ein Gesetz, wenn es eh nicht mehr eingehalten wird... Bis es wieder soweit ist, dass die deutsche Generalität tun kann, was sie für richtig hält, statt sich von Demokraten gängeln zu lassen, lässt man es sich bei Militärkonzert und Fackelschein wohlig sein ums Herz.

### Europas neue Militärrituale

Oft und gerne werden Gelöbnisse und Zapfenstreiche zu Ehren eines Gastes aus der EU-Nachbarschaft oder aus einem gemeinsamen geschichtspolitischen Anlass ausgeführt. Auch bei entsprechenden Militärritualen im benachbarten EU-Ausland können wir eine europäische Komponente beobachten: So vermitteln etwa paradenförmige Truppenaufmärsche wie z.B. anlässlich des französischen Nationalfeiertags auf der Avenue des Champs-Élysées in Paris einerseits die nationale und staatliche militärpolitische Position: Wir sind bewaffnet, unsere Waffenträger gehorchen auf unsere Befehle und marschieren in Reih und Glied und wir haben Verbündete, die mit uns gemeinsam marschieren. Andererseits wird die Demonstration eines solchen Gewaltpotentials als richtig und unvermeidlich empfunden; der damit verbundene Verweis auf die Gewaltförmigkeit des dahinter stehenden Projekts wird nicht hinterfragt, er ist erst mal undurchschaubar: Beim Nationalfeiertag in Paris marschieren auch deutsche Soldaten mit der deutsch-französischen Brigade, dem Eurocorps; bereits 1994 paradierten deutsche Kampfpanzer erstmals wieder auf den Champs-Élysées.

Europäische Eingebundenheit soll die Zügelung nationaler Militärmächte symbolisieren und ein auch militärisch vereinigtes und nach außen handlungsfähiges und -williges Europa darstellen. Die gemeinsamen europäischen Militärrituale verweisen somit zwar auf einen inner-europäischen Burgfrieden, zugleich aber auch auf die viel-tausendfach tödliche Sicherheit der "Festung Europa" in ihrem Inneren und an ihren Grenzen und auf den eigenständig globale Interessenpolitik betreibenden Euro-Imperialismus, der strukturelle Gewaltverhältnisse im Weltmaßstab reproduziert und wenn nötig auch mit direkter Gewalt operiert. Ganz im Sinne von Johan Galtungs Konzept von "Kultureller Gewalt" wird mittels der symbolisch aufgeladenen Militärrituale die Realität so undurchsichtig gemacht, "daß wir eine gewalttätige Handlung oder Tatsache überhaupt nicht wahrnehmen oder sie zumindest nicht als solche erkennen."

In den Militärritualen verweist die moderne Souveränität – ob national oder im Übergang zur europäischen – mitnichten ausschließlich auf sich selbst. Sie verweist ebenso auf die autoritärherrschaftlichen Momente, die das Fundament jeder staatlichen Ordnung bilden – auch der Ordnung der formalen Demokratie. Moderne Staaten begegnen einander, indem sie sich ihre protokollarisch domestizierten Gewaltapparate vorführen. Daher haben die sich selbst als zivil-demokratisch verstehenden Nationalstaaten auf der Ebene des diplomatisch-protokollarischen Kontakts auch gar kein Kompatibilitätsproblem mit autoritären, diktatorischen, faschistischen Staatsgebilden.

In den inszenierten Machtvisualisierungen wiederum werden bestimmte Verfahren und Institutionen durch ihre umfassende ästhetische Aufbereitung überhöht.

"Die Akzeptanz, die im demokratischen Machtgebrauch auf der Ebene der Entscheidungsfindung qua Visibilität hergestellt worden ist, muß im autoritär-herrschaftlichen Machtgebrauch auf der Ebene der Ordnungsstiftung durch die Visualisierung der Repressionsmittel hergestellt werden."

Eine Militärparade auf dem Roten Platz oder der Avenue des Champs-Élysées ist nicht etwas jeweils ganz anderes. Ganz im Gegenteil: Sie bilden das Gemeinsame der vermeintlichen Gegensätze ab auf der Ebene der Visualisierung instrumenteller Staatsmacht. Denn nur diejenige staatliche Herrschaft, die die symbolisch-expressive Dimension ihrer Macht unter Kontrolle, d.h. Visibilität in Visualisierung überführt hat, ist auf Dauer stabil.<sup>9</sup>

### Widerstand ist möglich

Tätliche Ritualkritik kann auf der Ebene der Auseinandersetzung um die Machtvisualisierung mit militärischen Mitteln selbst ansetzen: Kommunikationsguerilla – verstanden als das Sammelsurium der Techniken zur Entbergung von Macht und zur Bloßstellung von Herrschaft<sup>10</sup> – greift die auf die Wirkung ihrer Feierlichkeit hin angelegten Veranstaltungen direkt an. Gezielte und kontrollierte Provokationen zwingen die vermeintlich souveräne Staatsmacht, ihre "Visibilitätsreserve" (Münkler) aufzubrauchen:

"Der Machthaber, der alle Macht zu zeigen gezwungen worden ist, ist nur noch Gewaltanwender. Seine Visibilitätsreserve ist aufgebraucht; er ist bloßgestellt, und Bloßstellung ist in diesem Fall gleichbedeutend mit Machtverlust."<sup>11</sup>

Zum Schutz des "feierlichen" Rituals muss der Staat den gänzlich unfeierlichen Teil seines Repressionsapparats aufbieten. Prävention und Verfolgung provokativer Militärritualkritik bringt die Gesamtheit staatlicher Repressionsgewalt mit all ihren ineinandergreifenden Formen zum Vorschein.

Störung und Provokation entkleidet den Truppenkörper in den Militärritualen seiner martialischen Ästhetik: Die Staatsmacht ist gezwungen, bei diesem Anlass, der der eigenen feierlichen Machtvisualisierung dienen soll, sich weit über das geplante symbolische Maß hinaus als Unterdrückungsmechanismus zu zeigen: In der Notwendigkeit, "Sicherheit und Ordnung" rund um das Militärritual um jeden Preis und mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten, zeigt der Staat seine gesamten Repressionsmaterialien (gepanzerte Riot-Cops, Wasserwerfer, Räumpanzer) und Repressionsmethoden (Absperrung und Überwachung öffentlichen Raums, Einschränkung diverser Bürgerrechte von Ritualkritikern, Kriminalisierung und strafrechtliche Verfolgung rein symbolischer Interventionen), wenn er sie nicht sogar gefällig einsetzt gegen den dissidenten, friedenspolitisch aktiven Teil der eigenen Bevölkerung. Mit dem Versuch, der demokratischen Herrschaft ihr militärrituell konstruiertes Kleid vom Körper zu reißen, ist diese keinesfalls völlig bloßzustellen. Aber immerhin zeigt sie ihr hässliches, repressives

### Weiterführende Literatur zu Militärritualen und Zapfenstreich:

- --- Euskirchen, Markus (2005): Militärrituale. Analyse und Kritik eines Herrschaftsinstruments, Köln: Papyrossa. https://www.euse.de/wp/militarrituale/
- --- Steuten, Ulrich (1999): Der große Zapfenstreich: Eine soziologische Analyse eines umstrittenen Rituals. Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung, 1999, 2

### Anmerkungen

- Vgl. zum Konzept des "gerechten Krieges" einen der prominenteren Fürsprecher: Walzer, Michael (1982): Gibt es den gerechten Krieg?, Stuttgart: Klett-Cotta, und kritisch: Steinweg, Reiner (Hg.) (1980): Der gerechte Krieg: Christentum, Islam, Marxismus. Friedensanalysen Bd. 12, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- 2 Brenner, Helmut (1992): Musik als Waffe? Theorie und Praxis der politischen Musikverwendung, dargestellt am Beispiel der Steiermark 1938-1945, Graz: Weishaupt: S. 31
- 3 Vgl. Euskirchen, Markus (2005): Militärrituale. Analyse und Kritik eines Herrschaftsinstruments, Köln: Papyrossa; Steuten, Ulrich (1999): Der große Zapfenstreich: Eine soziologische Analyse eines umstrittenen Rituals. Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung, 1999, 2.
- 4 Den Gesetzestext und affirmative Abhandlungen dazu bietet, http://www.deutsches-wehrrecht.de/WR-Parlamentsbeteiligungsgesetz.html.
- 5 Eine kritische verfassungsrechtliche Bewertung von Martin Kutscha, VDJ (http://www.vdj.de/Bundesseiten/2003-11-29\_buwe-entsenden.html).
- 6 Eine ausführliche Darstellung des Gesetzes mit kritischer Kommentierung kommt von Ottfried Nassauer, BITS (http://www.bits.de/public/ndrinfo/sunds120604.htm).
- 7 Galtung, J. (1998): Frieden mit friedlichen Mitteln: Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur, Opladen: Leske+Budrich (343)
- 8 Münkler, H. (1995): Die Visibilität der Macht und die Strategien der Machtvisualisierung; in: Göhler, G. (Hg.): Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht, Baden-Baden: Nomos, 213-230 (215)
- 9 Vgl. Münkler 1995: 226.
- 10 Vgl. autonome a.f.r.i.k.a gruppe, Blissett, L., Brünzels, S. (1998): Handbuch der Kommunikationsguerilla, Hamburg: Libertäre Assoziation
- 11 Münkler 1995: 227.

### Blut für Öl!

## Lobbying für eine deutsche Militärpräsenz am Persischen Golf

von Jürgen Wagner

Die deutsche Marine ist auf Kriegskurs – und zwar egal wohin, hat es den Anschein. Im Frühsommer war noch laut darüber spekuliert worden, die frisch vom Stapel gelaufene Fregatte F-125 "Baden-Württemberg" zur Jungfernfahrt nach Ostasien zu schicken, um dort an gegen China gerichteten Manövern teilzunehmen. Seit einiger Zeit hat nun die Debatte um eine Entsendung deutscher Kriegsschiffe an den Persischen Golf Fahrt aufgenommen, die dort laut einiger Aussagen führender Politiker – ausgerechnet – zur "Deeskalation" der Lage beitragen sollen.

Die Situation ist in der Tat ernst: Die USA scheinen im Rahmen ihrer Strategie des "Maximalen Drucks" eine kriegerische Eskalation billigend in Kauf zu nehmen, wenn nicht gar anzustreben. Durch die Mitte September 2019 erfolgten Angriffe auf Saudi Arabien, für die die USA ohne eindeutige Beweise den Iran verantwortlich machen, gewinnt der Konflikt weiter an Brisanz. Doch falls irgendjemand ernsthaft glaubt, mit eigenen Kriegsschiffen (oder gar Bombardierungen) zur Beruhigung der Lage beitragen zu können, sitzt er einem schweren Irrtum auf. Zumal die Stimmen, die aktuell am lautesten nach einem Marineeinsatz rufen, vor allem strategische und ökonomische Interessen im Blick haben - und dies teils auch ganz offen sagen. So versuchte sich etwa der bayerische Ministerpräsident Markus Söder angesichts der Angriffe auf Saudi Arabien mit folgender Forderung zu profilieren: "Die Marine braucht mehr funktionsfähige Schiffe, um unsre Handelsseewege zu sichern. Dazu gehört meiner Meinung nach auch ein Hubschrauberträger. Damit könnten wir vom leider bald eisfreien Nordmeer bis zum Südchinesischen Meer unseren Bündnisverpflichtungen nachkommen."

Besonders lautstark mischen sich dabei aktuell auch drei "Sicherheitspolitiker" in die Debatte ein, die u.a. mit einem jüngst erschienenen Papier nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch die Machbarkeit einer – womöglich sogar deutschgeführten – europäischen Marinemission betonten. Ziel ist es augenscheinlich damit die deutsche Politik, die aktuell eher zögerlich reagiert, unter Druck zu setzen, doch noch Segel in Richtung Persischer Golf zu setzen.

#### **USA: Maximaler Druck**

Schier endlos dauert der Streit um das iranische Atomprogramm bereits an, bei dem vor allem die USA dem Land vorwerfen, gezielt an der Herstellung von Nuklearwaffen zu arbeiten. Allerdings sind diese Anschuldigungen nach Angaben der "Internationalen Atomenergiebehörde" (IAEO) haltlos, relevante Bemühungen in diese Richtung datieren auf die Zeit vor 2003.

Dennoch wurde das Land mit harten Sanktionen belegt und es sah sich permanent mit mal mehr mal weniger offenen US-Kriegsdrohungen konfrontiert. Vor diesem Hintergrund einigten sich die Konfliktparteien im Juli 2015 auf den, auch Atomabkommen genannten, "Joint Comprehensive Plan of Action" (JCPOA). Im Austausch gegen weitreichende Auflagen¹ auf sein Atomprogramm wurde die Aufhebung der Sanktionen versprochen und ab Januar 2016 auch umgesetzt. Auch wenn der Umgang beziehungsweise die doppelten Standards der "internationalen Gemeinschaft" durchaus Fragen aufwerfen, war das

Abkommen dennoch insofern ein Erfolg, als nun die Aussicht auf eine wirtschaftliche Erholung und eine allmähliche Deeskalation bestand.

Genau diese Aussicht schien der ab Januar 2017 amtierenden Trump-Regierung auch von Anfang an ein Dorn im Auge gewesen zu sein – trotz der häufigen Personalwechsel war der Konfrontationskurs gegenüber dem Iran eine der wenigen Konstanten, auf die in gewisser Weise Verlass war. Im April 2018 übernahm dann der langjährige Iran-Hardliner John Bolton das Steuer als Trumps Nationaler Sicherheitsberater und es dauerte nur einen Monat, bis die USA aus dem JCPOA im Mai 2018 ausstiegen. Kurz darauf wurden wieder neue US-Sanktionen gegen den Iran verhängt, womit das Atomabkommen faktisch beerdigt war. Der Iran kündigte daraufhin an, sich nun seinerseits schrittweise aus den Auflagen des Abkommens zurückzuziehen, was die USA dann wiederum als Rechtfertigung nahmen, noch stärker auf Eskalationskurs einzuschwenken.

Seither drängt sich der Verdacht auf, als suchten die USA – oder zumindest relevante Teile der US-Regierung – regelrecht nach einer Möglichkeit, einen Krieg vom Zaun zu brechen. Dies war schon bei dem mysteriösen Abschuss einer US-Drohne Ende Juni 2019 der Fall, dessen Urheber bis heute ungeklärt ist, für den aber dem Iran umgehend die Schuld in die Schuhe geschoben wurde. Berichten zufolge soll US-Präsident Donald Trump einen geplanten Raketenangriff als Vergeltung für den Drohnenabschuss erst in letzter Minute abgesagt haben.

Der nächste Streich folgte unmittelbar darauf Anfang Juli mit der Festsetzung des iranischen Tankers "Grace 1" durch Gibraltar. Das Ganze erfolgte unter rechtlich mehr als zweifelhaften Umständen und dürfte wohl maßgeblich auf britisches und amerikanisches Betreiben zurückzuführen gewesen sein so jedenfalls die Einschätzung des österreichischen Standard: "Als Rechtsgrundlage für die Anhaltung der Grace 1 diente jedoch eine Anlassverordnung des Gouverneurs von Gibraltar: Die Fracht der Grace 1 sollte demnach an die Banias Refinery Company gehen, die auf der EU-Sanktionsliste aufscheint. [...] Interessant ist, dass laut ,The Syria Report' Gibraltar nur einen Tag zuvor, am 3. Juli, seine eigenen einschlägigen Verordnungen abgeändert hatte, die ihm am 4. Juli erlaubten, die Grace 1 zu stoppen: Demnach können Schiffe beschlagnahmt werden, die EU-Sanktionen brechen. Es gibt jedoch Spekulationen, dass die Behörden in Gibraltar auf Druck der USA handelten und London selbst quasi überrumpelt wurde."

Jedenfalls kam es daraufhin, wie es kommen musste, denn als "Kompensation" beschlagnahmte der Iran kurz darauf das unter britischer Flagge fahrende Schiff "Stena Impero". Im Anschluss daran setzten dann die Forderungen nach einer Entsendung westlicher Kriegsschiffe zum Schutz – oder, je nach Sichtweise: zur Kontrolle – der Schifffahrtswege am Persischen Golf und besonders der Straße von Hormus ein. Allerdings zogen sich die diesbezüglichen Diskussionen in die Länge, weil sich eine Reihe von EU-Staaten nicht in einen USgeführten Einsatz einklinken wollten. Um Nägel mit Köpfen zu machen – und augenscheinlich ohne Absprache mit den "Ver-

bündeten", die hiervon auf dem falschen Fuß erwischt worden waren – verkündete US-Verteidigungsminister Mark Esper dann Ende August 2019, man habe mit dem US-geführten Einsatz "Operation Sentinel" unter Beteiligung von Kriegsschiffen aus Großbritannien, Australien und Bahrain bereits begonnen. Am 19. September 2019 traten dann auch noch zu allem Überfluss Saudi Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate der "Operation Sentinel" bei, die inzwischen unter dem Namen "International Maritime Security Construct" firmiert.

### Deeskalation per Kriegsschiff?

Das ganze Setting hat Großes Eskalationspotenzial und es besteht, wie gesagt, Anlass zur Sorge, dass zumindest manche Akteure in der US-Regierung genau das beabsichtigen. Aus diesem Grund ist es auch völlig richtig, dass sich Deutschland und andere EU-Staaten nicht an der "Operation Sentinel" beteiligen wollen. Doch stattdessen, wie zuerst von Außenminister Heiko Maas Anfang August gefordert, eine "europäische Mission" als vermeintliche Alternative ins Spiel zu bringen, ist ebenfalls ein gefährlicher Holzweg.

Dieser Idee konnte umgehend etwa auch Grünen-Chef Robert Habeck etwas abgewinnen, der daraufhin in einem Interview erklärte, man wolle "in keinem Fall unter amerikanischer Führung" agieren. Deutschland müsse "in Verantwortung gehen", was auch beinhalte, in letzter Konsequenz – und verkauft als "deeskalierende Maßnahme" – Kriegsschiffe zu entsenden: "Sind aber alle diplomatischen Mittel ausgeschöpft, können wir uns eine Beteiligung Deutschlands an einer europäischen Mission vorstellen, wenn das hilft zu deeskalieren und es eine klare Rechtsgrundlage gibt."

Wie wenig es mit "Deeskalation" zu tun hat, deutsche Kriegsschiffe an den Golf zu schicken, zeigt schon allein, dass sich selbst Ralf Nagel, geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Verbandes Deutscher Reeder, dagegen aussprach: "Wir haben kein Interesse an einer Eskalation am Persischen Golf. Die Straße von Hormus ist ein Flaschenhals. Der Manövrierraum für Handels- und Kriegsschiffe in internationalen Gewässern ist äußerst begrenzt. Der Raum ist derart eng, dass er kaum Platz für Kriegsschiffe bietet. Man gerät da sehr schnell in die Hoheitsgewässer der Anrainerstaaten. Je mehr Kriegsschiffe im Persischen Golf unterwegs sind, desto stärker steigt die Gefahr einer Eskalation. Die Straße von Hormus ist eine überfüllte Meeresautobahn. Unserer Meinung nach müssen alle diplomatischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Wir brauchen eine Deeskalation - gerade im Interesse der Schifffahrt und unserer Seeleute. Unserer Ansicht nach gilt der Primat der Diplomatie – vor allen Überlegungen über mögliche Marine-Missionen. Am Ende müssen die Staaten am Persischen Golf selber ein Sicherheits-Management organisieren, die eine gemeinsame Absicherung der freien Passage ermöglicht."

Dass hier womöglich ganz andere Überlegungen als "deeskalierende" Motive am Werk sind, liegt natürlich auf der Hand und wird von hochrangigen Politikern - wenn auch nicht in aller Deutlichkeit – auch eingestanden. Der CDU-Militärpolitiker Roderich Kiesewetter etwa gibt an: "Die Glaubwürdigkeit Europas steht massiv auf dem Spiel. [...] Am Seitenrand stehend zu kommentieren, wird dem Iran vielmehr weitere Freiräume bieten, die Grenzen seiner Provokationsstrategie gegenüber den USA auszutesten." Und auch für Habeck ist ein wesentliches Motiv für ein Engagement: "Europa muss weltpolitikfähig werden."

### Iran-Atomabkommen: **Auflagen**

"Am 14.07.2015 unterschrieben die E3+3 und Iran das Abkommen. [...] Seither unterliegt das iranische Nuklearprogramm strengen Begrenzungen. Zu den Verpflichtungen gehört insbesondere: Zwei Drittel der Zentrifugen abbauen; Vorrat an angereichertem Uran nahezu vollständig nach Russland ausführen; Kern des Plutoniumreaktors Arak mit Beton füllen und dadurch unbrauchbar machen; Für zehn Jahre maximal 5.060 Zentrifugen der ersten Generation in der Anlage Natanz zur Anreicherung nutzen; Für 15 Jahre Uran nicht auf einen Grad von über 3,67% anreichern; Zu keinem Zeitpunkt mehr als 300 kg angereicherten Urans (Uranhexafluorid) im Land lagern; Die unterirdische Anlage Fordow nicht mehr zur Anreicherung nutzen; Forschungsreaktor Arak so umbauen, dass er für die Herstellung von waffenfähigem Plutonium untauglich ist; Für 15 Jahre auf Aktivitäten im Bereich Wiederaufbereitung von Brennelementen zu verzichten; In Iran die weltweit strengsten Kontrollen durch die IAEO zulassen; Handel mit Nukleartechnologie bzw. doppelverwendbaren Gütern künftig durch einen international überwachten Beschaffungskanal ("Procurement Channel") abwickeln;" (Die Wiener Nuklearvereinbarung über das iranische Atomprogramm, Auswärtiges Amt, 28.06.2019)

### Blut für Öl!

Von dem Zeitpunkt, als Außenminister Maas Anfang August 2019 die Debatte um einen möglichen EU-Marineeinsatz unter deutscher Beteiligung angestoßen hatte, wurde von zahlreichen Richtungen Druck in diese Richtung ausgeübt. Wolfgang Ischinger, der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, stieg beispielsweise mit dem Argument ein, der "Exportweltmeister Deutschland" dürfe bei dem Gerangel um eine der wichtigsten Schifffahrtsrouten in einer der geopolitisch bedeutendsten Weltgegenden nicht von der "Reservebank aus zuschauen".

Auch der "Bund Deutscher Industrieller" (BDI) sprach sich für einen Marineeinsatz aus. In einem seiner Hausblätter, der Wirtschaftswoche, titelte am 10. August der medial überaus präsente Carlo Masala, Professor an der Bundeswehr-Universität in München: "Kein Blut für Öl?" – man beachte das Fragezeichen!

Masala ist sichtlich verärgert über die aus seiner Sicht immer noch zu verklausulierten Begründungsversuche seitens deutscher Politiker. Er spricht von einer "sicherheitspolitischen Provinzposse" und geißelt die aus seiner Sicht "autistische Debatte" über einen möglichen Einsatz am Golf in seinen "Anmerkungen zu einer verlogenen Debatte": "Die politischen und ökonomischen Eliten haben das geostrategische Denken verlernt. Natürlich muss Deutschland seine wirtschaftlichen Interessen notfalls auch militärisch verteidigen. Und natürlich braucht es dazu auch mehr Geld für die Bundeswehr."

Setze kein Umdenken ein, könne man sich von allen machtpolitischen Ansprüchen verabschieden, so der Kern seiner Kritik: "Wenn es um geostrategisches, geopolitisches und geoökonomisches Denken geht, steckt ein Großteil der politischen Elite, aber auch der deutschen Wirtschaft immer noch in den Kinderschuhen. [...] Damit verabschiedet sich Deutschland aus der Globalpolitik des 21. Jahrhunderts, die durch geostrategisches und geoökonomisches Denken und Handeln geprägt sein wird. Wenn uns die Bereitschaft fehlt, unsere Interessen an

einer liberalen Weltordnung notfalls mit militärischer Macht zu verteidigen, werden am Ende jene gewinnen, die diese Ordnung ablehnen. Und das ist nicht im deutschen Interesse."

Ob die Politik allerdings tatsächlich so naiv ist, wie Masala glaubt, oder ob sie nicht einfach skeptisch ist, der Bevölkerung ein solches Begründungsbündel für den Einsatz von Kriegsschiffen schmackhaft machen zu können, sei hier dahingestellt. Vielleicht darf man ja sogar hoffen, dass dem ein oder anderen Spitzenpolitiker tatsächlich Zweifel an der Sinnhaftigkeit einer Deeskalation per Kriegsschiff gekommen sein mögen. Jedenfalls ging Masala am selben Tag mit einem ausführlicheren Papier in die Offensive, um der aus seiner Sicht hinkenden Debatte auf die Sprünge zu helfen.

### Optionspapier: Kriegsschiffe am Golf

Zusammen mit Christian Mölling und Torben Schütz von der "Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" (DGAP) veröffentlichte Masala am 10. August 2019 das Non-Paper "Ein Schiff wird kommen? Deutschlands Optionen für einen Marineeinsatz in der Straße von Hormus". Ziel war es, eine positive Stimmungslage für die Entsendung deutscher Kriegsschiffe an den Golf zu erzeugen. Das Non-Paper wurde in der "Community" und den Medien ausführlich rezipiert und am 28. August 2019 unter demselben Titel als DGAPkompakt in einer Endfassung veröffentlicht.

Zwar betonen die Autoren, es sei wünschenswert gewesen, wenn sich Deutschland an der "Operation Sentinel" der USA beteiligt hätte, doch da dies nicht der Fall ist, bemüht sich das Papier, die Notwendigkeit und Machbarkeit eines – im "Optimalfall" deutschgeführten – EU-Marineeinsatzes unter Beweis zu stellen. Diskutiert werden dabei zwei mögliche Einsatztypen: eine Beobachtermission, die vom Außenministerium favorisiert würde und eine Schutzmission, der vor allem das Kanzleramt "einiges abgewinnen" könne. Dabei sei es allerdings auch bei der Beobachtermission erforderlich, dass "Missionsmandat und Einsatzregeln den Eingriff in Notsituationen erlauben, einschließlich der Anwendung von angemessener Gewalt und zum Schutze anderer."

Praktischerweise ähnelt sich deshalb auch der Truppenbedarf beider Missionen, für die Beobachtervariante brauche es "fünf Fregatten oder Zerstörer mit Bordhubschraubern, davon ein Führungsschiff", ferner ist die Rede von "drei Seefernaufklärern" sowie "ein bis zwei Versorger/Tanker". Bei einer Schutzmission kämen noch "zwei Korvetten", "Vessel Protection Teams" und ein "Force Headquarter im Einsatzgebiet" hinzu.

Dies führt zur ersten an die Adresse der Politik gerichteten Kernaussage des Papiers: nämlich dass die erforderlichen Marinekräfte für beide Missionstypen vorhanden seien: "Die Anforderungen an die Ausrüstung unterscheiden sich bei den Missionstypen nicht erheblich. Vergleicht man die vorhandene Ausrüstung mit dem, was gebraucht wird, können auf den ersten Blick beide Missionstypen von den 27 EU-Staaten allein bestückt werden." Die Machbarkeit der Mission ist also aus Sicht der Autoren absolut gegeben (was im Übrigen von Fachleuten durchaus bestritten wird, siehe dazu etwa die Debatte in den Kommentaren bei Augengeradeaus). Und ebenso verhält es sich aus ihrer Warte mit der Notwendigkeit einer solchen Mission: "Deutschland sollte zum Erhalt seines außenpolitischen Gestaltungsanspruchs und zur Wahrung seiner Interessen eine Mission mitentwickeln und sie gegebenenfalls führen." Hierfür nennen sie vor allem ökonomische Gründe: "Als im- und exportabhängige Nation hat Deutschland ein vitales Eigeninteresse an der Freihaltung der Seewege."

Weiter gehe es aber auch ganz grundsätzlich darum, den Verbündeten die deutsche militärische Handlungsbereitschaft zu demonstrieren, an der es in den letzten Jahren massiv gemangelt habe. Gelinge dies nicht, führe das zu einem weiteren Einflussflussverlust: "Die Debatte um die Mission ist aus Sicht der Partner Deutschlands ein weiterer Beweis dafür, dass die Bundesrepublik in außen- und sicherheitspolitischen Fragen nur noch bedingt zuverlässig ist. Sie reiht sich ein in die negative Wahrnehmung deutscher Positionen zu Themen wie dem Zwei-Prozent-Ziel für die Verteidigungsausgaben, der Gas-Pipeline Nord Stream 2 und der Syrienpolitik bis zurück zur Libyenintervention 2011."

So wird ganz nach dem Motto "Dabeisein ist alles" für eine Beteiligung an einer EU-Mission allein schon mit dem Argument geworben, damit könne "Deutschland seinen angeschlagenen außen- und sicherheitspolitischen Ruf verbessern, wenn es die Initiative übernimmt, die mittlerweile gewachsenen Zweifel der Partner überwindet und die Mission am Ende sogar führt." Gleiches gelte im Übrigen auch für die Europäische Union als Ganzes, der ein "Offenbarungseid" drohe, sollte sie den Einsatz nicht zuwege bringen. In diesem Fall sei dies ein erneuter "Beweis für ihre mangelnde sicherheits- und verteidigungspolitische Handlungsbereitschaft."

#### Koordinierte Präsenz?

Das DGAP-Papier, wurde – mutmaßlich bewusst – im Vorfeld des Treffens der Außen- und Verteidigungsminister Ende August 2019 in Helsinki in die Debatte eingespeist, um die für dort angekündigten Gespräche über einen möglichen EU-Marineeinsatz zu beeinflussen. Dem war zwar kein Erfolg auf ganzer Linie beschert – ein solcher Einsatz wurde bis auf weiteres erst einmal vertagt –, in nahezu allen Berichten, u.a. dem zentralen DPA-Bericht über das Treffen, der breit übernommen wurde, tauchte das DGAP-Papier aber ausführlich als Verweis auf, wie wichtig und machbar ein solcher Einsatz doch wäre.

Genauer betrachtet wurde einem Marineeinsatz beim Treffen der Außen- und Verteidigungsminister in Helsinki allerdings keine komplette Absage erteilt. Stattdessen wurde beschlossen, das schon länger in Arbeit befindliche Konzept einer "Koordinierten Marinepräsenz" auf den Weg zu bringen. Bei Europäische Sicherheit und Technik (ESUT) werden die Grundzüge folgendermaßen beschrieben: "Die Idee: die Seestreitkräfte der EU-Mitgliedstaaten, die in einer 'Zone von strategischem Interesse' in nationalem Auftrag unterwegs bzw. anwesend sind, besser zu koordinieren."

Zwar soll das Konzept jetzt zuerst am Golf von Guinea "erprobt" werden – eine spätere Übernahme für den Persischen Golf wurde aber laut ESUT aber explizit nicht ausgeschlossen: "In Hinblick auf das nun zu vervollständigende Konzept koordinierter maritimer Präsenz schloss die Hohe Vertreterin nicht aus, 'dass dies (Anmerkung: gemeint ist eine vergleichbare Operation im Bereich Persischer Golf und in der Straße von Hormuz) in Zukunft eine Option sein könnte, aber es ist definitiv zu früh, um zu sagen, dass dies heute eine Option für die Europäische Union sein könnte, um sie in diesem Bereich einzusetzen."

Teile der "Community" sind dennoch sehr erbost über das aus ihrer Sicht zaudernde Herangehen an eine Marinemission: "Feigheit vor dem Volk", wirft zum Beispiel Alan Posener der Bundesregierung in der September-Ausgabe des Zentralorgans der deutschen Außenpolitischen Eliten, der "Internationalen Politik", vor. Es ist also davon auszugehen, dass interessierte

Kreise auch weiter darauf drängen werden, dass Deutschland sich militärisch am Golf betätigt.

Zwar war der Rauswurf des Iran Hardliners John Bolton als Trumps Nationaler Sicherheitsberater am 10. September 2019 ein Lichtblick, der sich aber sofort durch die – wiederum unter bislang völlig ungeklärten Umständen erfolgten – Angriffe auf Saudi Arabien wieder eintrübte. Es wird abzuwarten bleiben, wie sich die gefährliche Situation weiter entwickeln wird.

Es steht in jedem Fall zu hoffen, dass die Bedenken gegen eine deutsche Entsendung von Kriegsschiffen, wie sie etwa vom Verband Deutscher Reeder formuliert wurden, die Oberhand behalten werden. Weitere Argumente, weshalb von einem solchen Einsatz unbedingt Abstand genommen werden sollte, lieferte interessanterweise auch ein anderer DGAPstandpunkt, der augenscheinlich als Replik auf die Forderungen von Masala und Konsorten verfasst wurde: "Die Beschaffenheit des Seeweges birgt ebenso Konfliktpotenzial: Die Straße von Hormus liegt in iranischen und omanischen Hoheitsgewässern, es handelt sich um einen sehr schmalen Seeweg. Weitere Schiffe und Akteure erhöhen die Wahrscheinlichkeit von Zwischenfällen

und tatsächlichen oder wahrgenommenen Provokationen. Eine unbeabsichtigte Eskalation einschließlich des Einsatzes militärischer Mittel könnte die Folge sein, ganz besonders bei einer Beteiligung der USA und Israels. [...] Eine US-geführte Mission setzt die US-Politik des "maximalen Drucks" gegenüber dem Iran fort. Eine weitere europäische, möglicherweise internationale Mission würde den Druck auf den Iran noch weiter steigern und seine internationale Isolation befördern. Die Europäer inklusive Deutschland würden damit die aus iranischer Sicht gefährliche US-Politik stärken und sich ihr anschließen. Glaubwürdigkeit büßen die Europäer eh schon ein, indem sie den Iran nicht ausreichend wirtschaftlich unterstützen und das Bartersystem (Instex), ein Handels- und Zahlungssystem, dass den US-Markt umgehen soll, wirkungslos bleibt. Mit der Beteiligung an einer Mission würde Deutschland weiter an Glaubwürdigkeit und diplomatischem Kapital für einen notwendigen Dialog mit dem Iran über die akute Krise im Seeweg hinaus verlieren. Auch vor dem Hintergrund einer möglichen zweiten Amtszeit Trumps wäre dies fatal. Denn der Iran wird ein sehr problematischer Akteur in der Region bleiben."

#### Bundeswehrstandorte: Noch Bedarf vorhanden

Im Jahr 2010 wurde die »Neuausrichtung« der Bundeswehr beschlossen, die unter anderem die Aussetzung der Wehrpflicht und eine deutliche Reduzierung des Streitkräfteumfangs vorsah. 2011 folgte das entsprechende Stationierungskonzept: Der Personalbestand sollte deutlich verringert, die Zahl der Bundeswehrstandorte von 394 auf 263 reduziert werden. Dadurch sollten mehrere Flächen ihren Status als militärisches Sperrgebiet verlieren; einer zivilen Nutzung zahlreicher vormals militärisch genutzter Flächen schien nichts mehr im Wege zu stehen.

Stück für Stück werden die geplanten Standortschließungen nun jedoch rückgängig gemacht. Wie am Donnerstag bekannt wurde, plant die Bundeswehr konkret, folgende Standorte nicht, wie ursprünglich vorgesehen, an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) abzugeben: Die Barnim-Kaserne im brandenburgischen Strausberg, den Fliegerhorst Kaufbeuren im Allgäu, die Fliegerhorstkaserne in Trollenhagen (Mecklenburg-Vorpommern), die Theodor-Körner-Kaserne in Lüneburg, den Flugplatz Diepholz, die Jägerkaserne Bückeburg (alle drei Niedersachsen), zudem zwei Dienstliegenschaften in Köln und Münster, die Boelcke-Kaserne in Kerpen (alle drei Nordrhein-Westfalen), die Klotzberg-Kaserne in Idar-Oberstein (Rheinland-Pfalz) und die Hugo-Junkers-Kaserne in Alt Duvenstedt (Schleswig-Holstein). Für all diese Liegenschaften sei nun »ein dauerhafter Bedarf für die Zwecke der Bundeswehr festgestellt« worden, so

der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium Peter Tauber (CDU).

Absehbar war die Wiederaneignung von Liegenschaften durch die Bundeswehr bereits seit einiger Zeit. Im Koalitionsvertrag hatten CDU und SPD im Februar 2018 festgelegt: »Vor einer endgültigen Abgabe von Liegenschaften der Bundeswehr werden wir (...) jeweils noch einmal den zukünftigen Bedarf prüfen. Unseren Bedarf werden wir auch in Hinblick auf Liegenschaften prüfen, deren Abgabe bereits vollzogen ist.« Bereits drei Monate später, im Mai 2018, wurde die Schließung von fast 50 Liegenschaften ausgesetzt oder um Jahre verschoben. Im Januar 2019 legte das Verteidigungsministerium nach: In einer Pressemitteilung mit dem treffenden Titel »Eine wachsende Bundeswehr braucht Platz« kündigte die Bundeswehr an, acht Munitions- und Materiallager wieder in Betrieb zu nehmen. Nun folgen – nur etwas mehr als ein halbes Jahr später – weitere elf Liegenschaften, die sich die Bundeswehr erneut aneignet. Das ist für viele betroffene Gemeinden ein ziemlicher Schlag, da sie zum Teil bereits konkrete Pläne für eine Konversion, also eine zivile Umnutzung, der Areale hatten.

Für die Theodor-Körner-Kaserne in Lüneburg war beispielsweise die Schaffung von Wohnraum und die Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs vorgesehen. Im Fall der unweit des Hambacher Forsts gelegenen Boelcke-Kaserne bei Kerpen gab es ebenfalls Konversionspläne: Um den Wegfall öko-

logisch schützenswerter Naturgebiete durch den Braunkohletagebau Hambach wenigstens teilweise zu kompensieren, sollte das Areal renaturiert und einer ökologisch verträglichen Nutzung zugeführt werden, um »zur Aufwertung der Teil-FFH-Gebiete [EU-Schutzgebiete für Natur- und Landschaftsschutz] beizutragen«, so die Stadt Kerpen. RWE hätte diese Renaturierung bezahlen sollen. Doch diese Pläne müssen jetzt verworfen werden, da die Bundeswehr das Gelände nun doch weiter nutzen will.

Die Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) beobachtet den Trend der (Wieder-)Aneignung von Flächen durch das Militär bereits seit längerem mit Sorge: »Etwa seit 2013 verhindert das Verteidigungsministerium regelmäßig die Konversion ehemaliger militärischer Liegenschaften.«

Tobias Pflüger, verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Bundestag, hält ebenfalls nichts von der »großangelegten Rückübernahme der Fläche durch die Bundeswehr«. Er erklärte angesichts der jüngsten Meldung über ausbleibende Standortschließungen: »Dass nun immer mehr Standorte doch nicht geschlossen werden sollen, ist Ausdruck der massiven Aufrüstung, die hier gerade im Gange ist.« Die Bundeswehr werde »personell und finanziell hochgerüstet, wofür Jahr für Jahr immer mehr Milliarden Euro ausgegeben werden. Diese Aufrüstung macht sich nun auch in der Fläche bemerkbar.«

Alexander Kleiß

# Die Osterweiterung der Bundeswehr

# Per Heereskooperation auf leisen Sohlen zur deutsch/europäischen Armee?

von Martin Kirsch

Aktuell befindet sich die Bundeswehr auf Wachstumskurs. Die Aufmerksamkeit richtet sich gen Osten. Dort steht nicht nur der alte und neue Feind in einem weiteren Kalten Krieg. Auch die Wachstumspotenziale einer europäisierten Bundeswehr werden in den ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes gesucht. Bis 2031 sollen drei Divisionen des deutschen Heeres mit insgesamt acht bis zehn Kampfbrigaden für die NATO - bzw. einen Krieg mit Russland - bereitstehen. Zudem kristallisiert sich die Bundeswehr in der Rolle einer sogenannten Ankernation als treibende Kraft in der Kooperation der europäischen NATO-Staaten heraus. Ein Projekt in diesem Rahmen ist die Aufstockung der drei deutschen Heeresdivisionen durch Kampfverbände aus europäischen Partnerarmeen. In diesem Kontext haben die Landstreitkräfte von Tschechien, Rumänien, Ungarn und Litauen seit 2017 Kooperationsverträge mit dem Heer der Bundeswehr unterzeichnet und auch die Zusammenarbeit mit der polnischen Armee verdichtet sich, trotz politischer Komplikationen. Nicht zufällig sind Panzer und weitere Waffensysteme von deutschen Herstellern in den fünf Kooperationsstaaten im Rennen um ausgeschriebene Rüstungsaufträge, oder haben den Zuschlag bereits erhalten. Um den Kauf deutscher Waffen anzukurbeln und durch die Hintertür doch noch das in der NATO ausgedealte 2%-Ziel zu erreichen, plädieren Köpfe wie Ex-Außenminister Gabriel und Siko-Chef Ischinger für einen milliardenschweren Rüstungstopf für die Aufrüstung der östlichen Bündnispartner – finanziert mit deutschen Steuergeldern.

### **Rahmennation Deutschland**

Wenn im medialen Gespräch die zukünftige Option einer vereinten EU-Armee zur Sprache kommt, wird die 1989 aufgestellte Deutsch-Französische Brigade gern als Paradebeispiel angeführt. In der Realität bleibt es allerdings genau dabei - Paraden. Während sich die Soldat\*innen der binationalen Brigade u.a. auf der Camps-Élysées in Paris präsentieren, ist die Kooperation der Heere der beiden verbleibenden großen Player in der EU eher eingeschlafen. Frankreich ist mit Kriegen auf dem afrikanischen Kontinent beschäftigt und setzt in der Bündnisverteidigung auf sein Atomwaffenarsenal, während die deutsche Armee seit 2017 offiziell das Rüsten für einen Krieg mit Russland – ein weiteres Mal in der Geschichte – zur strategischen Priorität erklärt hat.

Das tatsächliche Vorzeigeprojekt für die Verschmelzung EUropäischer Armeen hingegen ist die Deutsch-Niederländische Kooperation, von einem gemeinsamen NATO-Stab (Deutsch-Niederländisches Korps), über den Einsatz in Mali und die Präsenz in Litauen, bis hin zur engsten Zusammenarbeit bis in die Kapillare binationaler Panzerverbände. Im Juni 2019 unterzeichneten die Verteidigungsministerinnen Ank Bijleveld-Schouten und Ursula von der Leyen zudem einen Vertrag über die gemeinsame Digitalisierung ihrer Landstreitkräfte.¹ Mit dieser Kooperation vom Funkgerät bis zur

Führungssoftware werden die Armeen auf die kommenden Jahrzehnte wörtlich miteinander vernetzt bleiben.

Ausgehend von diesen Kooperationserfahrungen und mit der EU-Armee im Hinterkopf brachte der damalige Verteidigungsminister de Maizière 2013 das sogenannte Rahmen-

nationenkonzept in die NATO ein, das 2014 formal beschlossen wurde. In dieser Struktur agieren größere Streitkräfte der europäischen NATO-Staaten - aktuell Deutschland, Großbritannien und Italien - als sogenannte Ankerarmeen, die ihre Strukturen für verbündete Staaten öffnen. Diese können dann Einheiten oder Fähigkeiten an die Strukturen der jeweiligen Rahmennation andocken.² Während sich Großbritannien und Italien allerdings mit der "Joint Expeditionary Force" (GB) und einem schnell verlegbaren Hauptquartier mit Truppen für "Stabilisierungsmissionen" (IT) auf je ein kleineres Kernprojekt mit fünf bis neun Partnerstaaten konzentrieren, geht die Bundeswehr in die Vollen.

Die Kooperation von 21 Staaten<sup>3</sup> innerhalb des von der Bundeswehr geführten Rahmennationenkonzepts umfasst bisher nicht nur vier sogenannte Fähigkeitscluster mit insgesamt 24 Unterprojekten zum gemeinsamen Training und Ausbildung, Rüstung und projektbezogenem Fähigkeitsaufbau. Hinzu kommen fünf sogenannte große Strukturen (larger Formations) - multinationale Großverbände für einen großen Krieg. Während die Luftwaffe eine multinationale "Airgroup" (MAG), und die Marine ein Führungskommando für die Ostsee (BMCC) samt Einsatzverbänden aufbauen, ist der Sanitätsdienst auf dem Weg ein multinationales Sanitätskommando (MMCC) zu etablieren. Die Streitkräftebasis wiederum arbeitet an einer multinationalen Logistikunterstützungsgruppe (MJLSG) und das Heer geht so weit, zwei bis drei Divisionen multinational ausrichten zu wollen. Hier setzen die zentralen Kooperationsvorhaben des deutschen Heeres an.

### Kooperation mit Gleichgewichtsproblemen – Integration von Kampftruppen

Die Partner für die multinationalen Divisionen unter Kommando der Bundeswehr findet das deutsche Heer neben den bestehenden Verknüpfungen mit den Niederlanden seit 2017 in den östlichen Bündnisstaaten. Seit der zunehmenden Eskalation mit Russland werden unter den politischen Eliten – und zum Teil auch unter den Bürgern – der ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes die Rufe nach einer erhöhten NATO-Präsenz und nach Hilfe bei der Modernisierung von Strukturen, Ausbildung und Waffensystemen der jeweiligen Armeen immer lauter.

#### - Tschechien und Rumänien

Die ersten Kooperationsvereinbarungen in dieser Richtung unterzeichneten die Verteidigungsminister\*innen von Tschechien, Rumänien und Deutschland im Februar 2017 am Rande eines EU-Gipfels in Brüssel.<sup>4</sup> Die Absichtserklärung (Letter of Intent), die vom tschechischen Verteidigungsministerium veröffentlicht wurde,<sup>5</sup> bezieht sich auf das Rahmennationenkonzept und das Ziel größere Formationen als Follow-on-Forces der NATO in Europa zu bilden.

Die tschechische Armee ist aktuell unter Führung der Bundeswehr sowohl am NATO-Bataillon in Litauen, als auch an der schnellen Eingreiftruppe der NATO (VJTF 2019) beteiligt. Dafür wurden tschechische Soldaten z.B. bereits am deutschen Führungsinformationssystem ausgebildet<sup>6</sup> und bestreiten eine Vielzahl an gemeinsamen Übungen und Manövern.

Träger der Kooperation sind die 4. Rapid Deployment Brigade - eins von zwei Kampfbataillonen und Speerspitze der tschechischen Armee mit diversen Auslandseinsätzen und einer Beteiligung am NATO Allied Rapid Reaction Corps die an die Führungsstrukturen der 10. Panzerdivision der Bundeswehr andockt. Den Austausch auf der taktischen Ebene organisieren die tschechische Brigade mit Sitz in Žatec und die deutsche Panzergrenadierbrigade 37 mit Sitz in Frankenberg in Sachsen, keine 100 Kilometer voneinander entfernt, in Form von gemeinsamen Aus- und Fortbildungsvorhaben, sowie Übungen.

Folgt man dem Text der Absichtserklärung als Grundlage der Kooperation, beschränkt sich diese auf Training und Übung in Friedenszeiten und lässt keine Ansprüche nach nationalem oder internationalem Recht zu. Damit wird die heikle Frage nach der nationalen Souveränität im Verteidigungsbereich vorerst offen gehalten. Die aufgelisteten Kooperationsebenen sind allerdings zahlreich und tiefgreifend. Sie reichen von gemeinsamem Training, Übungen und Ausbildung über gemeinsame Doktrinentwicklung, und die Harmonisierung von Vorgaben und Führungsprozessen bis hin zu gemeinsamen Tests und Beschaffungen von Material, v.a. in den Bereichen Kommunikation (signal), Führungsunterstützung (command and control), ABC-Schutz (force-protection), Sanitätsdienst und Logistik.<sup>7</sup> Daher ist davon auszugehen, dass die Verknüpfung tiefer reichen soll, als durch das Schriftstück vermittelt wird.

Über die zweite Absichtserklärung zwischen Rumänien und Deutschland ist nur bekannt, dass ein Zusammenwachsen der rumänischen 81. Mechanisierten Brigade mit der Division Schnelle Kräfte der Bundeswehr geplant ist. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die weiteren Vereinbarungen sich stark überschneiden.

### - Ungarn

Seit März 2019 ist Ungarn die dritte assoziierte östliche Armee im Bunde. In Budapest unterzeichneten der Inspekteur des Heeres der Bundeswehr und der Inspekteur der Landstreitkräfte Ungarns ein entsprechendes Dokument. Die ungarische Seite drängt dabei auf schnelle Umsetzung. Anfang Mai erreichte eine "offizielle Bitte" Ungarns um Unterstützung die Bundeswehr. "Sie reicht von der Weitergabe von Fachwissen bei der Ausbildung und Sprachausbildung und bei Übungen über die Bereitstellung von konzeptionellen Grundlagen bis hin zur Entsendung von Mobilen Trainingteams und Ausbildern für die Offizierausbildung und Etablierung von ungarischen Austausch- und Verbindungsoffizieren einschließlich gemeinsamer Übungsvorhaben."8 Ende Juni trafen sich dann Vertreter beider Parteien zur konstituierenden Sitzung einer deutsch-ungarischen Lenkungsgruppe, die als Koordinierungsplattform der künftigen Kooperation dienen soll. Laut bundeswehreigener Veröffentlichung strebt Ungarn neben der Modernisierung der Streitkräfte "langfristig eine vollständige Verzahnung mit der Bundeswehr an."9 Weitere Entscheidungen darüber, wie diese Verzahnung sich genau ausgestalten wird, sind allerdings erst nach einem Treffen der zuständigen Minister\*innen zu erwarten. Welche Rolle die Konflikte zwischen beiden Regierungen und die autoritäre Politik in Ungarn dort spielen werden ist momentan nicht abzusehen. Die Militärs unter sich scheinen es allerdings ernst zu meinen und sich bestens zu verstehen.

#### - Litauen

Eine vierte Kooperation der Bundeswehr mit einem östlichen Partner gründet unmittelbar auf der aktuellen Aufrüstung der NATO-Ostflanke. Seit der Einrichtung der enhanced Forward Presence (eFP/ etwa: verstärkte Vorwärtspräsenz) der NATO im Baltikum und in Polen seit 2016 ist Deutschland Führungsnation und größter Truppensteller des NATO-Bataillons in Litauen.

Zusätzlich zur Stationierung deutscher Truppen im litauischen Rukla unterzeichneten die Befehlshaber der deutschen und litauischen Landstreitkräfte im Oktober 2018 einen Vertrag über die "vertiefte militärische Zusammenarbeit". 10 Darin enthalten ist neben der gemeinsamen Ausrüstung, der Ausbildung und der Vereinheitlichung von Prozessabläufen, sowie der Entsendung litauischer Offiziere in die Stäbe der deutschen Panzerdivisionen auch die Kooperation mit der litauischen "Iron Wulf Brigade". Dabei handelt es sich um einen der zwei litauischen Kampfverbände, der durch die Teilnahme an diversen Auslandseinsätzen und der Unterstellung unter die NATO im Rahmen der Kollektiven Verteidigung als Speerspitze der litauischen Armee gilt.

Während das von der Bundeswehr geführte multinationale NATO-Bataillon der litauischen Iron Wulf Brigade unterstellt wurde, ist diese wiederum jeweils der deutschen Panzerdivision zugeordnet, die im Wechsel die rotierenden NATO-Truppen in Litauen führt.

"Deutschland ist der erste und der beste Kooperationspartner für die litauischen Landstreitkräfte", gab die litauische Präsidentin, Dalia Grybauskaitė, im Rahmen der Vertragsunterzeichnung zum Besten.<sup>11</sup>

#### - Polen

Formal nicht besiegelt aber auf militärischer Ebene in Planung arbeiten auch Offiziere der Panzergrenadierbrigade 41 der Bundeswehr und der polnischen 10. Panzerkavalleriebrigade auf Deutsch-Polnischen Partnerschaftsseminaren seit Jahren an einer Kooperation. Laut Bundeswehr wird aktuell sogar ein sogenanntes "Cross Attachement", eine gegenseitige Unterstellung von Truppenkörpern, ähnlich der Zusammenarbeit mit den Niederlanden diskutiert. Von polnischer Seite besteht Interesse an einem gemeinsamen Leopard-Trainingscenter zur gemeinsamen Ausbildung aller Aufgaben rund um den Kampfpanzer Leopard 2. "Es sei jetzt an der Zeit, das Programm bilateral zu festigen und zu vertiefen und sich in Ausbildung und Übung weiter zu verzahnen, sind sich die deutschen und polnischen Heeressoldaten einig."12 Diese Absicht steht politisch aufgrund der aktuellen deutsch-polnischen Beziehungen allerdings auf wackligen Füßen. Im Weg stehen abweichende Positionen um eine autoritäre Justizreform in Polen und die Debatte um mögliche Reparationen von Deutschland für die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges. Weitere Stolpersteine sind die aktuelle Debatte um die Verlagerung von US-Truppen aus Deutschland nach Polen und die Spekulation um Polen als künftigen Stationierungsort für atomare Mittelstreckenraketen der USA nach dem Ende des INF-Vertrags. Diese Auseinandersetzungen dürften auch der Grund dafür sein, warum die



Ein Radpanzer Boxer der litauischen Iron Wulf Brigade, die nicht nur eng mit der Bundeswehr verzahnt ist, sondern auch auf deutsche Rüstungsgüter setzt. Quelle: Jaunuolis / Wikipedia

polnische Regierung nicht mit dieser Kooperation hausieren geht. Wie viel also aus den Ideen der Offiziere wird, steht noch in den Sternen.

Über diese großen Kooperationsvorhaben hinaus unterhält das Heer zudem formale bilaterale Beziehungen zu den Landstreitkräften Österreichs, Norwegens, Schwedens und Estlands als potenziellen Kooperationspartnern und zu den großen Playern Frankreich, Großbritannien und den USA.

### Rüstungsdeals und Rüstungstöpfe – Geld und Waffen für deutschen Einfluss in Osteuropa

Ziel aller erwähnten Kooperationsvereinbarungen ist es auch, die sogenannte Interoperabilität zu steigern. Neben gemeinsamer Sprache, Einsatzregeln und Ausbildung wird darunter auch die technische Kompatibilität von Waffensystemen, Software und Funknetzen verstanden. Dafür bietet es sich besonders an, aufeinander abgestimmte Systeme zu beschaffen.

Als Vorreiter der Kooperation sind die Niederlande und Deutschland im Bereich der Waffensysteme des Heeres schon weitergehend synchronisiert. Das gemeinsame Projekt TEN (Tacticle Edge Network) regelt die Digitalisierung der Landstreitkräfte in enger Abstimmung.

Erste Schritte in diese Richtung sind auch bei den neuen Kooperationspartnern zu beobachten. So haben Litauen und Ungarn bereits größere Rüstungsdeals mit deutschen Firmen abgeschlossen und für die Modernisierung der rumänischen und tschechischen Landstreitkräfte werden deutsche Produkte erwogen, oder befinden sich in aktuellen Ausschreibungen in aussichtsreicher Position.

Dabei handelt es sich allerdings nicht nur um die technische Seite einer politisch-militärischen Kooperation, sondern auch um ein riesiges Geschäftsfeld. In der Mehrzahl sind die Armeen der östlichen NATO und EU-Partner noch mit Panzerfahrzeugen und Waffensystemen aus der Ära des Warschauer Paktes ausgerüstet. Im Rahmen der aktuellen Aufrüstung gegen Russland und der damit einhergehenden Mobilisierung der entsprechenden Grenzregionen haben diese Staaten große Modernisierungspakete aufgelegt, oder befinden sich auf dem Weg dorthin. Bisher waren die USA nicht nur die vorherrschende Schutzmacht, sondern auch mit Abstand der größte Waffenhändler für die neueren Bündnisstaaten im Osten. Außen-, militär- und wirtschaftspolitisch begibt sich Deutschland derzeit allerdings auf den Weg diese Rolle zunehmend infrage zu stellen.

Hier setzt eine Idee an, die aktuell in der sicherheitspolitischen Debatte in Deutschland zunehmend prominente Unterstützung erfährt. Auf einem Podium des American Council on Germany im Juni 2019 in Berlin präsentierte Ex-Außenminister Gabriel einen Plan. Er plädierte dafür, die deutschen Rüstungsausgaben auf die in der NATO ausgedealten 2% zu erhöhen, die Ausgaben aber in zwei Töpfe zu splitten.

Während 1,5 % des BIP in die Bundeswehr fließen sollen, wie es per Elitenkonsens bereits festgelegt zu sein scheint, hat Gabriel mit den weiteren 0,5% des BIP, rund 20 Milliarden Euro (Projektion für 2024), vor, einen Modernisierungs-, bzw. Aufrüstungsfonds für die östlichen Bündnispartner zu bestükken: "Das wäre ein Signal, dass Deutschland gewillt ist, Verantwortung für die Sicherheit Osteuropas zu übernehmen." Gespickt mit dem Wunsch Europa zum Weltakteur zu machen, fügte Gabriel hinzu: "Europa ist der einzige Vegetarier auf einer geopolitischen Bühne von Kannibalen. Davon sollten wir uns verabschieden und zum Flexitarier werden."<sup>13</sup>

Wenn auch in weniger pathetischem Tonfall, schlug der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger in einem Tweet am 1. September - dem Jahrestag des Überfalls der Wehrmacht auf Polen – in dieselbe Kerbe und konkretisierte die Ausrichtung. Im Bezug auf die deutschpolnische Partnerschaft stellte er fest: "Unsere Aufgabe sollte es sein den Polen zu helfen ihre Abhängigkeit von den USA zu reduzieren."<sup>14</sup>

Zwei Tage später schloss sich Matthias Wachter, Abteilungsleiter für Sicherheit und Rohstoffe des BDI, der Marschrichtung an. Ein "Ertüchtigungsfonds" in Anlehnung an entsprechende US-Projekte würde der Interoperabilität, der Steigerung der Verteidigungsausgaben und der Stärkung der industriellen Basis in Deutschland dienen.<sup>15</sup>

Der Kaufanreiz arbeitet allerdings nicht nur für die deutsche und europäische Rüstungsindustrie, sondern auch aktiv gegen die US-amerikanischen Konkurrenten. Mit dem "European Recapitalization Incentive Progam" (ERIP) stellt die US-Regierung bereits einen Topf für die Modernisierung der Armeen der südosteuropäischen Bündnisstaaten, von der Slowakei bis Griechenland, zur Verfügung. Mit der Annahme der Finanzspritzen für den Ersatz von veraltetem Sowjetgerät geht allerdings, wie auch aus anderen Feldern der Wirtschaftsförderung bekannt, der Druck einher US-Produkte zu kaufen.

Aktuell umfasst das ERI-Programm nur 190 Millionen Dollar, soll nach Plänen der US-Administration allerdings geografisch ausgeweitet und finanziell aufgestockt werden.

Die von Gabriel dagegen zur Debatte gestellten Summen sind in Anbetracht dessen nicht nur für den Bundeshaushalt gigantisch. Mit den gewünschten 20 Milliarden Euro in der Hand würde sich nicht nur der außenpolitische Einfluss Deutschlands als neuer großer Bruder der östlichen Nachbarn massiv erhöhen. Solch eine Abwrackprämie für alte Sowjetpanzer würde auch einer massiven Wirtschaftsförderung für die heimische Rüstungsindustrie gleichkommen. Das der deutsche Einfluss bei den neuen Partnern bereits jetzt Früchte trägt, zeigen einige Rüstungsdeals der letzten Jahre.

### - Konkrete Deals

Bereits 2015, unmittelbar nach der Entscheidung, dass Deutschland die Führungsnation des NATO-Bataillons in Litauen werden würde, unterzeichnete Riga zwei Rüstungsdeals über die Beschaffung von 21 Panzerhaubitzen 2000 aus deutschen Restbeständen und die Neuanfertigung von 88 Radschützenpanzern vom Typ Boxer in der Version IFV Vilkas für die mechanisierte Infanterie. Allein der Boxer-Deal schlug mit 385,6 Millionen Euro zu Buche.

Das ungarische Verteidigungsministerium ging den umgekehrten Weg und unterzeichnete bereits im Dezember 2018, drei Monate vor dem Assoziierungsabkommen, einen größeren Rüstungsdeal mit einem geschätzten Umfang von einer Milliarde Euro. Dafür erhält die ungarische Armee 44 fabrikneue Kampfpanzer Leopard 2 A7+ und 24 neue Panzerhaubitzen 2000. Hinzu kommen 12 weitere Kampfpanzer Leopard 2 in der älteren Version A4, die zu Trainingszwecken genutzt werden sollen. Mit dem gesamten Paket kann die ungarische Armee ihr Panzer- und ihr Artilleriebataillon mit modernen Waffensystemen ausstatten. 16 Bereits kurz zuvor hatte Ungarn insgesamt 36 Mehrzweckhubschrauber der Typen H145M und H225M mit entsprechendem Waffensystem HForce von Airbus bestellt. Während diese Deals sicher bereits als Schmierstoff für die politisch keinesfalls selbstverständliche Unterstützungsanfrage der Ungarn gewirkt hat, sind weitere Schritte von Seiten der Bundeswehr erwünscht: "Darüber hinaus wäre die Stärkung der deutsch-ungarischen Rüstungskooperation durch die Beschaffung deutscher Waffensysteme des Heeres ein großartiges Zeichen der intensiven Zusammenarbeit. Die Ungarn zeigen Interesse am Gepanzerten Transportkraftfahrzeug Boxer und am Kampfpanzer Puma".<sup>17</sup> Weitestgehend im eigenen Interesse agiert das Heer bei Besuchen hochrangiger Militärs aus kleineren Bündnisstaaten fleißig als Werbeplattform und Vermittler für die deutsche Rüstungsindustrie.<sup>18</sup>

Während die Kooperation mit der tschechischen Armee bereits im vollen Gange ist, laufen die Beschaffungsvorhaben dort langsamer. So steht die Entscheidung für den Kauf von 210 modernen Schützenpanzern noch aus. Unter den vier verbleibenden Kandidaten befinden sich die Modelle Puma und Lynx der deutschen Rüstungsschmieden KMW und Rheinmetall. Eine Entscheidung wird noch in diesem Jahr erwartet. Zudem werden Tschechien, Rumänien, Bulgarien und Kroatien als Interessenten für den Kauf von Leopard 2 Kampfpanzern zur Modernisierung ihrer Panzerverbände gehandelt.

Neben dem Verkauf neuer Waffensysteme durch die Rüstungsindustrie sind in der Idee der Ankerarmee allerdings auch direkte Kooperationsformate angelegt. So wurde im Januar 2019 verkündet, dass auf dem Lechfeld, südlich von Augsburg, ein zweiter Bundeswehrstandort für die Transportflugzeuge A400M entstehen soll. Geplant ist dort ein multinationaler Transportfliegerverband als Projekt im Rahmennationenkonzept.20 Die potenziellen Partner der Bundeswehr würden eigene Lufttransportkontingente erhalten oder sogar ganze Maschinen kaufen, um sie gemeinsam zu betreiben. Die Bundeswehr würde so einen Weg finden, die für ihren Gebrauch überzähligen dreizehn Transportflieger nicht nur durch die Partner finanzieren zu lassen, sondern auch noch einen politischen Mehrwert durch ein weiteres Kooperationscluster herauszuschlagen. Bereits über ihre Aktivitäten in der Planungsgruppe für die von Deutschland geführte "Multinational Airgroup" aktiv und damit auch eng mit der Luftwaffe verknüpft, gelten Tschechien und Ungarn als Interessenten für den gemeinsamen Betrieb der A400M-Flotte.<sup>21</sup>

### Ankerarmee – Auf dem Weg zur EU-Armee unter deutscher Führung?

Bei der "Osterweiterung" der Bundeswehr und den damit verknüpften diplomatischen und rüstungspolitischen Offensiven handelt es sich nicht um Alltagsgeschäft. Auch wenn die Details der Kooperationen und vor allem die Unterstellungsverhältnisse im Falle der Bündnisverteidigung noch nicht ausverhandelt sind, nimmt Deutschland damit in der EU eine hervorgehobene Rolle ein.

Die letzten breiteren medialen Vorstöße für die vermeintliche Notwendigkeit einer EU-Armee waren nach dem Brexit-Votum und der Wahl Donald Trumps zu vernehmen. Auch wenn die EU in den letzten Jahren ihren Militärbereich mit Programmen wie der Ständigen Strukturieren Zusammenarbeit (PESCO) und dem Europäischen Verteidigungsfond (EVF) massiv ausgebaut hat, ist der Weg zu einer tatsächlichen EU-Armee keineswegs in Sichtweite.

Im Mai 2017, wenige Monate nach der Unterzeichnung der Kooperationsverträge der Bundeswehr mit Tschechien und Rumänien, brachte die schwedische Journalistin und Mitarbeiterin des Londoner Think Tanks Royal United Services Institute, Elisabeth Braw, in einem Beitrag in Foreign Policy beide Entwicklungen zusammen.<sup>22</sup> Sie sprach dort davon, dass Deutschland im Stillen eine EU-Armee unter seinem Kommando aufbaue. Ausgehend von der deutschen Initiative zum

Rahmennationenkonzept sieht sie die Entwicklungen als Weg in Richtung eines "Netzwerks von Miniarmeen" unter deutscher Führung.

Diese Einschätzung entspricht den realen Vorgängen in weiten Teilen. Mit der neuen Konzeption der Bundeswehr von 2018 scheint endgültig klar, dass für einen potenziellen Krieg mit Russland wieder auf Großformationen wie im Kalten Krieg gesetzt wird. Alleine ist die Bundeswehr aus innenpolitischen, finanziellen und rekrutierungsbedingten Gründen allerdings nicht mehr in der Lage solche Formationen eigenständig aufzustellen.

Daher setzten Bundesregierung und Bundeswehr ihre militärischen, finanziellen, organisatorischen und rüstungsindustriellen Ressourcen ein, um sie mit osteuropäischen Bündnisstaaten gegen die Einbindung ihrer Kampftruppen einzutauschen. In diesem Prozess entsteht für die an den deutschen Anker angedockten Staaten allerdings eine Abhängigkeit, die bei weiterem Fortschreiten die Fähigkeit ihre Truppen unabhängig von der Bundeswehr zu nutzen, zunehmend beschneiden wird.

Zudem spekuliert Braw darüber, dass die nächste Runde der Integration von Kampftruppen kleinerer Bündnisstaaten in Skandinavien stattfinden könnte, wo die jeweiligen Armeen ohnehin bereits auf verhältnismäßig viel deutsches Equipment setzen. Greift man diese Vermutungen auf, wären Norwegen mit Beteiligung am NATO-Bataillon in Litauen und an der VJTF 2019 unter deutscher Führung, das formal bündnisfreie Schweden mit einer gemeinsamen Heereskooperation und Dänemark als Partner Deutschlands in der Führung des Multinationalen Kops Nord-Ost, allerdings mit traditionellen Verbindungen nach Großbritannien, naheliegende Kandidaten. Zudem wäre eine Einbindung Estlands denkbar, das ebenfalls eine bilaterale Kooperation mit dem deutschen Heer unterhält und in den Bereichen Sanitätsdienst, Marine und Luftwaffe bereits an den deutschen Großformationen im Rahmentationenkonzept beteiligt ist.

Werden die beschriebenen Integrationsschritte im Heeresbereich, sowie im Rahmen der weiteren großen Formationen der anderen Waffengattungen, wie zu erwarten ist weiter wachsen, steht nicht eine EU-Armee im suprastaatlichen Sinne zur Debatte, sondern ein politisch-militärisches Erstarken Deutschlands, das diverse Nachbarländer v.a. an der Ostgrenze des Bündnisgebietes in eine militärische Abhängigkeit hineinmanövriert.

Mit Großbritannien auf verwegener Abschiedstour, Frankreich gebunden in den ehemaligen Kolonien, sowie einer starken Souveränitätsdebatte und Italien und Spanien als verbleibenden EU-Staaten mit größeren Streitkräften innenpolitisch aufgerieben, ist ein relevantes Konkurrenzprojekt zur deutschen Ankerarmee aktuell nicht zu erwarten. In der Rolle des Organisators der Ostfront – dem aktuell wohl größten Treiber für militärische Kooperationsprojekte – wird Deutschland der Gestaltungsraum für die Basis einer möglichen EU-Armee quasi kampflos überlassen.

Einziger Mitspieler, Partner und zugleich Widersacher für die deutsche Ankerarmee in Osteuropa sind aktuell die USA, die versuchen mit Geld und Truppenpräsenz ihre politische, militärische und ökonomische Führungsrolle unter den ehemaligen Staaten des Warschauer-Pakts, insbesondere in Polen, zu erhalten.

Werden die Kooperationen in der Geschwindigkeit der letzten zwei Jahre erweitert und vertieft, ist Deutschland auf dem klaren Weg, neben der ökonomischen und durch die Inthronisierung von der Leyens als Kommissionspräsidentin besiegelten politischen Führung in der EU auch die militärische Oberhand für sich zu beanspruchen. Alles in allem - sowohl mit Blick auf die Vergangenheit, als auch in die Zukunft - eine durchaus erschreckende Aussicht, sollte Deutschland anschließend an die Gedankenspiele von Sigmar Gabriel seine Fleischfresserqualitäten als demnächst auch militärisch weitgehend restaurierte Großmacht an der Spitze der EU wiedergewinnen.

#### Anmerkungen

- 1 Europäisch Sischerheit & Technik, Dorothee Frank, Deutschland und Niederlande beschließen gemeinsame Digitalisierung der Landstreitkräfte, 26.06.2019, esut.de
- 2 Bundeszentrale für Politische Bildung, Björn Müller, Das Rahmennationenkonzept, 02.05.2019, bpb.de und ETH Zürich Center for Security Studies, Rainer L Glatz and Martin Zapfe, NATO's Framework Nations Concept, 01.04.2019, ccs.ethz.ch
- 3 Beteiligt am deutschen Rahmennationenkonzept sind die Staaten Skandinaviens, des Baltikums, alle östlichen und südöstlichen EU-Staaten außer Slowenien, zudem Österreich, BeNeLux und sogar Großbritannien und die Schweiz. Siehe: Müller, bpb.de
- 4 NATO, Germany, Romania and the Czech Republic deepen defence ties, 15.02.2017, nato.int
- Dass es sich dabei um ein heikles Thema handelt zeigt die Veröffentlichung des Vertragswerks durch das tschechische Verteidigungsministerium, nachdem Sputnik davon berichtet hatten, dass Tschechien durch die Übergabe einer Kampfbrigade an die Bundeswehr seine Souveränität verloren hätte. Siehe dazu: Sputnik News, Czechia 'Loses Sovereignty' After Pride of Czech Army Comes Under German Command, 21.02.2017, sputniknews.com
- 6 Deutsches Heer, Rainer Stolze, Führungsinformationssystem des Heeres wird multinational, 14.02.2018, deutschesheer.de
- 7 Letter of Intent between Ministry of Defence of the Czech Republic and the Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany, 15.02.2017; Abrufbar unter: army.cz
- 8 Deutsches Heer, Karsten Raab und Marcus Kornek, Deutschungarische Heereszusammenarbeit entwickelt sich, 01.07.2019, deutschesheer.de
- 9 ebd
- 10 Deutsches Heer, Daniel Richter, Vertiefte deutsch-litauische Zusammenarbeit besiegelt, 24.10.2018, deutschesheer.de
- l ebd.
- 12 Deutsches Heer, Rene Hinz, Deutsche und Polen stärken ihre Partnerschaft, 18.09.2019, deutschesheer.de
- 13 EURAKTIV, Alicia Prager, AKK will Militärausgaben auf Zwei-Prozent-Ziel der NATO anheben, 12.06.2019, euraktiv.de
- 14 Twittermeldung von Wolfgang Ischinger (@ischinger) vom 01.09.2019: https://twitter.com/ischinger/status/1168413224548671488
- 15 Twittermeldung von Matthias Wachter (@WachterBDI) vom 03.09.2019: https://twitter.com/WachterBDI/status/1168841882765541377
- 16 Europäische Sicherheit & Technik, Gerhard Heiming, Leopard 2 und PhZ 2000 für Ungarn, 21.12.2018, esut.de
- 17 Deutsches Heer, Daniel Richter, Ungarn interessiert an deutscher Ausrüstung, 18.12.2019, deutschesheer.de
- 18 Ein Beispiel: Deutsches Heer, Daniel Richter, Bulgarischer Oberbefehlshaber besucht das Deutsche Heer, 07.06.2019, deutschesheer.de
- 19 Radio Prague International, Tom McEnchroe, Defence Ministry opens multi-billion crown tender for Infantry Fighting Vehicles, 27.03.2019, radio.cz
- 20 Augen Geradeaus, t. Wiegold, Lechfeld wird Standort für multinationale A400M-Einheit der Luftwaffe, 02.01.2019, augengeradeaus.net
- 21 bundeswehr-journal, Dorian Bär, Konferenz der Multinational Air Group in Budapest, 08.02.2019, bundeswehr-journal.de
- 22 Foreign Policy, Elisabeth Braw, Germany Is Quietly Building a European Army Under Its Command, 22.05.2017, foreignpolicy. com

# Rezension: Militärbischof für Aufrüstung und Wehrpflicht

von Peter Bürger

Dr. Sigurd Rink übt als erster evangelischer Militärbischof der Bundesrepublik Deutschland sein Amt hauptamtlich aus. Er hat in diesem Jahr ein Buch "Können Kriege gerecht sein?" vorgelegt. Der Titel setzt ein Fragezeichen hinter den neuen Friedensdiskurs der Ökumene. So hat etwa der Papst im Buchgespräch mit Dominique Wolton bekräftigt: "Kein Krieg ist gerecht. Die einzig gerechte Sache ist der Frieden." Diese Feststellung wird hierzulande auch von mehreren evangelischen Landeskirchen sowie in bedeutsamen Entschlüssen der Ökumene auf weltkirchlicher Ebene getroffen.

Transparent ist die Tatsache einer Mitwirkung des Bundesministeriums für das Militärressort bei der Publikation des Militärbischofs. Sigurd Rink schreibt: "Ich danke der Presseabteilung des Verteidigungsministeriums für die sehr genaue Durchsicht des Manuskripts, einen Faktencheck gleichsam. Das heißt nicht, dass wir in allem einer Meinung wären. Das wäre auch seltsam. Aber gewonnen hat das Buch durch die Zusammenarbeit, und Fehler, die sich dennoch eingeschlichen haben, nehme ich getrost auf mich." (S. 13)

#### Zweifel und Leerstellen

Es sei nachdrücklich vermerkt: Militärbischof Sigurd Rink übt sich – fernab von etwaigen Unfehlbarkeitsansprüchen – in größter Demut: "Das Thema [Krieg und Militär] ist kompliziert und brisant. Meine Gedanken mögen manchem falsch und naiv erscheinen." (S. 11) "Ich kann und will in diesem Buch keine Antworten geben" (S. 28). "Politik ist ein schwieriges, hoch komplexes Unterfangen. Sie ist immer Interessenspolitik, und einen Kräfteausgleich herzustellen ist eine Sisyphusarbeit." (S. 123) "Manchmal frage ich mich, wenn ich mich mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr beschäftige [...], ob ich nicht schon abgestumpft bin, den Krieg als Realität akzeptiert habe" (S. 209). "Afghanistan macht mich ratlos, ich muss es gestehen. Die Wirklichkeit ist immer zu komplex, als dass es ein eindeutiges Richtig oder Falsch gäbe, aber in Afghanistan ist die Lage besonders vielschichtig und verworren." (S. 211)

Alles ist fürchterlich komplex und unübersichtlich. Doch wir werden sehen: Das Militärwesen hat aus Sicht des Militärbischofs trotz alledem unsere tatkräftige Solidarität verdient! Ausführlich erörtert wird im Buch (S. 140-164, 170) z.B. die Beteiligung des deutschen Militärs mit über tausend Soldaten an MINUSMA in Mali, das ist die "zurzeit gefährlichste Mission der Vereinten Nationen und der zweitgrößte Einsatz der Bundeswehr" (S. 159). Indirekt erschließt sich, dass die Gewalteskalation in Mali ab Anfang 2012 auch den Folgen der NATO-Bombardierung Libyens 2011 zuzurechnen ist. Das in den Lineal-Grenzen Afrikas eingebrannte Kolonialregime der Europäer ist mitnichten Vergangenheit. Namentlich Frankreich verfolgt in Mali ganz eigennützig gravierende Rohstoffinteressen (S. 149); auch die europäischen "Migrationspartnerschaften" mit afrikanischen Schwerpunktstaaten sind keine Werke der selbstlosen Nächstenliebe. Der Militärbischof kommentiert die NATO-Devise "Werte und Interessen" wie ein Realpolitiker: "Mag es auch den moralischen Wert einer Handlung schmälern, wenn mit dieser ebenso eigene Interessen verbunden sind, so kann eine solche Handlung dennoch legitim und sogar geboten sein." (S. 150) Zwei besondere Schwachstellen des Buches kommen im Mali-Kapitel zum

Tragen: S. Rink sieht zwar das Ungleichgewicht der internationalen Organisation zugunsten der reichen Industrienationen (S. 150-151) und destabilisierende "Globalisierungseffekte" (S. 166), doch es kommt ihm nicht der Gedanke, der grassierende Staatenzerfall ("failed states") könne überhaupt systemisch zusammenhängen mit einer Wirtschaftsweise, die den ganzen Globus knebelt und nach Wahrnehmung des Papstes über Leichen geht. Zum anderen staunt man, dass im Kontext der Sahelzone nicht nachdrücklich die infolge der Klimakatastrophe prognostizierte Explosion von Massenelend zur Sprache kommt. Die Unterbelichtung der ökologischen Frage im Buch ist überhaupt frappierend (Klimaflucht, Krieg um Wasser, militärische Umweltzerstörung ...). Insgesamt beleuchtet Rink den Mali-Einsatz kritisch. Die (u.a. im Sinne Frankreichs gestützte) Regierung taugt offenbar nicht viel. Keiner kann sagen, ob die militärischen Ausbildungsmaßnahmen und die - den Waffenschmuggel anheizenden - Rüstungslieferungen für Mali bald nicht doch wieder den Islamisten zugutekommen. Droht am Ende gar eine "Afghanistanisierung" (S. 159), also ein Militäreinsatz ohne Ende und Ausstiegsmöglichkeit? Das Schlussfazit des Militärbischofs fällt erstaunlich und mutig aus: Der "Sinn von MINUSMA" steht für mich "nicht infrage" (S. 164).

Aus dem Drama der Aufkündigung des INF-Vertrages 2019 schließt der Verfasser, "dass Atomwaffen als ultimatives Abschreckungsmittel noch immer nicht ausgedient haben, doch technologisch sind sie kaum mehr zeitgemäß" (S. 276). Diese lapidare Abhandlung des Themas kommt einer Befürwortung oder zumindest weiteren Duldung der atomaren Bewaffnung gleich. Dem Militärbischof dürfte aber kaum verborgen sein, dass derzeit an "zeitgemäßen" - und insbesondere auch leichter einsetzbaren - Nuklearwaffen gearbeitet wird und hierbei im Rahmen eines neu aufgelegten atomaren Wettrüstens Kosten in astronomischer Höhe anstehen. Rein gar nichts wird im Buch ausgeführt zur neuen Qualität der Ächtung schon der Infrastruktur atomarer Massenvernichtung auf Ebene der UNO und im weltkirchlichen Diskurs, zum skandalösen Agieren der deutschen Bundesregierung im Sinne der Atombombenbesitzer (und der eigenen völkerrechtswidrigen "Teilhabe" an der Bombe), zur zivil-militärischen Zusammenarbeit in der Atomindustrie (Gronau), zum Fortdauern der NATO-Erstschlagoption, zur Nuclear Posture Review (USA 2018) und zu den in Deutschland stationierten Atomwaffen, für die Deutschland neue Flugzeuge beschaffen will und die im Ernstfall von Soldaten bedient werden, für deren Seelenheil der Militärbischof Verantwortung trägt. Sollten die Kirchen hierzulande - eingedenk der lästerlichen Bomben-Apologien von deutschen Staatskatholiken und Staatsprotestanten im 20. Jahrhundert jetzt nicht endlich eintreten in jenen Kreis der Ökumene, der dem Atomgott widersagt?

### **Deutsche Rolle – Fehlanzeige!**

Ganz ausgespart ist im Buch der rüstungsindustrielle Komplex Deutschlands, der im Weltvergleich einen Spitzenplatz einnimmt, seit Jahrzehnten Kriegsgüter exportiert, die dem

Unfrieden in aller Welt dienen, und nicht zuletzt Voraussetzung dafür ist, durch Waffenlieferungen (anstelle von Soldatenentsendungen) deutschen Einfluss in fernen Ländern zu sichern. Der u.a. von den USA unterstützte Krieg einer von Saudi-Arabien angeführten Militärallianz im Jemen hat eine der größten "humanitären Katastrophen" der Gegenwart herbeigeführt. (Im Buch von Sigurd Rink werden dem Schauplatz Jemen auf S. 119 fünf Wörter gewidmet.) Erst aufgrund eines Beschlusses des italienischen Parlaments kann eine Tochter des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall, dessen Kriegsprofite stetig steigen, seit Sommer 2019 keine Mordbomben mehr für den Einsatz im Jemen liefern.

Inzwischen gehört es gleichsam zur Staatsräson, dass die eigene Militärdoktrin mit der Sicherung geostrategischer und geo-ökonomischer Machtinteressen, mit Rohstoffsicherung, mit freien Märkten, Meeren und Handelswegen sowie mit der Abwehr (!) von Flüchtlingen aus Elendsregionen zu tun hat. Spätestens ab 2006 haben tausende Christinnen und Christen von unten die großen Kirchen in einer Ökumenischen Erklärung aufgerufen, eine solche Militarisierung der deutschen Politik öffentlich anzuklagen. In ihrem Schreiben vom 1. September 2015 fordern die evangelischen und katholischen Friedensorganisationen gemeinsam alle Kirchenleitungen im Lande zu einer öffentlichen Klarstellung darüber auf, dass Zielvorgaben zur geostrategischen und ökonomischen Interessenssicherung in Militärplanungen schon mit dem Minimalkonsens der ökumenischen Friedensethik unvereinbar sind. Der Komplex der Militärdoktrin ist zentral für die von Sigurd Rink bearbeitete Frage "Können Kriege gerecht sein?", doch er schweigt sich in seinem Buch hartnäckig über dieses Thema aus.

Namhafte Stimmen auch aus dem bürgerlichen Spektrum warnen in diesem Jahr verstärkt vor einer Aufrüstungsspirale sondergleichen, die freilich schon längst entfesselt ist. Militärbischof Sigurd Rink beschreitet den gegenteiligen Weg, indem er für eine Erhöhung der deutschen Militärausgaben plädiert. Er bezieht sich hierbei auf die interessegeleiteten Klagen des profilierten Transatlantik-Brückenbauers und Zeit-Herausgebers Josef Joffe über "gravierende Ausstattungsmängel der Bundeswehr als Gefährdung der weltpolitischen Rolle unseres Landes" (S. 278) und nimmt selbst so Stellung: "Um gleichwertiges Mitglied multilateraler Bündnisse zu sein, das den Erfordernissen der gegenwärtigen Welt gerecht wird, fehlt es der Bundeswehr erheblich an Personal und Ausstattung." Dies sei einer "gewollten jahrelangen Schrumpfung der Bundeswehr nach dem Ende des Kalten Krieges" geschuldet, und "in der stiefmütterlichen Behandlung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik" sei ein "Verdrängungswunsch am Werk" (S. 260). Dies ist nahezu der Originalton der Aufrüstungspropheten. Sigurd Rink wünscht für die europäischen Länder, "dass die USA an ihrer Seite bleiben": Dafür "müssen sie ihren Beitrag zum Verteidigungsetat der NATO stabilisieren ... Das ist ohnehin längst überfällig, um den USA Bündnispartner auf Augenhöhe zu sein – und erst recht nötig [...], sollten die NATO-Länder gezwungen sein, ohne die USA ein europäisches Verteidigungsbündnis zu stärken." (S. 259) Dass in diesem Kontext via Nebensatz auch Investitionen "in Krisenprävention und Wiederaufbau" gefordert werden, überzeugt nicht. Denn Sigurd Rink klärt seine Leserschaft nicht über die real existierenden Weltverhältnisse auf: Die globalen Budgets für humanitäre und friedensfördernde Aufgaben ohne Militäreinbindung verhalten sich zum "Weltrüstungshaushalt" lediglich wie eine kleine Portokasse.

"Mehr Personal" für die Bundeswehr lautet die Forderung, aber die willigen Bewerber bleiben aus. Eine allgemeine Wehrpflicht würde besser zu einem von Luther abgeleiteten Ideal des "Staatsbürgers in Uniform" passen als – vorzugsweise aus dem Kreis der Benachteiligten rekrutierte – Berufssoldaten oder Söldner aus jenem ökonomisierten (privatisierten!) Kriegskomplex, dessen Anwachsen Sigurd Rink durchaus mit Sorge betrachtet (S. 98-102, 261-263). Das Plädoyer des Militärbischofs für eine Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht kann keinem Leser des Buches verborgen bleiben; die Chancen für eine Verwirklichung dieses Ansinnens schätzt der Verfasser allerdings selbst denkbar gering ein.

Militärseelsorge ist in den Augen von Sigurd Rink heute kein Instrument mehr zur Bändigung ungehorsamer Soldaten, sondern: eine "Zwillingsschwester der Inneren Führung" (sic!), gleichwohl ein staatsunabhängiges "Fenster zur Zivilgesellschaft"; einzige Sachwalterin des Beichtgeheimnisses; nicht dafür zuständig, "die Soldaten von der Sinnhaftigkeit ihrer Einsätze zu überzeugen"; raumgebend für Zweifel und "für das Nachdenken über das Nichtwissbare und Unberechenbare"; Hüterin von "Ressourcen christlich-religiöser Tradition" und sogar "so etwas wie ein "Zukunftslabor der Kirche" (S. 102-107, 136-137, 269-274). Verständlich ist das Bemühen, die Arbeit der Militärseelsorge gegenüber dem Bundesministerium, dem das Militärbischofsamt zugeordnet ist, und gegenüber der z.T. kritischen Kirchenöffentlichkeit in ein freundliches Licht zu stellen. Kritische Forschungen zur wirklichen "Reichweite" der Seelsorge des Militärkirchenwesens bleiben unberücksichtigt.

#### Krieg: In wessen Namen?

Das Buch endet mit einem militärbischöflichen Predigtappell, welcher die Leser einem imaginären "Wir" einfügt: "Deutschland ist weltweit an militärischen Einsätzen beteiligt [...]. Das militärische Engagement der Bundeswehr geschieht in unser aller Namen, in der Verantwortung der deutschen Gesellschaft. Wir müssen diese Verantwortung wahrnehmen." (S. 279) Das sogenannte deutsche Militär-"Engagement" (samt Entsendung von Soldaten, Aufrüstung, Rekrutierungspropaganda etc.) erfolgt aber keineswegs im Namen der friedenskirchlich ausgerichteten Christ\*innen. Diese halten den Militärapparat für ein esoterisches Gefüge, dessen Heilsversprechen einer rationalen – wissenschaftlichen – Überprüfung nicht standhalten und weltbrandgefährlich sind.



Antworten suche

"Sigurd Rink: Können Kriege gerecht sein? Glaube, Zweifel, Gewissen – Wie ich als Militärbischof nach Antworten suche. Berlin: Ullstein 2019"; ISBN 978-3-550-20004-5, 286 S., 20 €.

### Jenseits der Verfassung Das militärpolitische Programm der AfD

von Lucius Teidelbaum

Die inzwischen eindeutig extrem rechts einzuordnende Partei "Alternative für Deutschland" (AfD) versucht sich schon seit mehreren Jahren als Bundeswehr-Partei zu etablieren.

Im Juli 2019 hat der "Arbeitskreis Verteidigung" der AfD-Bundestagsfraktion nun das militärpolitische Programm "Streitkraft Bundeswehr" mit dem Untertitel "Der Weg zur Verteidigungsfähigkeit Deutschlands" veröffentlicht, in dem die Partei ihre Pläne für die Bundeswehr niedergelegt hat.

Wie in rechten und konservativen Kreisen üblich, wird auch in dem militärpolitischen Programm der Ist-Zustand der Bundeswehr bereits in der Präambel beklagt:

"Seit vielen Jahren können die deutschen Streitkräfte diesen hoheitlichen Schutzauftrag unseres Landes nicht mehr erfüllen. Die Bundeswehr ist als Ganzes nicht einsatzbereit."<sup>1</sup>

Das Ziel der AfD ist daher "die Wiederherstellung der Verteidigungsbereitschaft Deutschlands." (S. 10) Dazu soll die Bundeswehr "in einem ersten Schritt auf 230.000 Soldaten anwachsen." (S. 38)

#### **Alte Traditionen**

Was die Diskussion um die Traditionen der Bundeswehr angeht, so strebt die AfD eindeutig einen Rückschritt an. Zwar wird die Wehrmacht nicht explizit als Vorbild genannt, stattdessen heißt es:

"Die Bundeswehr ist Teil einer Jahrhunderte alten deutschen Militärtradition. Als "Staatsbürger in Uniform" haben die Männer und Frauen der Bundeswehr das Recht, ihr soldatisches Selbstverständnis wesentlich mitzubestimmen und weiterzuentwickeln." (S. 15)

In dieser Jahrhunderte alten Militärtradition sind die Armeen undemokratischer Staaten wie Preußen, dem Kaiserreich und NS-Deutschland mit enthalten.

Die Soldat\*innen sollen selbst bestimmen, in welcher Tradition sie stehen: "Als Staatsbürger in Uniform definieren die Soldaten der Bundeswehr ihre Militärtradition zu wesentlichen Teilen selbst." (S. 44 f.)

Was auf den ersten Blick wie eine demokratische Teilhabe wirkt, ist hochproblematisch, weil es besonders in den Eliteeinheiten (Gebirgsjäger, Fallschirmjäger, Kommando Spezialkräfte) starke Hinweise darauf gibt, dass sich diese Truppenteile in einer Generationsfolge mit Wehrmachtseinheiten sehen. Das könnte mit dieser Vorgabe offener ausgelebt werden.

Die AfD betont, eine Einzelfallbetrachtung sei wichtig: "Traditionswürdigkeit beruht stets auf einer Einzelfallbetrachtung. Persönlichkeiten und militärische Ereignisse sind stets im Kontext der jeweiligen Epoche zu bewerten." (S. 45) Damit ist aber das Tor für Wehrmacht, Kaiserarmee und preußisches Heer prinzipiell erst einmal offen. Immerhin forderte der damalige AfD-Vizevorsitzende Alexander Gauland im September 2017, wenn Franzosen und Briten stolz auf ihren Kaiser oder auf Winston Churchill seien, "haben wir das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen". Dazu passt ebenfalls die Forderung: "Taktische und stra-

tegische Lehrbeispiele aus der deutschen und internationalen Militärgeschichte dienen der Truppe zur Wissensvermittlung und damit zur Auftragserfüllung." (S. 45) Konkret können damit beispielsweise die Wehrmachtsvernichtungsfeldzüge im Osten als strategi-

sche Beispiele für junge Offiziere verwendet werden.

### Re-Militarisierung der Gesellschaft

Ähnlich wie in vielen Landtagswahl- und in den beiden Bundesprogrammen plädiert die AfD für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht: "Die Aussetzung der Wehrpflicht war ein verteidigungspolitischer Fehler, der die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet. Dieser Fehler muss korrigiert werden." (S. 22)

Es geht dabei aber nicht nur um die Versorgung der Armee mit Rekruten, sondern um eine Stärkung des "Wehrwillens": "Mit dem Wehrdienst wird auch der Wehrwille des deutschen Volkes gestärkt." (S. 23)

Auch an anderer Stelle wird dieser ominöse "Wehrwille" betont: "Deutschland setzt sich für die Stärkung des Wehrwillens innerhalb der Bundeswehr sowie innerhalb der gesamten Bevölkerung ein." (S. 27) Auf freiwilliger Basis sollen auch Frauen mit eingebunden werden: "Frauen können freiwillig Wehrdienst leisten." (S. 23)

Es geht aber nicht einfach nur um ein Zurückstellen der Uhren um 15 Jahre, denn Ersatzdienste sollen keine gleichberechtigte Option zum Wehrdienst sein: "Der Wehrersatzdienst nach Art. 12a Abs. 2 soll die Ausnahme vom bewaffneten Wehrdienst aus Gewissensgründen sein." (S. 23)

Ansonsten will die AfD eine Kooperation von Bundeswehr und Polizei: "Die Bundeswehr übt regelmäßig die Kooperation mit Polizei und zivilen Organisationen. Diese Übungen zum Bevölkerungsschutz werden einmal jährlich unter Einsatz aller Kräfte stattfinden." (S. 32) Ebenso fordert die AfD die Kooperation von Bundeswehr mit Wissenschaft und Forschung: "Die Bundesrepublik fördert die Kooperation der Wehrindustrie mit deutschen Universitäten." (S. 42) Generell soll der Bundeswehr in der Öffentlichkeit mehr Platz eingeräumt werden: "Dazu erhöhen sie unter anderem die Zahl öffentlicher Gelöbnisse, Tage der offenen Tür und zivil-militärische Veranstaltungen. Die Bundeswehr und ihre Soldaten präsentieren sich am Tag der deutschen Einheit mit einer Hauptstadt-Parade.

Die Aufgaben der Bundeswehr, ihren Verfassungsauftrag, die Einsätze und der Dienstalltag der Soldaten erhalten Einzug in die Unterrichts- und Ausbildungspläne der Länder. Jugendoffiziere der Bundeswehr unterstützen diese Aufklärungsarbeit. Vorgesetzte ermutigen ihre Soldaten zum Tragen der Uniform in der Öffentlichkeit. Anfeindungen oder gar Angriffe gegen Soldaten werden strafrechtlich konsequent verfolgt." (S. 46)

### **Einsatz im Inland**

Bundeswehr-Reservisten sollen künftig verstärkt im Innern der Bundesrepublik eingesetzt werden: "Zur Gefahrenabwehr unterhalb der Schwelle des Verteidigungsfalles, kann die Bundeswehr zukünftig im Rahmen eines "erweiterten militärischen Einsatzes" im Inland eingesetzt werden." (S. 32)

Die AfD will darüber hinaus die Reserve-Einheiten verstär-

ken und zu einer Art Nationalgarde umwandeln: "Neben einer einsatzbereiten allgemeinen Reserve, wird es in Deutschland zukünftig ein gekadertes Reservistenkorps geben." (S. 24) Dieses Reservekorps soll als Ersatz-Grenzschutz dienen:

"In einer zukünftigen Struktur der Bundeswehr wird die Reserve darüber hinaus stärker mit der territorialen Verteidigung und dem Schutz kritischer Infrastruktur beauftragt. Das Reservekorps der Bundeswehr wird zum Grenzschutz im Frieden befähigt." (S. 17)

Erinnert sei hier daran, dass die ehemalige AfD-Vorsitzende Frauke Petry (inzwischen ausgetreten) wie auch Beatrix von Storch, inzwischen Bundestagsabgeordnete für die AfD, den Schusswaffeneinsatz gegen Flüchtlinge an der Grenze öffentlich befürworteten. Der Einsatz der Armee gegen Geflüchtete ist aber auch insofern nur konsequent, da AfD und Co. ohnehin die Fluchtmigration als "Invasion" und Geflüchtete als "Invasoren" denunzieren.

Das geplante Reservekorps soll einen Umfang von 50.000 Personen haben und wäre damit personenstärker als die Bundespolizei, die eine Stärke von 46.000 Angehörigen hat: "Das Reservistenkorps wird eingesetzt für territoriale Aufgaben, die Unterstützung der Polizei und den Grenzschutz; Stärke: 50.000." (S. 25) Einerseits soll dieses geplante Reservistenkorps die Bundespolizei unterstützten: "Insbesondere das Reservistenkorps wird befähigt, die Bundespolizei beim Schutz der deutschen Außengrenzen zu unterstützen. Das Reservistenkorps erhält dazu eine eigene Aufklärungseinheit, die das gesamte Spektrum der bodengebundenen und luftgestützten Aufklärung abdeckt." (S. 34) Andererseits ist es Teil der Bundeswehr: "Das aufzustellende Reservistenkorps hat eine Größe von 50.000 Soldaten und wird in die Struktur der aktiven Truppe integriert." (S. 38)

Der Einsatz der Bundeswehr im Innern und die Militarisierung der Grenzbewachung sind derzeit noch grundgesetzwidrig, weswegen das Grundgesetz dafür verändert werden soll: "Die Sperrwirkung des Grundgesetzes ist anzupassen." (S. 32)

### NATO-Bündnistreue und Atomwaffen für Deutschland

Obwohl es innerhalb der AfD auch starke NATO-kritische und eher pro-russische Stimmen gibt, wird im militärpolitischen Programm die NATO-Bündnistreue betont: "Deutschland rückversichert seine Verteidigungsbereitschaft seit 1955 durch die Mitgliedschaft in der NATO." (S. 13) Es gibt lediglich eine Absichtserklärung zu einer Entspannungspolitik: "Deutschland setzt sich für eine aktive Entspannungspolitik der NATO gegenüber der Russischen Föderation ein." (S. 29)

Es wird sogar eine gewisse Zurückhaltung bei Auslandseinsätzen angemahnt: "Die Bundeswehr ist eine Armee zur Landes- und Bündnisverteidigung. Auslandseinsätze sind nur in Ausnahmefällen sinnvoll und zulässig." (S. 30) Doch gleichzeitig werden die NATO-Aktivitäten voll unterstützt: "Es liegt im nationalen Interesse der Bundesrepublik, die vertraglich vereinbarten Zusagen gegenüber dem Bündnis uneingeschränkt zu erfüllen, um dessen militärische und politische Stärke zu erhalten." (S. 28)

Die AfD beansprucht in diesem Zusammenhang für Deutschland in Europa die Führungsrolle innerhalb der NATO: "Die Bundesrepublik Deutschland hält sich uneingeschränkt an die vertraglich vereinbarten Zusagen gegenüber der NATO. Darüber hinaus wirkt Deutschland, als politisch und wirtschaftlich stärkste Nation in Europa, auf eine militärische Führungspo-

sition auf dem Kontinent im Rahmen der NATO hin." (S. 36)

Innerhalb der NATO will die AfD offenbar Atommacht werden: "Die nuklearen Fähigkeiten der Partner im nordatlantischen Bündnis stellen dafür eine wesentliche Komponente der militärischen Abschreckung dar. Deutschland hat ein vitales Interesse an der Teilhabe dieser Fähigkeit, bis eine gleichwertige Alternative zur Verfügung steht." (S. 13) Die Unterstützung der Partei für die zivile Atomkraftnutzung hat also eine militärische Entsprechung.

#### Parallelkultur Bundeswehr?

In dem militärpolitischen Programm findet sich auch die Forderung nach dem Aufbau einer deutschen Militärjustiz: "Die Bundeswehr baut eine eigene Militärjustiz auf." (S. 49) Damit würde eine Paralleljustitz entstehen, die zivile Gerichte umgeht, etwa wenn deutsche Soldat\*innen Straftaten begehen, die außerhalb der Bundeswehr geschehen oder Vorgänge mit zivilen Geschädigten betreffen - etwa, wenn es bei Auslandseinsätzen außerhalb von Kampfhandlungen zu Übergriffen auf die Zivilbevölkerung kommt. Das Beispiel USA zeigt, dass die Militärjustiz Soldat\*innen in solchen Fällen häufig glimpflich davonkommen lässt. Weiterhin wird gefordert: ""Parallele Meldewege" sind unzulässig. Sie schaffen eine Kultur des Misstrauens und schädigen Selbstständigkeit und Vertrauen in die Fähigkeiten der deutschen Soldaten." (S. 48) Sowie: "Dienstaufsicht ist Hilfe und Unterstützung, kein Mittel zur Überwachung und Bevormundung." (S. 49) Dies dürfte sich auch gegen die Institution des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages richten und der Versuch sein, Whistleblower\*innen in der Bundeswehr zum Verstummen zu bringen. Skandale, z.B. um rechte Umtriebe, würden so kaum Beschwerdestellen und damit auch kaum die Öffentlichkeit erreichen.

#### **Fazit**

Das militärpolitische Programm enthält eine eindeutige Bindung an die NATO, bedenkliche Vorstöße zur Re-Militarisierung der Gesellschaft und Stärkung der Bundeswehr als eigenständigen Faktor in der Innenpolitik.

Besonders bedenklich ist, dass die AfD eine eigenständige Armee-Einheit ("Reservekorps") fordert, die im Inland Polizeifunktionen übernehmen soll. Ob von allem an diesem Programm Beteiligten beabsichtigt oder nicht, diese Forderung kann durchaus als Vorstadium zum möglichen Einsatz dieser Armee nicht nur im Innern, sondern auch in der Innenpolitik betrachtet werden.

Immerhin ist die AfD eine Partei, aus deren Reihen, immer wieder Diktatur-Vergleiche mit der Bundesregierung gezogen werden oder auch mal Putschaufrufe geäußert werden.

So forderte Uwe Junge, der rheinland-pfälzische AfD-Fraktionsvorsitzende und vor seiner Polit-Karriere zuletzt Berufsoffizier bei der Bundeswehr im Rang eines Oberstleutnant, anlässlich der Ernennung von Annegret Kramp-Karrenbauer zur Verteidigungsministerin in einem Tweet einen "Aufstand der Generäle".

#### Anmerkungen

1 "Arbeitskreis Verteidigung" der AfD-Bundestagsfraktion: Streitkraft Bundeswehr. Der Weg zur Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, Juli 2019, Seite 9. Alle folgenden Seitenangaben beziehen sich auf dieses Dokument.

### Ein illegaler Verteidigungsfonds für illegitime EU-Kriege

# Widerstand gegen den noch vorläufigen EU-Rüstungshaushalt ist angesagt!

von Peter Feininger

Der Plan der EU-Kommission ist es, einen Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) zu schaffen, um zusammen mit anderen Maßnahmen "die Effizienz und die Synergie bei Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten zu steigern und so eine innovative Rüstungsindustrie zu fördern". Dabei geht es um eine sogenannte "Öffnung der nationalen Rüstungsmärkte" und eine industrie- und forschungspolitische Förderung von Kooperationsprojekten auf EU-Ebene, die sich auf militärische Forschung, Entwicklung und Beschaffung erstrekken. Der Europäische Verteidigungsfonds ist illegal, weil der EU-Vertrag eine Verwendung von EU-Haushaltsmitteln für militärische Zwecke ausschließt. Die europäische Linke hat ein Rechtsgutachten gegen den EVF vorgelegt. Vor Gericht droht dem Fonds unter Umständen das Aus, eine Klage steht bisher noch aus. Die Einrichtung eines EVF wäre auch eine glatte Entmachtung des Europäischen Parlaments, weil es auf die konkrete Verwendung der Mittel aus dem mittelfristigen Finanzrahmen keinen Einfluss mehr hätte. Zu den zentralen Projekten des EVF zählen zum Beispiel Soldatensysteme, das wären moderne, nach allen Regeln der Kunst ausgerüstete und gesteuerte Soldaten für Einsätze fern von Europa oder auch in urbanem Gebiet, das durchaus auch in Europa liegen kann. Bis jetzt gilt der Europäische Verteidigungsfonds nur als vorläufige Vereinbarung, gegen die sich schon einiger Widerstand aufbaut, der aber noch massiver werden kann und werden muss.

### Die EU-Linke gegen Militarisierung und Verteidigungsfonds

Der Kampf der Europäischen Linken gegen die Militarisierung der EU ist äußerst wichtig. Gefährliche Etappen dieser Militarisierung sind Initiativen, die konzentriert seit 2017 laufen, wie Pesco, Card, EVF und EI2. Pesco besteht in der "ständigen strukturierten Zusammenarbeit" fast aller EU-Mitgliedstaaten im Bereich der "Sicherheit und Verteidigung", zielt also auf die militärischen Fähigkeiten. Card bedeutet eine koordinierte jährliche Verteidigungsanalyse, zielt also auf die Verteidigungsplanung. EVF soll einen europäischen Verteidigungsfonds darstellen, zielt also auf die Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern innerhalb der EU. EI2, die europäische Interventionsinitiative, soll Militäraktionen außerhalb der EU-Strukturen organisieren. Der französische Präsident Emmanuel Macron strebt hier schnelle und gemeinsame Militärinterventionen ausgewählter europäischer Länder an. Zu den aktuell zehn Ländern, die sich der Initiative angeschlossen haben, zählt im Unterschied zu Pesco auch Großbritannien.

Das Notifizierungspapier für Pesco wurde im November 2017 von den Außen- und Verteidigungsministern fast aller EU-Staaten unterzeichnet und im Dezember 2017 vom Rat beschlossen – insgesamt 25 EU-Länder schlossen sich an. "Pesco (englisch Permanent Structured Cooperation, kurz PESCO, deutsch Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, kurz SSZ) bezeichnet die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die sich in der Gemeinsamen Sicherheits- und

Verteidigungspolitik (GSVP) besonders engagieren wollen. Dies kann die Interoperabilität zwischen EU-Mitgliedsstaaten im Wehrbereich, zum Beispiel eine Synchronisierung der nationalen Streitkräftestrukturen oder die Durchführung gemeinsamer Rüstungspro-

jekte bedeuten. Der Abbau von bürokratischen Barrieren soll zu einer Art 'militärischem Schengen' führen und könnte langfristig die Gründung einer Europäischen Armee vorbereiten. Dieses Fernziel wird häufig auch 'Europäische Verteidigungsunion' genannt."<sup>2</sup>

Der Europäische Verteidigungsfonds (EVF), der Ende 2016 von der Europäischen Kommission angestoßen wurde, soll aus dem EU-Haushalt befüllt werden. Die Verwendung von EU-Haushaltsmitteln für militärische Zwecke ist aber laut EU-Vertrag ausgeschlossen. So heißt es in Art. 41 EU-Vertrag, bezugnehmend auf die Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)<sup>3</sup>:

- "(1) Die Verwaltungsausgaben, die den Organen aus der Durchführung dieses Kapitels entstehen, gehen zulasten des Haushalts der Union.
- (2) Die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Kapitels gehen ebenfalls zulasten des Haushalts der Union, mit Ausnahme der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen und von Fällen, in denen der Rat einstimmig etwas anderes beschließt.

In Fällen, in denen die Ausgaben nicht zulasten des Haushalts der Union gehen, gehen sie nach dem Bruttosozialprodukt-Schlüssel zulasten der Mitgliedstaaten, sofern der Rat nicht einstimmig etwas anderes beschließt. Die Mitgliedstaaten, deren Vertreter im Rat eine förmliche Erklärung nach Artikel 31 Absatz 1 Unterabsatz 2 abgegeben haben, sind nicht verpflichtet, zur Finanzierung von Ausgaben für Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen beizutragen."

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano stellt demnach in einem Rechtsgutachten im Auftrag der Fraktion der GUE/NGL im EP fest, dass ein Europäischer Verteidigungsfonds illegal wäre<sup>4</sup>:

"Eine Finanzierung der verteidigungsbezogenen Fördermaßnahmen aus dem allgemeinen Haushalt der EU scheidet aus. Die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der GASP, die wie im Fall des EVF aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen entstehen, gehen nach Art. 41 Abs. 2 UA 1 EUV grundsätzlich nach dem Bruttosozialprodukt-Schlüssel zulasten der Mitgliedstaaten."

### **EU-Rechtsexperten:** "Vor Gericht droht dem Fonds das Ende"

Somit erscheint uns die Rechtslage ziemlich klar. Martin Schirdewan, gab als Leiter der Delegation der Partei DIE LINKE. im Europäischen Parlament an: "Dieses Gutachten bestätigt unsere schlimmsten Vermutungen bezüglich des Europäischen Verteidigungsfonds. Damit ist offensichtlich, dass die Kommission durch die geplante Umverteilung von öffentlichen Geldern aus den Struktur- und Regionalfonds in militärische Projekte nicht nur politisch grundfalsch handelt, sondern geltendes europäisches Recht bricht. Wir werden

gemeinsam mit der Bundestagsfraktion DIE LINKE alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um diese Politik zu stoppen."<sup>5</sup>

Andreas Fischer-Lescano bestätigt in seinem Gutachten: "Gegen die kompetenzwidrige Errichtung des EVF steht der Rechtsweg zum EuGH und auch zum BVerfG offen."

Dem Spiegel sagte Fischer-Lescano<sup>6</sup>:

"(...) der Lissabonner EU-Vertrag verbiete die Finanzierung militärischer oder verteidigungspolitischer Projekte aus dem Gemeinschaftshaushalt. Die Kommission versuche zwar, das Problem zu umgehen, indem sie Industrie- und Forschungsförderung als Hauptziele des Fonds ausgebe, so Fischer-Lescano. Doch dessen Hauptziel sei eindeutig, 'die Verteidigungsfähigkeit zu verbessern'.

Zwar heißt es in der Verordnung für den Fonds, dass man "Schlüsseltechnologien in kritischen Bereichen" entwickeln müsse, um sich "die Technologieführerschaft zu sichern". (...)

Die Kommission versuche, die Hauptzwecke des Verteidigungsfonds umzudeklarieren, "verwischt dabei die Spuren aber nicht sorgfältig genug". Man habe es mit dem Versuch eines "offenen Rechtsbruchs" zu tun. Auch der Göttinger EU-Rechtler Alexander Thiele sieht in dem Kommissionsvorschlag einen "qualifizierten Verstoß" gegen europäisches Recht.

Vor Gericht droht dem Fonds das Ende

Einig sind sich die beiden Juristen auch darin, dass das Verteidigungsfonds-Konstrukt spätestens vor dem Europäischen Gerichtshof oder dem Bundesverfassungsgericht zusammenbrechen könnte. (...) Die Kommission greife mit ihrer Verordnung auch auf unzulässige Art in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten ein, darunter die Mitspracherechte des Bundestags."

Gestützt auf das Gutachten begründeten die Abgeordneten der linken Fraktion im EU-Parlament im November 2018 in einer Minderheitenansicht ihre Ablehnung<sup>7</sup>: "Wir lehnen den Bericht ab, weil: die EU damit zu einem globalen Akteur im militärischen Bereich aufgerüstet wird; er dazu dient, den Verteidigungssektor und den militärisch-industriellen Komplex zu subventionieren, und wahrscheinlich verstärkte Rüstungsexporte die Folge sein werden; damit die zivile Politik militarisiert wird und Industrie und Wettbewerbsfähigkeit als Vorwand dafür genutzt werden, die Verteidigungsfähigkeiten der EU im Rahmen der GSVP/GASP weiter zu entwickeln; darin ein Ausbau der zivil-militärischen Zusammenarbeit unterstützt wird."

Die Grünen sind hier wahrlich keine Partner. So äußerte sich zum Beispiel Reinhard Bütikofer von den Grünen im Europaparlament zum EU-Verteidigungsfonds: "Die versprochene Richtung würde eigentlich stimmen. Aber man kommt in diese Richtung nicht wirklich voran"<sup>8</sup>. Man darf sich nicht täuschen lassen. Die Grünen unterstützen die Ziele des Europäischen Verteidigungsfonds uneingeschränkt. Ihre Kritik gilt lediglich einer angeblich ineffektiven Umsetzung.

Auch die SPD-Prominenz ist von Anfang an dabei – im Gegensatz zu den Europa-Abgeordneten der SPD. Am 29. September 2018 hielt Olaf Scholz eine große Rede vor dem französischen Unternehmerverband MEDEF. Darin propagierte er eine Emanzipation von den USA und eine Konkurrenz zu China mithilfe einer gemeinsamen europäischen Beschaffung von Waffen, der Zusammenlegung nationaler Rüstungsfirmen zu europäischen Konzernen sowie einer gemeinsamen Forschungspolitik im Bereich künstlicher Intelligenz. Die Welt erläutert, dass die USA mit 550 Milliarden Euro Militärausgaben doppelt so hoch liege wie alle 28 EU-Staaten. Die USA

gebe auch relativ weniger Geld für Personal aus und mehr für Waffen. Die EU-Staaten unterhielten 178 Waffensysteme, die USA nur 30. Es gebe in Europa 17 unterschiedliche Panzertypen, in den USA nur einen. Die USA würden ihr Geld also auch effektiver ausgeben<sup>10</sup>. Die Welt schreibt:

"Derzeit ist es günstiger, Waffensysteme in den USA zu kaufen. Die werden dort vom US-Militär in so großen Stückzahlen abgenommen, dass der Preis dafür sinkt. Vom Tarnkappen-Mehrzweckkampfflugzeug F-35 des US-Konzerns Lockheed Martin etwa kauft die Airforce 2400 Maschinen ein. Von den europäischen Kampfflugzeugen Tornado wurden 917 Maschinen geordert, vom Eurofighter 600 – und da waren noch mehr Länder beteiligt.

Davon abgesehen: Laut Planung wäre der Nachfolger des Eurofighters ohnehin erst im Jahr 2035 fertig. "Europa muss seine Souveränität klarer definieren und eindeutig dazu stehen, dass wir in der Verteidigung und Raumfahrt eine Unabhängigkeit bewahren müssen", sagt der Airbus-Rüstungschef Dirk Hoke. Was Geld kostet."

Matthias Wachter vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) unterstützte den Vorschlag von Olaf Scholz, er berge Synergiepotenzial und Europa müsse Verteidigung und Rüstung stärker als bislang in die eigenen Hände nehmen. Das Problem geht aber nach Ansicht der Unternehmerverbände weit über die Bereitschaft der EU(-Staaten) zu höheren Militärausgaben hinaus: "Wenn jetzt gefordert wird, dass die Europäer mehr Verantwortung für ihre Verteidigung übernehmen, gemeinsame Projekte anschieben und sogar Teile ihrer Rüstungsindustrie fusionieren sollen, muss man auch bereit sein, über eine Harmonisierung der nationalen Rüstungsexportrichtlinien zu diskutieren. Deutschland wird sich dabei auf seine Partner zubewegen müssen", wird Wachter zitiert<sup>11</sup>.

So dürfte die Außerkraftsetzung beziehungsweise Umgehung der deutschen Rüstungsexportbeschränkungen damit ganz oben auf der politischen Agenda stehen. Allerdings hat das Rechtsgutachten, das die Linksfraktion im EU-Parlament in Auftrag gegeben hat, doch ziemlich Gegenwind erzeugt. So titelte Euractiv im Dezember 2018 "Gutachten: gemeinsamer Verteidigungsfonds könnte gegen EU-Recht verstoßen"12. Und Euractiv ist mit zweieinhalb Millionen Seitenaufrufen und einer Million Einzelbesuchern pro Monat führend unter den Online-Medien, die auf EU-Politik spezialisiert sind. Im Europäischen Parlament wurde der EVF-Vorschlag (Europäischer Verteidigungsfonds) mit 337 Ja-Stimmen bei 178 Gegenstimmen und 109 Enthaltungen angenommen. Es sind gewaltige Maßnahmen auf dem Rüstungssektor, die damit ins Haus stehen, es handelt sich um eine regelrechte Plünderung des EU-Haushalts zugunsten des Militärs.

Die Sache wird sich jetzt dramatisch zuspitzen. Die europäischen Arbeitgeberverbände, die Militärs und die herrschenden politischen Kreise in der EU werden einen gnadenlosen Druck entfachen. "Daniel Fiott, Analyst am EU-Institut für Sicherheitsstudien (EUISS), erklärte, es herrsche die Erkenntnis vor, dass 'wenn die Europäer in den nächsten fünf oder zehn Jahren keine eigenen Programme haben, wenn sie ihre eigenen kleinen und mittelständischen Unternehmen und Innovatoren nicht unterstützen, dann wird es in fünf bis zehn Jahren keine europäische Rüstungs- und Verteidigungsindustrie mehr geben."<sup>13</sup>

### **EU-Parlament: Ohne Vetorecht abgenickt**

Der Europäische Verteidigungsfonds (EVF) wurde am 18. April 2019 im EU-Parlament in erster Lesung durchgewun-



ken. In einem langen Dokument über die Tagesordnung der Plenarsitzung vom 15. bis 18. April 2019 in Straßburg zählt die Entschließung über den EVF gar nicht zu den "Schwerpunkten der Plenarsitzung", sondern taucht lediglich ohne nähere Beschreibung unter dem Titel "weitere Tagesordnungspunkte" auf Seite 15 der 17-seitigen Übersicht auf mit dem dürren Hinweis auf: "Europäischer Verteidigungsfonds – Bericht: Zdzisław Krasnodebski, Abstimmung Mittwoch"<sup>14</sup>. So trug also der Pressedienst, Generaldirektion Kommunikation Europäisches Parlament, schon im Vorfeld zur Verschleierung des Vorhabens bei.

Dennoch verschärfte sich zumindest im Parlament die Debatte, als das Abkommen zur Einrichtung des EVF unterzeichnet werden sollte. Euractiv fasst in einem Artikel zusammen<sup>15</sup>: "Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben am Donnerstag (18. April) ein Abkommen zur Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) in Höhe von mehreren Milliarden Euro unterzeichnet und damit die parlamentarische Aufsicht über das EU-Programm für militärische Subventionen aufgegeben." Für die Einrichtung eines EVF gab es im April weniger Ja-Stimmen als im Dezember und vor allem deutlich mehr Nein-Stimmen: 328 Ja, 231 Nein, 19 Enthaltungen.

Was bedeutet die Formulierung: Die Abgeordneten des EU-Parlaments hätten "damit die parlamentarische Aufsicht über das EU-Programm für militärische Subventionen aufgegeben"? Euractiv erläutert:

"Einige Abgeordnete waren verbittert über die Zugeständnisse, die das Parlament den Mitgliedstaaten gemacht hat, als sie die parlamentarische Kontrolle über den Fonds aufgaben.

Die vor der Abstimmung zirkulierenden und von EURAC-TIV erhaltenen Schreiben deuten darauf hin, dass die Verhandlungen über die partielle politische Einigung über den Fonds zwar formell abgeschlossen sind, die EU-Versammlung aber darüber gespalten war, welche Rolle sie in Zukunft spielen wird.

Nach der Abstimmung haben die Gesetzgeber der EU kein Vetorecht bei Projekten, die aus dem EVF finanziert werden. In einer hitzigen Debatte am Mittwochabend (17. April) bezeichneten die Berichterstatter des Dossiers die Kritiker des Fonds als 'Pazifisten, die versuchen, die Zukunft unserer Branche und die Sicherheit unserer Bürger zu gefährden'.

,Wir haben den Kampf um einen gemeinsamen und starken Europäischen Verteidigungsfonds für die Zukunft gewonnen, und das trotz der Hindernisse, die von ideologischen Gegnern errichtet wurden', sagte die französische Mitte-Rechts-Abgeordnete Françoise Grossetête nach der Abstimmung."

Als Bedingungen für Militärforschung und Entwicklung von Waffen durch den EVF gelten: "Kollaborative Verteidigungsforschungsprojekte müssen drei oder mehr Mitgliedstaaten einbeziehen, während die EU die Forschung gemeinsam mit den nationalen Regierungen kofinanzieren wird. Das Programm umfasst auch die Entwicklung von Waffenprototypen, sofern sich die beteiligten Mitgliedstaaten verpflichten, das Endprodukt zu erwerben." Ansonsten kann der EVF anscheinend im Rahmen des EU-Haushalts ohne jede Kontrolle durch das Parlament agieren, um "modernste Verteidigungstechnologien und -geräte in Bereichen wie künstliche Intelligenz, Drohnentechnologie, Satellitenkommunikation und Nachrichtensysteme" zu entwickeln, zu fördern und zu finanzieren, wie es die Kommissarin Bienkowska formulierte<sup>16</sup>.

Parlament ausgeschaltet, Rüstungskonzerne eingeschaltet

Das Abkommen muss nun von den Ministern genehmigt werden. Ab Herbst wird das neu zusammengesetzte Europäische Parlament über den noch offenen finanziellen Teil des Abkommens verhandeln. Die Verhandlungen um den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) genannten EU-Haushalt werden erst im Frühjahr 2020 in die heiße Phase gehen und sich dann noch eine Weile hinziehen. Es gibt jetzt also noch Spielraum, um juristisch gegen das EVF-Abkommen vorzugehen und eine politische Kampagne zu führen, die erst mal breit aufklären muss, was da für ein Horror geplant ist.

Es ist geplant, dem Europäischen Verteidigungsfonds im nächsten MFR 13 Milliarden Euro zuzuschanzen. "Dieses Budget würde sich auf 4,1 Milliarden für die gemeinsame Verteidigungsforschung, und 8,9 Milliarden Euro, um die

Investitionen der Mitgliedstaaten zu ergänzen, verteilen. Beispielsweise sollen die Kosten für die Prototypenentwicklung (bis zu 20 Prozent) und die Sicherstellung der Zertifizierungsund Prüfanforderungen (bis zu 80 Prozent) mit EU-Mitteln kofinanziert werden. Dazu könnte auch die Entwicklung neuer Waffensysteme gehören, darunter die Euro-Drohne oder ein deutsch-französischer Kampfpanzer."<sup>17</sup>

Einen endgültigen Haushaltsentwurf für den EVF gibt es allerdings erst mit der Entscheidung über das EU-Budget für den Zeitraum 2021–2027, das vom neugewählten Parlament genehmigt werden muss. Im Grunde erfolgt die Festlegung des Mehrjährigen Finanzrahmens durch eine Verordnung, die vom Rat der Europäischen Union auf Grundlage eines Vorschlags der Kommission einstimmig verabschiedet wird, nachdem das Europäische Parlament mehrheitlich zugestimmt hat. Anders als beim jährlichen Haushaltsplan hat das Parlament beim MFR nur ein Vetorecht und keine Möglichkeit, formale Änderungsvorschläge einzubringen. Die Festlegung, die Mittel für den EVF über den Mehrjährigen Finanzrahmen aufzubringen und nicht etwa über den jährlichen Haushaltsplan des EU-Parlaments, ist hinterhältig und dient dazu, das Parlament auszuschalten.

Obwohl auch der Jahreshaushaltsplan der EU zunächst von der Kommission formuliert und im Rat abgestimmt wird, bevor er ins Parlament kommt, hat das EU-Parlament in einem komplexen Verfahren die Möglichkeit, auf den Haushaltsplan Einfluss zu nehmen. Unter Umständen kann das Parlament den Jahreshaushaltsplan trotz Ablehnung durch den Rat mit einer Dreifünftelmehrheit gegen den Rat durchsetzen.

Obendrein ist offensichtlich vorgesehen, dass das Parlament nach der Festlegung des Mehrjährigen Finanzrahmens keinerlei Mitsprache mehr über die konkrete Verwendung der Mittel des Europäischen Verteidigungsfonds hat.

"'Eine rechte Mehrheit im Europäischen Parlament hat mit dem Rat eine vorläufige Einigung darüber erzielt, dass der Europäische Verteidigungsfonds Milliarden Euro an die Rüstungsindustrie verteilen soll – ohne jegliche parlamentarische Mitsprache! Dabei wurden zahlreiche Parlamentspositionen geopfert, die zuvor im Industrieausschuss noch eine Mehrheit gefunden hatten,' zeigte sich Reinhard Bütikofer, Verteidigungssprecher der Grünen/EFA, nach der Sitzung empört."<sup>18</sup>

Tatsächlich sah schon das ursprüngliche Dokument, das die Kommission im Juni 2017 zur Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds vorlegte, keinerlei Beteiligung des Parlaments vor. Das betraf die Lenkung dieses Fonds bis zum Jahre 2020, für die vorläufig Mittel aus den Jahreshaushalten entnommen wurden/werden, um mit der Förderung der Rüstungsindustrie und der Forcierung der Rüstungsforschung sofort beginnen zu können<sup>19</sup>.

Wie die Grafik "Europäischer Verteidigungsfonds – Lenkung bis 2020" zeigt, wird eine "strategische Autonomie der EU" anvisiert und darunter vage, nicht näher begründete Zielvorgaben subsumiert: "Krisenmanagement, Fähigkeitenaufbau, Schutz Europas". Auf dieser Basis werden von den Mitgliedstaaten "militärische Prioritäten" vereinbart. Diese fließen in einen "Koordinierungsausschuss" ein, der wiederum zwei Programmausschüsse bedient, über die die Mitgliedstaaten zum einen zur Verteidigungsforschung Stellung nehmen, zum anderen zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich konsultiert werden. Dies landet wieder bei der Kommission und geht dann bei der Verteidigungsforschung zu einer sogenannten Durchführungsstelle für Forschungsprojekte und bei

der industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich unmittelbar an jeweils mindestens drei Industriekonsortien und Projektmanager für die Bereiche Luftwaffe, Heer und Marine. In diesem ganzen Prozess ist das EU-Parlament nicht mehr vorgesehen.

### "Arbeitsprogramme": Vorgriff der EU-Kommission

Ein Teil der Maßnahmen im Vorfeld des Europäischen Verteidigungsfonds sind sogenannte Soldatensysteme. Das System Infanterist der Zukunft (IdZ-2) wird bereits seit 2013 unter der Bezeichnung "Gladius" von Rheinmetall Defence Electronics aus Bremen an die Bundeswehr ausgeliefert. Das Kurzschwert Gladius war nicht nur die Standardwaffe der Infanterie der römischen Armee, sondern gab auch den Gladiatoren ihren Namen. Im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds wurde Rheinmetall von Anfang an die Führungsrolle übertragen, einen europäischen "Gladiator" zu konzipieren, sicher mit dem Bundeswehrprogramm "Gladius" als Basis. Das schien uns schon bemerkenswert und man sollte diesen neuen, gefährlichen Typus des Soldaten, der hier in der EU mit vereinten Kräften und unter deutscher Führung kreiert wird, scharf im Auge behalten. Es könnte sich auch um ein System handeln, in das Söldner aller Art, auch verwirrte Studienabgänger vornehmlich der Bundeswehr-Hochschulen, Kriminelle oder auch die militanten Flügel der europäischen Rechten integriert werden können, um sie lückenlos zu steuern und voll kontrolliert als Gladiatoren zu verwenden in kommenden Militäreinsätzen der EU.

Im März 2019, also noch vor der ersten Lesung des Europäischen Verteidigungsfonds im EU-Parlament, vermeldete die EU-Kommission: "Europäischer Verteidigungsfonds auf Kurs: 525 Mio. EUR für Eurodrone und andere gemeinsame Forschungs- und Industrieprojekte"<sup>20</sup>:

"Die Kommission hat heute Arbeitsprogramme zur Kofinanzierung gemeinsamer Industrieprojekte im Verteidigungsbereich im Umfang von bis zu 500 Mio. EUR für den Zeitraum 2019–2020 angenommen. Weitere 25 Mio. EUR wurden für die Unterstützung von Kooperationsprojekten im Bereich Verteidigungsforschung im Jahr 2019 vorgesehen, wobei heute Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlicht wurden.

Die Juncker-Kommission unternimmt damit noch nie dagewesene Anstrengungen zum Schutz und zur Verteidigung der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Ab 2021 wird ein vollwertiger Europäischer Verteidigungsfonds eine innovative und wettbewerbsfähige industrielle Basis der europäischen Verteidigung stärken und einen Beitrag zur strategischen Autonomie der EU leisten.

Durch zwei Vorläufer des Fonds unternimmt die Kommission Schritte, um im Rahmen des EU-Haushalts die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich bereits jetzt Wirklichkeit werden zu lassen. Die Vorbereitende Maßnahme im Bereich Verteidigungsforschung liefert das dritte Jahr in Folge Ergebnisse. Und durch die heutigen Beschlüsse leitet die Kommission über das Europäische Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich (EDIDP) die ersten EU-finanzierten gemeinsamen industriellen Verteidigungsprojekte ein. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Bereichen Drohnentechnologie, Satellitenkommunikation, Frühwarnsysteme, künstliche Intelligenz, Cyberabwehr und Meeresüberwachung."

### Der EVF ist eine vorläufige Vereinbarung – Widerstand regt sich

Noch vor der Genehmigung des teilweise vereinbarten Gesetzestextes für einen Europäischen Verteidigungsfonds durch das EU-Parlament im April dieses Jahres wies Euractiv auf Probleme und schwerwiegende Bedenken hin<sup>21</sup>:

"Eine Insiderquelle betonte allerdings: 'Das Problem ist aber, dass [diese Entscheidung] nicht endgültig ist und wir uns nach der Einigung auf den nächsten MFR (Mittelfristiger Finanzrahmen, PF) ohnehin erneut diesem Dossier zuwenden werden müssen.' Auch weitere nachträgliche Änderungen seien nicht undenkbar.

Ethische Belange wie die Erforschung autonomer Waffen oder mögliche Waffenexporte waren einige der umstrittensten Themen der letzten Diskussionsrunden.

Die Parlamentsfraktion der Grünen drängte darauf, sicherzustellen, dass die Mittel aus dem EVF nicht für tödliche autonome Waffensysteme (LAWs) und sogenannte "Killerroboter" verwendet werden."

Es müssen also innerhalb des EU-Parlaments erhebliche Widersprüche und Widerstände gegen den Europäischen Verteidigungsfonds vorliegen, die von Euractiv nur angedeutet werden. Immerhin stimmten bei der ersten Lesung im April neben den Grünen und der Linken auch die SPD-Abgeordneten gegen den Verteidigungsfonds. So berichtete das Neue Deutschland<sup>22</sup>:

"Gegen den Verteidigungsfonds stimmten im Europaparlament unter anderem die SPD-Abgeordneten. Sie kritisierten eine unzureichende parlamentarische Kontrolle bei der Bewertung von Förderanträgen und die bislang fehlende Möglichkeit für die Europäische Union, die Exporte der durch EU-Mittel geförderten Rüstungsgüter zu kontrollieren. 'Nötig wäre, sich endlich auf eine europäische Regelung für Rüstungsexporte zu einigen, um unter Einbeziehung des Europaparlaments verbindliche restriktive Grenzen zu setzen', erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der Europa-SPD, Arne Lietz.

Harsche Kritik übte auch der sozialdemokratische Europa-Abgeordnete Tiemo Wölken auf seiner Website. 'Subventionen aus dem EU-Haushalt für die Rüstungsindustrie sind der falsche Weg', so Wölken. Problematisch sei auch, dass die EU für diese zusätzliche Aufgabe keine neuen Finanzmittel aus ihren Mitgliedstaaten erhalte. Wölken wies darauf hin, dass das Geld also an anderer Stelle fehlen werde. Nach der jetzigen Abstimmung sollen sogar für die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen Fördermittel aus dem EU-Fonds möglich sein, warnte der Sozialdemokrat. Politiker der Grünen hatten sich ebenfalls kritisch zu dem Fonds geäußert."

Der Schattenberichterstatter<sup>23</sup> der Grünen kritisierte, dass die getroffene Vereinbarung die Ausfuhr von Waffen in autoritäre Regime fördere, da es derzeit keine gemeinsamen Exportkontrollen auf EU-Ebene gibt, die wirksam Ausfuhren einschränken würden.<sup>24</sup>

Einer der Streitpunkte ist auch, dass das Abkommen zwar formal die Entwicklung tödlicher autonomer Waffen und völkerrechtlich verbotener Waffensysteme wie Landminen ausschließt. Aber laut dem Schattenberichterstatter der sozialdemokratischen Fraktion, Edward Martin, seien die Einschränkungen unzureichend: "Wir können nicht nur einen Verweis auf das Völkerrecht haben, denn das Völkerrecht ist nicht eindeutig', sagte Martin. "Wir müssen die Arten von Waffen auflisten, in die wir nicht wollen, dass Europa investiert', erklärte er den Abgeordneten."<sup>25</sup>

Die internationale Kampagne gegen autonome Waffensysteme, die 2012 in New York gegründet wurde, führt ihren Kampf seit sechs Jahren unter der Parole "Killer Roboter stoppen!" und verlangt ausdrücklich auch "Keine Killerroboter für den europäischen Verteidigungsfonds"<sup>26</sup>. Trotz einer Resolution des Europäischen Parlaments vom 12. September 2018, in welcher eine überwältigende Parlamentsmehrheit den Beginn von "internationalen Verhandlungen für ein rechtsverbindliches Instrument zum Verbot letaler autonomer Waffensysteme" forderte, nimmt die EVF-Vereinbarung einzelne Typen autonomer Waffensysteme von einem Verbot aus. Außerdem ist die Produktion bestimmter Nuklearwaffen und anderer unterschiedslos wirkender Waffen, zum Beispiel Brandwaffen, im Gegensatz zur Entwicklung letaler autonomer Waffensysteme weiterhin erlaubt.

ENAAT, das European Network Against Arms Trade, ein Netzwerk aus 17 europäischen Friedensorganisationen aus 13 Staaten, wandte sich vor der ersten Lesung des EVF in einem offenen Brief an die Mitglieder des Europäischen Parlaments.<sup>27</sup> Darin wird gewarnt,

- dass der Gesetzestext des vorläufigen EVF "ein gefährlicher Präzedenzfall für das demokratische Funktionieren der EU" sei und sich "insbesondere gegen die Aufsichtsfunktion des Parlaments" richte.
- Ferner wird die ethische Überprüfung als "nicht transparent und glaubwürdig bezeichnet, weil sie nur vor der Unterzeichnung der Vereinbarung durchgeführt werden soll und das auch nur dort, wo Sachverständige, die womöglich aus der Rüstungsbranche kommen, es für nötig halten. Die Möglichkeit von ethischen Überprüfungen während der Durchführung eines Projekts wurde aus dem Gesetzentwurf entfernt.
- Ferner werde das globale Wettrüsten verschärft und die Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen erleichtert. Die EU werde bei der Ausfuhr von EU-finanzierten Militärgütern aus den Mitgliedstaaten mit unterschiedlicher Exportpraxis kein Mitspracherecht haben.
- Es werde weiter zur Entwicklung kontroverser Waffen beigetragen: "Während der Ausschluss von tödlichen autonomen Waffen ohne die Möglichkeit der menschlichen Kontrolle über kritische Funktionen zu begrüßen ist, sind F & E (Forschung und Entwicklung) für andere Arten unbemannter oder autonomer Systeme erlaubt, einschließlich bewaffneter Drohnen und voll autonomer Systeme für 'ausschließliche Verteidigungszwecke'. Auch nicht alle Arten von Massenvernichtungswaffen, einschließlich Brandwaffen oder abgereicherte Uranmunition sind ausgeschlossen. In einem Kontext, wo klare internationale Verträge von Supermächten plötzlich infrage gestellt werden können, ist es besorgniserregend, dass die EU vermeidet, verlässliche Standards für die Entwicklung neuer Waffen festzulegen."

Ein weiterer, gewichtiger Kritikpunkt ist die nationale Kofinanzierung der Förderung durch den EVF. Die Kofinanzierung liegt zwischen 20 und 80 Prozent, sodass das subventionierte Gesamtvolumen deutlich steigt. So werden aus den anvisierten 13 Milliarden schätzungsweise knapp 50 Milliarden Militärausgaben.

ENAAT hat deshalb eine Unterschriftenkampagne gegen den EVF gestartet, der sich bislang fast 150.000 Menschen angeschlossen haben – im Appell dazu heißt es: "EU-Gelder sollen nicht in die Entwicklung neuer Militärtechnik fließen. Forschungsgelder sollen vielmehr der Vorbeugung und der gewaltfreien Konfliktlösung dienen und die Ursachen von Konflikten bekämpfen."<sup>28</sup>

### Schlussbemerkung

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) spricht sich in einer neuen Studie für eine Stärkung der neu zu besetzenden EU-Kommission als sicherheits- und verteidigungspolitische Akteurin aus. Eine weitere Europäisierung der Militärpolitik werde mittel- bis langfristig dazu führen, dass Kompetenzen von den Einzelstaaten der EU übertragen werden<sup>29</sup>: "Wenn die administrative Leitung und Kontrolle des neuen EVF übertragen wird und die Zuständigkeiten der Kommission auf eine rein ökonomische und wettbewerbsrechtliche Regulierung eines europäischen Rüstungsbinnenmarktes begrenzt werden, wird in der Folge die Kommission auch politisch und strategisch gestärkt. Je autonomer sie über die Gewährung von Fördergeldern und Projektmitteln für Rüstungsprojekte verfügen darf, desto schneller wird dieser Prozess verlaufen." Umgekehrt werde die gewünschte Zentralisierung der Militärpolitik in der Kommission beziehungsweise in einer der Kommission unterstehenden Behörde/Organisation umso langsamer verlaufen, "je mehr und je umfassendere Kontroll- und Einflussmöglichkeiten sich die Mitgliedstaaten sichern können". Noch hinderlicher für diesen angestrebten Prozess einer rasanten Militarisierung der EU wären natürlich Mitspracherechte des Europäischen Parlaments.

Die Stiftung Wissenschaft und Politik spielt über die schweren Bedenken und Widerstände hinweg, die sich schon im Laufe dieses Jahres noch massiv verstärken könnten. Für die SWP steht "außer Frage", "dass sich die EU und die Kommission verteidigungs- und rüstungspolitische Ziele setzen, dass sie strategische Interessen verfolgen und den hierfür erforderlichen administrativen Unterbau schaffen werden". Die Friedensbewegung und die linken Flügel verschiedener Parteien müssen alles tun, um diesen Prozess, der angeblich "außer Frage" steht, ernsthaft infrage zu stellen.

Eine Langfassung erschien als IMI-Studie 2019/05 und kann auf www.imi-online heruntergeladen werden.

#### Anmerkungen

- Peter Becker, und Ronja Kempin. "Die EU-Kommission als sicherheits- und verteidigungspolitische Akteurin, SWP-Aktuell 2019/A 34".
- 2 "Pesco". In: Wikipedia, 16. Mai 2019.
- 3 Art. 41 EU, Art. 41 EU-Vertrag § Titel V Allgemeine Bestimmungen über das auswärtige Handeln der Union und besondere Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (Art. 21 46), Kapitel 2 Besondere Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (Art. 23 46), Abschnitt 1 Gemeinsame Bestimmungen. (Art. 23 41) (o. J.).
- 4 Sabine Lösing, und Martin Schirdewan. "Rechtsgutachten bestätigt: Europäischer Verteidigungsfonds ist illegal. Rechtsfragen der Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds (EVF), Rechtsgutachten im Auftrag der Fraktion der GUE/NGL im EP, Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano, LL.M. (EUI), Universität Bremen". DIE LINKE. Europa, 12. Dezember 2018.
- 5 Ebd.
- 6 Markus Becker. "Rüstung: EU-Verteidigungsfonds laut Gutachten illegal". Spiegel online, 10. Dezember 2018.
- 7 MdEP der GUE/NGL-Fraktion. "Minderheitenansicht, Plenarsitzungsdokument, A8-0412/2018". Europäisches Parlament, 28. November 2018.
- 8 Bettina Klein. "Einigung zu EU-Verteidigungsfonds Großer Fortschritt oder überflüssige Geldspritze?" Deutschlandfunk, 28. Februar 2019.
- 9 Tatsächlich liegt der US-Haushalt noch einmal ein gutes Stück darüber: "Das Pentagon forderte für 2020 mit 718 Milliarden 33

- Milliarden oder 5 Prozent mehr als 2019 (544,5 für den normalen Haushalt, 164 Milliarden für Auslandseinsätze und 9,2 Milliarden für die Mauer). Dazu kommt das Budget für die National Nuclear Security Administration NNSA) in Höhe von 16,5 Milliarden, 8,3 Prozent mehr als 2019. Jetzt hat der Senat wieder mit überwältigender Mehrheit von 86 zu 8 Stimmen ein Gesamtbudget von 750 Milliarden wie von Donald Trump gewünscht gebilligt." (Florian Rötzer: "US-Senat winkt 750-Milliarden-Rüstungshaushalt durch". Telepolis, 04. Juli 2019)
- 10 Jan Dams, Nikolaus Doll, Gerhard Hegmann, und Karsten Seibel. "Europäischer Verteidigungsfonds: Der schwierige Traum von europäischen Waffenschmieden". Welt, 3. September 2018.
- 11 Ebd.
- 12 Brzozowski, Alexandra. "Gutachten: Gemeinsamer Verteidigungsfonds könnte gegen EU-Recht verstoßen". euractiv.com (blog), 17. Dezember 2018.
- 13 Ebd.
- 14 Europäisches Parlament. "Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 15. bis 18. April 2019 in Straßburg", 11. April 2019.
- 15 Brzozowski, Alexandra. "EU-Gesetzgeber winken Europäischen Verteidigungsfonds durch, verzichten auf parlamentarisches Veto". euractiv.com (blog), 19. April 2019.
- 16 Ebd.
- 17 Brzozowski, Alexandra. "Teil-Einigung auf Europäischen Verteidigungsfonds". euractiv.com (blog), 22. Februar 2019.
- 18 Ebd
- 19 "Communication Launching the European Defence Fund COM(2017) 295 final, deutsche Fassung: Einrichtung des europäischen Verteidigungsfonds, Mitteilung der Kommission". European Commission DocsRoom, 7. Juni 2017.
- 20 "Europäischer Verteidigungsfonds". Text. EU-Kommission European Commission, 19. März 2019.
- 21 Brzozowski, Alexandra. "Teil-Einigung auf Europäischen Verteidigungsfonds". euractiv.com (blog), 22. Februar 2019.
- 22 Riel, Aert van. "EU subventioniert die Rüstungsindustrie". Neues Deutschland, 20. April 2019.
- 23 Berichterstatter sind im europäischen Parlament die Abgeordneten, die im Rahmen der Rechtsetzung der Europäischen Union für einen bestimmten Gesetzesvorschlag im jeweiligen Ausschuss zuständig sind. Um eine einseitige Fassung des Entscheidungsvorschlag des Ausschusses durch den Berichterstatter zu vermeiden, sind die Fraktionen berechtigt, zusätzlich sogenannte Schattenberichterstatter zu benennen.
- 24 In Form des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944 "betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern" existieren eigentlich rechtlich bindende Rüstungsexportrichtlinien auf EU-Ebene sie werden nur permanent unterlaufen.
- 25 Brzozowski, Alexandra. "EU-Gesetzgeber winken Europäischen Verteidigungsfonds durch, a. a. O.
- 26 "Keine Killerroboter für den Europäischen Verteidigungsfonds". Killer Roboter stoppen! (blog), 11. März 2019.
- 27 ENAAT. "Open Letter to MEPs 'EU Defence Fund agreement a dangerous precedent for EU democracy'". ENAAT european network against arms trade, 10. April 2019.
- 28 https://act.wemove.eu/campaigns/kein-geld-fuer-ruestung
- 29 Peter Becker, und Ronja Kempin 2019.



### Die Bewaffnung des Weltalls

# Französische Ankündigungen und deutsche Überlegungen

von Jürgen Wagner

Die kommerzielle wie auch militärische Bedeutung des Alls nimmt kontinuierlich zu.¹ Aus diesem Grund haben die USA bereits vor einiger Zeit vorgelegt, indem Präsident Donald Trump die Aufstellung eines Weltraumkommandos angekündigt hatte. Das wollte sein französisches Pendant Emmanuel Macron wohl nicht auf sich sitzen lassen und zog Mitte Juli 2019 nach (siehe Ausdruck August 2019). Nur wenig später ging die französische Verteidigungsministerin Florence Parly noch einen Schritt weiter, indem sie vermeldete, Frankreich werde als erstes europäisches Land Waffen im Weltraum platzieren.

Zu allem Überfluss richtete sich Parly dabei außerdem auch noch ganz offensiv an Deutschland, indem sie dazu aufforderte, sich in das Waffenprogramm einzuklinken, während russischchinesische Versuche, einen Vertrag zur friedlichen Nutzung des Weltalls auf den Weg zu bringen, gleichzeitig seit Jahren links liegen gelassen werden. Einen "lebendigen" Eindruck von der generellen Stoßrichtung der Parly-Rede vermitteln die Passagen, mit denen sie ihre Ausführungen abschloss: "Wir sind eine einzige Mannschaft. Die Weltraummannschaft von Frankreich. Wir glauben an Frankreich, die dritte Weltraummacht. Wir waren ein Teil der Pioniere. Und wir werden die Avantgarde sein. Lang lebe die Luft- und Weltraumarmee!"<sup>2</sup>

### Bewaffnung oder Militarisierung?

Sowohl wirtschaftliche als auch militärisch: Ohne den Weltraum geht heutzutage fast nichts mehr. Die strategische Bedeutung dieser Domäne wurde in der jüngsten Ausgabe der "Österreichischen Militärischen Zeitschrift" (ÖMZ) unter freiem Rückgriff auf den Geopolitik-Urahn Halford Makkinder mit den Worten zusammengefasst: "Der Weltraum ist schon jetzt zur Schlüsselregion im Wettlauf um die besten Informationen geworden. […] Wer den Weltraum beherrscht, beherrscht die Welt."<sup>3</sup>

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, zwischen der schon längst erfolgten *Militarisierung* und der *Bewaffnung* des Weltraums zu unterscheiden, die noch in den Kinderschuhen steckt. So warnte unlängst ein Papier der "Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" (DGAP): "Bis zum jetzigen Zeitpunkt wurde das All nur militarisiert: Das heißt Anlagen im Weltraum wurden für militärische Zwecke wie Aufklärung und Frühwarnung genutzt. Nun aber stehen wir an der Schwelle zur Bewaffnung, und das beinhaltet die Stationierung von Waffen im All, die gegen andere Anlagen oder womöglich gar Ziele auf der Erde vorgehen können."

### Frankreich geht in die Offensive

Nicht nur die USA haben den Weltraum inzwischen zum fünften offiziellen Schlachtfeld – neben Land, Luft, Meer und Cyber – erklärt, sondern auch von der NATO wird erwartet, dass sie beim Gipfeltreffen im Dezember 2019 nachzieht.<sup>5</sup> Vor diesem Hintergrund kündigte der französische Präsi-

dent Emmanuel Macron im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum französischen Nationalfeiertag am 14. Juli wie erwähnt an, der Weltraum sei ein "neuer Bereich der Konfrontation", weshalb sein Land schon im September ebenfalls ein Weltraumkommando ins

Leben rufen werde.6

Wenige Tage nach Macrons Rede wurde ein weiterer entscheidender Schritt getan. Denn bei der Vorstellung der "Stratégie spatiale de défense" kündigte Verteidigungsministerin Florence Parly am 25. Juli 2019 den Bau von Weltraumwaffen an: "Heute militarisieren unsere Verbündeten und Gegner den Raum. [...] Mit diesen neuen Überwachungsmöglichkeiten werden wir in der Lage sein, unsere aktive Verteidigung zu organisieren. [...] Wir behalten uns Zeit und Ressourcen für die Reaktion vor: Dies kann die Verwendung von Leistungslasern beinhalten, die von unseren Satelliten oder von unseren Nanosatelliten-Patrouillen eingesetzt werden. [...] Natürlich hat das alles seinen Preis. Um die budgetären Folgen dieser neuen Raumfahrtkapazitäten zu begrenzen, können wir auf sie zugreifen, indem wir entweder Dienstleistungen von vertrauenswürdigen Betreibern beziehen oder unsere Ressourcen mit unseren europäischen Partnern bündeln. Ich denke dabei insbesondere an Deutschland oder Italien. [...] Während der Laufzeit dieses Programms stellt dieser Aufwand weitere 700 Mio. Euro dar, zusätzlich zu den bereits geplanten 3,6 Mrd. Euro für die vollständige Erneuerung unserer Satellitenkapazität."7

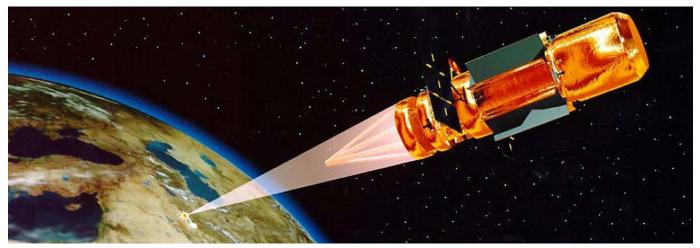
Vor allem zwei Dinge sind an Parlys Rede bemerkenswert: Einmal vollzieht Frankreich damit als erster europäischer Staat endgültig den besagten Schritt von der Militarisierung zur Bewaffnung des Weltraums; und zweitens fordert es die europäischen Verbündeten recht unverblümt dazu auf, sich mit einzuklinken.

#### Deutschland: Auch dabei?

Schon im Weißbuch der Bundeswehr aus dem Jahr 2016 wurde die Bedeutung des Weltraums betont: "Auch Weltraumsicherheit entwickelt sich für die Staatengemeinschaft zu einem zentralen Faktor."<sup>8</sup> Nun deckt der Begriff "Weltraumsicherheit" aber potenziell ein weites Feld ab, das von der Überwachung von Weltraumschrott bis hin zu Star Wars ähnlichen Szenarien, wie sie Frankreich vorschweben, reichen kann.

Vor diesem Hintergrund Denken hierzulande Teile der "strategischen Gemeinschaft" laut darüber nach, ob sich hier nicht für Deutschland eine Gelegenheit bietet, auf den fahrenden französischen Zug aufzuspringen und im Vorbeigehen die Europäische Union gleich auch noch mitzunehmen. Einer davon ist Christian Fischbach, Mitarbeiter der Bundeswehr-Beratungsfirma BwConsulting<sup>9</sup>, der kurz nach der Ankündigung des französischen Präsidenten tweetete: "@EmmanuelMacron, wollen wir das zusammen machen? Passt zu EU und zur NATO. Wir haben auch schon was: Weltraumlagezentrum in Uedem. Vielleicht wollen wir das als #PESCO-Projekt machen? Oder als #FNC-Projekt. Dann können auch die USA mitmachen."<sup>10</sup>

Deutschland forscht ohnehin schon länger an Laserwaffen, betreibt mit Frankreich zusammen die Satelliten-Aufklärungssysteme SAR-Lupe/HELIOS II<sup>11</sup> und ist der wichtigste Geldgeber für die militärisch hochgradig relevanten und milliardenschweren EU-Satellitenprojekte Galileo und Coperni-



Zukunftsvision des US Space Command für 2020: Ein gerichteter militärischer Hochleistungs-Laser im All zerstört ein terrestrisches Ziel. Quelle: US Space Command / Wikipedia

cus.<sup>12</sup> Zwar halten sich offizielle Stellen ob der französischen Weltraumavancen noch zurück – allerdings wird ganz offensichtlich auch hierzulande über die "Notwendigkeit" einer Bewaffnung des Weltraums nachgedacht: "Über die Weltraumlage hinausgehende Gespräche zwischen der Luftwaffe und den französischen Luftstreitkräften zur Weltraumkooperation fanden nicht statt und sind nicht geplant", antwortete das Weltraumlagezentrum auf eine Anfrage der Welt am Sonntag. Allerdings gelte auch: "Inwieweit die Abwehr von Bedrohungen für kritische Weltrauminfrastrukturen die Fähigkeit eines Wirkens im Weltraum erfordert, ist Gegenstand laufender Untersuchungen."<sup>13</sup>

Ganz links liegen gelassen werden jedenfalls Versuche, vertraglich eine Bewaffnung des Weltraums zu unterbinden.

### Weltraumrüstung außer Kontrolle

Leider wird der im Januar 1967 vereinbarte Weltraumvertrag wenig dazu beitragen können, ein neues Wettrüsten im All zu verhindern. Vielversprechender sind da schon die Versuche, einen Vertrag zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum (PAROS, "Prevention of an Arms Race in Outer Space") auf den Weg zu bringen. Die Verhandlungen darum begannen schon lange davor, aber 2008 legten Russland und China der UN-Abrüstungskonferenz einen Vertragsentwurf vor, der unter anderem vorsah, dass alle Unterzeichner davon absehen Waffen im Orbit zu stationieren (siehe Ausdruck August 2019).

Davon wollten aber die westlichen Staaten nichts wissen. Gleichzeitig dient die Nicht-Existenz von Rüstungskontrollmaßnahmen im All wiederum als Legitimation für eigene Rüstungsbemühungen, wenn etwa der deutsche Oberst der Reserve, Dirk Freudenberg, schreibt, es sei eine doppelte Herangehensweise erforderlich: "wenn es für eine dem Grund nach friedensorientierte Außenpolitik [...] darum geht, die Nutzung des Weltraums auf ausschließlich friedliche Zwecke zu beschränken und ein Verteidigungsressort [...] die Situation im Auge haben muss, dass entsprechende Abkommen nicht greifen oder gar scheitern und dann aber auf Fähigkeiten zurückgreifen können muss, um für einen solchen Fall gerüstet zu sein."<sup>14</sup>

### **Anmerkungen**

- 1 Einige Rahmendaten: "57 Staaten betreiben heute Satelliten, während elf Staaten mittels Trägersystemen den Weltraum erreichen können. Derzeit gibt es 1957 aktive Satelliten. Fast die Hälfte (849) wird von den USA betrieben. China verfügt über 284, die EU über 218 und Russland über 152 Satelliten. [...] 20 bis 25 Prozent der Satelliten werden derzeit militärisch genutzt, wobei dies mit der wachsenden Zahl an Akteuren ebenfalls erheblich zunimmt." (Neuneck, Götz: Wettrüsten im All? Stand und Perspektiven der Weltraumbewaffnung, Bundeszentrale für politische Bildung, 12.07.2019).
- 2 Madame Florence, Présentation de la stratégie spatiale de défense, Lyon, le 25 juillet 2019. Übersetzung mit https://www.deepl.com/ Translator
- Freudenberg, Dirk: Weltraumgeopolitik Sicherheitspolitische Aspekte eines (noch) wenig beachteten Forschungsfeldes, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 4/2019, S. 473-477, S. 473 und 476.
- 4 Schütz, Torben: Technology and Strategy: The Changing Security Environment in Space Demands New Diplomatic and Military Answers, DGAPkompakt, Nr. 14/Juli 2019, S. 1.
- 5 Siehe zur USA und zur NATO Wagner, Jürgen: Iron Sky und die Militarisierung des Weltalls, Telepolis, 15.07.2019.
- 6 Macron kündigt Aufbau eines militärischen Weltraumkommandos an, Die Welt, 13.07.2019.
- 7 Parly 2019.
- 8 Weißbuch zur Sicherheitspolitik und der Zukunft der Bundeswehr 2016, S. 50.
- 9 Das Unternehmen beschreibt sich auf seiner Homepage selbst folgendermaßen: "Die BwConsulting ist das Beratungsunternehmen der Bundeswehr: Wir beraten die strategischen Projekte des Verteidigungsministeriums und sind damit treibende Kraft für die kontinuierliche Weiterentwicklung der gesamten Bundeswehr." (https://bwconsulting.jacando.com/de/de/job/j2rXCkuU)
- 10 https://twitter.com/ChrFischbach/status/1150395757477945345
- 11 Frankreich will Satelliten mit Laserwaffen mit deutscher Hilfe, PCWelt, 26.07.2019.
- 12 Ende 2019 sollen die letzten der insgesamt 30 Satelliten des Galileo-Systems in den Orbit verbracht worden sein. Für das System wurden allein zwischen 2014 und 2020 etwa 7 Milliarden Euro EU-Gelder bereitgestellt, es soll unter anderem militärisch nutzbare Aufklärungsdaten liefern und gilt damit als einer der wichtigsten Bestandteile der künftigen europäischen Militärpolitik. Im nächsten EU-Haushalt (2021 bis 2027) sind für Galileo und eine Reihe weiterer militärisch relevanter Weltraumvorhaben (EGNOS, Copernicus und GOVSATCOM) etwa 16 Mrd. Euro vorgesehen.
- 13 Jungholt, Thorsten: Unbewaffnet in der Umlaufbahn, Welt am Sonntag, 18.08.2019.
- 14 Freudenberg 2019, S. 476.

### **RIP INF**

## Das Ende des INF-Vertrags und das neue Wettrüsten

von Jürgen Wagner

Am 2. Februar 2019 kündigten die USA den INF-Vertrag zum Verbot landgestützter Mittelstreckenraketen (Reichweite 500 bis 5500km) auf. Nach einer sechsmonatigen Übergangsphase ist der Vertrag seit Anfang Ausgust 2019 Geschichte und damit zerbröselt auch eine der beiden zentralen Säulen der atomaren Rüstungskontrolle. Mit aller Selbstverständlichkeit wird dabei aktuell Russland in den Medien die Schuld hierfür in die Schuhe geschoben: Das Land habe den Vertrag durch die Stationierung des Marschflugkörpers 9M729 (NATO-Codename SSC-8) verletzt. Obwohl hier zumindest Zweifel angebracht sind, werden nun – nicht zuletzt auch in Deutschland – auf Grundlage dieser "Gewissheit" umfassende Rüstungsmaßnahmen gefordert, während gleichzeitig das russische Angebot für ein Stationierungsmoratorium in den Wind geschlagen wird.

### Neue Raketen - Neue Aufrüstung

Wie üblich hat die westliche Version einige Schönheitsfehler: Erstens argumentiert Russland, die Reichweite des 9M729-Systems liege unter 500km und nicht wie von den USA behauptet bei 2.000km, weshalb keine Vertragsverletzung vorgelegen hätte; zweitens bot es Vor-Ort-Inspektionen an, um etwaige Bedenken auszuräumen, was allerdings von US-Seite ignoriert wurde; und drittens beschuldigt Russland seinerseits die USA, Teile des in Osteuropa stationierten Raketenabwehrsystems würden gegen den INF-Vertrag verstoßen. Überraschenderweise stützte ausgerechnet der alles andere als russlandfreundliche Chef der "Bundesakademie für Sicherheitspolitik" (BAKS), Karl-Heinz Kamp, Anfang Juli 2019 die Sichtweise Moskaus, als er bei "Streitkräfte & Strategien" mit den Worten zitiert wurde: "Es gibt ja Vorwürfe Russlands, dass die USA in ihren Starterhüllen für das Raketenabwehrsystem ebenfalls Marschflugkörper verbotener Reichweite verschikken könnten. Da sagen die Amerikaner: das geht nicht. Da geht die Software nicht. Das erklärt sich selbst einem Laien, dass man eine Software relativ einfach auswechseln kann."

Das Verhalten der US-Regierung untermauerte wiederum Russlands Verdacht, die USA seien primär darauf erpicht, den Vertrag zu versenken, zumal von Verifikationsexperten betont wird, über die angebotenen Inspektionen hätten sich die Zweifel aus dem Weg räumen lassen (siehe AUSDRUCK, Februar 2019).

Vieles spricht dafür, dass die USA vor allem auch mit Blick auf China ein Ende des INF-Vertrages gezielt herbeigeführt haben, da Peking seinerseits mit relativ "billigen" Mittelstreckenraketen aufrüstet, ohne an vertragliche Restriktionen gebunden zu sein. So räumte US-Colonel Michelle Baldanza bereits im März 2019 gegenüber Reuters ein, die USA hätten mit "Fabrikationsaktivitäten begonnen", die "bis zum 2. Februar nicht mit den US-Verpflichtungen unter dem [INF-] Vertrag zu vereinbaren gewesen wären."

Für Europa scheint es ähnliche Pläne zu geben – glaubt man zumindest den Verlautbarungen aus dem Pentagon, scheint auch hier, vermutlich aus Sorge vor den zu erwartenden Protesten, die Stationierung konventioneller Mittelstreckenraketen erwogen zu werden. Man habe "nicht die Absicht" atomare Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren, wurde der stellvertretende US-Unterstaatssekretär David Trachtenberg bereits im Februar 2019

bei Breakingdefense zitiert: "Was wir geplant haben und was wir tun ist […]die Erforschung und Entwicklung konventioneller bewaffneter Systeme mit einer Reichweite, die gegenwärtig vom [INF-]Vertrag verboten ist."

### Kalte Krieger treten aus dem Schatten

Während zum Beispiel Außenminister Heiko Maas – wenn auch mit reichlich wenig Elan - eine Wiederaufnahme von Gesprächen und eine Rückkehr zur Rüstungskontrolle anmahnt, sehen hierzulande viele alte und neue Kalte Krieger ihre Stunde gekommen. Wolfgang Ischinger etwa, der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, oder Carlo Masala von der Bundeswehr-Universität in München werben seit Anfang des Jahres lautstark dafür, sich eine konventionelle oder atomare Aufrüstungsoption unbedingt offenzuhalten (siehe AUSDRUCK, Februar 2019). Auch Christian Mölling, Rüstungsexperte der "Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" (DGAP), warb in der Süddeutschen Zeitung am 2. August 2019 dafür, die NATO müsse nun offiziell auf Angriffsfähigkeiten umschalten: "Das Bündnis sollte im konventionellen Bereich reagieren. Das bedeutet einerseits, es durch bessere Luftabwehr zu ermöglichen, die russischen Raketen zu neutralisieren. Das wird nicht immer klappen, denn die 9M729-Marschflugkörper sind schwer zu lokalisieren. Andererseits braucht es wohl eine Offensivkomponente: also eine Rakete, die russische Kommandozentralen treffen kann."

Zwei weitere "Sicherheitspolitiker" haben sich in jüngster Zeit ganz besonders für entschiedene westliche Rüstungsbemühungen eingesetzt: Der ehemalige hochrangige NATO-Offizier Heinrich Brauß und - wie so häufig - Joachim Krause vom "Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel" (ISPK). In einem nahezu von jedem "Leitmedium" prominent besprochenen Artikel in der aktuellen Ausgabe von "Sirius -Zeitschrift für Strategische Analysen" fragen beide im Titel "Was will Russland mit den vielen Mittelstreckenwaffen?" Russlands "Aggressionen" in Osteuropa und die - ohne hinlängliche Beweise – als sicher angenommene Verletzung des INF-Vertrages ließen nur einen Schluss zu: "Russland verspricht sich offenkundig entscheidende strategische Vorteile im Sinne einer Eskalationsdominanz gegenüber den USA und der NATO für den Fall eines regionalen Krieges in Europa – eines Krieges, der aller Voraussicht nach nur von Russland ausgehen würde."

Auch sie werben deshalb, sich die Option für eine Unterstützung der US-Aufrüstungspläne offenzuhalten: "Generell muss gelten: Alle zielführenden Optionen müssen ergebnisoffen analysiert und die optimale dann ausgewählt werden, keine darf aus kurzsichtigen oder opportunistischen Gründen vorschnell zur Seite gelegt werden. [...] Auch die Entwicklung landgestützter nuklearer Mittelstreckenwaffen sollte man nicht von vornherein ausschließen."

Auch auf anderen Ebenen müsse "natürlich" dagegengehalten werden: "Mit Blick auf die baltischen Staaten und Polen muss



vor allem der Raum-Kräfte-Zeit-Vorteil Russlands ausgeglichen werden." Aktuell sind in den drei baltischen Staaten und Polen je ein NATO-Bataillon à 1.000 Soldaten (plus zusätzliche US-Soldaten) stationiert, doch diese Truppen sollten "verstärkt werden". Im Sirius-Artikel bleiben die Autoren weitere Details weitgehend schuldig, im Deutschlandfunk präzisierte Krause aber schon vor einiger Zeit, was er sich konkret darunter vorstellt: "Es ist also eine derzeit symbolische Präsenz [der NATO in Osteuropa], und die muss durch eine reale Präsenz erhöht werden. [...] Da müsste man schon in einer Größenordnung von mindestens einer Division pro baltischem Staat und wahrscheinlich auch noch in Polen reden. Das ist sozusagen das Mindeste, was sie brauchen, um dort überhaupt eine Verteidigungsfähigkeit herzustellen. [...] Ungefähr 30-, 40.000 Soldaten aus anderen Ländern der NATO, sei es aus Deutschland, aus Frankreich, aus Großbritannien, USA, Holland oder was weiß ich nicht wo, müssten dort stationiert sein."

Wie erwähnt, wurden die Ausführungen von Brauß und Krause überaus breit in den Medien rezipiert, fast ausschließlich extrem wohlwollend. Auf die zahlreichen Widersprüche wurde dabei nicht eingegangen: So etwa, dass Russland die Zahl seiner taktischen Atomwaffen reduziert und die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen in den jüngsten russischen Militärstrategien 2010 und 2014 angehoben hat – er wird nur noch im Falle einer existenziellen Bedrohung erwogen. Geflissentlich ausgeblendet wird überdies, dass spätestens mit der im Juni 2019 öffentlich gewordenen "Doctrine for Joint Nuclear Operations" des Pentagons klar ist, dass es die USA sind, die den frühzeitigen Einsatz von Atomwaffen auf dem Gefechtsfeld selbst dann als mögliche Option in ihre Einsatzplanung integriert haben, wenn eine konventionelle Alternative verfügbar wäre.

Eine der wenigen kritischen Stimmen, die sich in diesem Zusammenhang Gehör verschaffen konnten, war die des ehemaligen Vorsitzenden des Nato-Militärausschusses, Harald Kujat. Die Ausführungen von Brauß und Krause kritisierte er als "einseitig, unvollständig und einer rationalen Überprüfung nicht standhaltend." Es sei "völlig absurd" vom Ziel eines russischen Angriffs auszugehen: "Putin weiß, dass dies die völlige internationale Isolation zur Folge hätte – mit unübersehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen für das Land".

### Kein Moratorium, kein Start?

Teils hat es den Anschein, als könne Moskau versuchen, was es will, der schwarze Peter wird ihm trotzdem routinemäßig zugeschoben. Denn wiederholt hat Russland deeskalierende Angebote gemacht, die aber besonders in Washington auf taube Ohren stoßen. Jüngstes Beispiel ist hier das folgende russische Angebot, über das u.a. die Zeit berichtete: "Kurz vor

Ablauf des INF-Vertrages hat Russland den USA und der Nato erneut ein Moratorium auf die Stationierung von Raketensystemen mittlerer und kürzerer Reichweite in Europa angeboten. [Der russische Außenminister Sergej Rjabkow] verwies darauf, dass sich Russland einseitig ein Moratorium für solche Raketen auferlegt habe. Allerdings seien weder die USA noch die Nato bisher darauf eingegangen."

Zentrale Akteure der US-Regierung sind ohnehin erklärte Gegner jeglicher Form vertraglicher Rüstungskontrolle. Aktuell hat es ganz den Anschein, als befänden sich diese Kräfte auf einem Kreuzzug, mit dem "New-Start-Vertrag" auch die letzte noch verbleidende tragende Säule der atomaren Rüstungskontrolle einzureißen. "New Start" begrenzt die Zahl der Sprengköpfe und strategischen Trägersysteme mit einer Reichweite über 5.500km, er soll verhindern, dass eine Rüstungsspirale in Gang kommt, in der beide Seiten versuchen eine Eskalationsdominanz in Form einer Erstschlagfähigkeit zu erlangen. Aktuell sind die USA dabei, ihr strategisches Arsenal zu "modernisieren", um so die Durchschlagsfähigkeit und Zielgenauigkeit deutlich zu erhöhen. Hierfür sollen jüngeren Schätzungen des "Congressional Budget Office" im nächsten Jahrzehnt fast 500 Mrd. Dollar bereitgestellt werden. Die gesamten atomaren US-Rüstungspläne lassen wenig andere Schlüsse zu, als dass die USA tatsächlich eine nukleare Erstschlagfähigkeit anstreben, ein Ergebnis, zu dem bereits 2006 ein Artikel in der renommierten "Foreign Affairs" mit dem bezeichnenden Titel "Der Aufstieg der USA zur nuklearen Vorherrschaft" gelangte: "Streben die Vereinigten Staaten mit Absicht die nukleare Dominanz an? [...] Die Natur der vorgenommenen Veränderungen bezüglich des Arsenals und der offiziellen Politik und Rhetorik stützen diese Schlussfolgerung. [...] Mit anderen Worten, die gegenwärtigen und künftigen Nuklearstreitkräfte der USA scheinen dafür konzipiert zu sein, einen präemptiven Entwaffnungsschlag gegen Russland oder China zu führen."

Etwas mehr als zehn Jahre später legten die beiden Autoren, Keir A. Lieber und Daryl G. Press, in der International Security noch einmal nach, in der sie argumentierten, durch die Modernisierung der US-Atomwaffen würden die USA noch einmal deutlich näher in Richtung einer Erstschlagfähigkeit gegenüber Russland rücken. Augenblicklich stehen dem aber noch die Begrenzungen durch "New Start" im Weg, der aber am 5. Februar Jahr 2021 ausläuft. Hier dürfte wohl der Grund liegen, weshalb bisherige Versuche Russlands, eine Verlängerung hinzubekommen, von den USA abschlägig beschieden wurden. Befragt, wie er die Chancen für eine Verlängerung von "New Start" einschätze, antwortete der inzwischen gefeuerte Nationale Sicherheitsberater John Bolton vor wenigen Wochen: "Es wurde noch keine Entscheidung getroffen, aber ich denke sie ist unwahrscheinlich."

Vor diesem Hintergrund sieht der Ex-Chef des NATO-Militärausschusses Harald Kujat die jüngsten russischen Rüstungsbemühungen – u.a. auch die Entwicklung von Hyperschallwaffen – als eine Reaktion auf die US-Versuche, die Eskalationsdominanz durch eine Erstschlagfähigkeit zu erlangen: Es gehe Moskau um die "Aufrechterhaltung des strategischen Gleichgewichts mit den Vereinigten Staaten". Man muss diese Versuche ja deshalb noch lange nicht gutheißen, die dahinterliegende Motivation und Dynamik aber sollte verstanden werden, anstatt, wie viele der tonangebenden Stimmen hierzulande, mit völlig einseitigen und in dieser Form extrem zweifelhaften Schuldzuweisungen den Eintritt in einen neuen Rüstungswettlauf zu fordern.

### Ungeahntes aus dem Bundestag

# "Parlamentskreis Atomwaffenverbot" gegründet

von Peter Feininger

In aller Stille wurde ein bedeutsamer Schritt im Deutschen Bundestag vollzogen: Etwa 30 Personen, hauptsächlich Bundestagsabgeordnete und Mitarbeiter, gründeten am 11. September einen Parlamentskreis Atomwaffenverbot. Eingeladen hatten die Bundestagsabgeordneten Ralf Kapschack (SPD), Katja Keul (Bündnis 90/Die Grünen) und Kathrin Vogler (Die Linke) als Initiator\_Innen.

In einer Pressemitteilung erklärten sie:

"Wir haben zur Gründung dieses Kreises aufgerufen, um ein klares Zeichen zu setzen gegen eine drohende Aufrüstungsspirale. Dass sich schon zum Auftaktreffen so viele Abgeordnete interessiert gezeigt haben, mitzuwirken, bestätigt unser Anliegen."

Kathrin Vogler (Die Linke) erklärt: 'Der INF-Vertrag ist gescheitert und das Atomabkommen mit dem Iran steht vor dem Aus. Die Furcht vor einem neuen atomaren Wettrüsten wächst und die öffentliche Aufmerksamkeit richtet sich wieder mehr auf die Risiken der nuklearen Abschreckung. Dem wollen wir gemeinsam eine positive Vision von einer atomwaffenfreien Welt entgegensetzen.'

Ralf Kapschack (SPD) erklärt: 'Der Parlamentskreis soll ein interfraktionelles Forum für aktuelle und ehemalige Abgeordnete bieten, zu dem ExpertInnen und AktivistInnen eingeladen werden, um mit den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. Ziel des Parlamentskreises ist es, Unterstützung für den Verbotsvertrag zu mobilisieren.'

Katja Keul (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt: 'Mit Donald Trump sitzt jemand im Weißen Haus, der mit der Größe seines Atomwaffenknopfes prahlt, ein multilaterales Abkommen mit dem Iran torpediert und den INF-Vertrag mit Russland gänzlich aufgekündigt hat. Es ist höchste Zeit, dass wir uns bei diesem drängenden Thema der atomaren Abrüstung über Parteigrenzen zusammenschließen und gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie ICAN und den Mayors for Peace für einen politischen Wandel einsetzen.'"¹

Die Medien mauern komplett, diese Pressemitteilung wurde nirgends veröffentlicht oder auch nur erwähnt. Das einzige, was es neben einem kurzen Taz-Artikel² gibt, ist ein Telefonat mit Kathrin Vogler nach der Gründung des Parlamentskreises, das der Bayerische Rundfunk veröffentlichte. Und zwar am Donnerstag, den 12. September, in aller Frühe um 6:05 Uhr in Bayern 2 – und nicht etwa im Nachrichtensender B5 aktuell. Kathrin Vogler (Die Linke) wurde dort folgende Frage gestellt: "Aber selbst wenn der gesamte Bundestag geschlossen ein Atomwaffenverbot fordern würde, dann würde das doch vermutlich wenig Eindruck machen in Washington oder Moskau oder Peking. Was wollen sie dann mit ihrem eher kleinen Arbeitskreis konkret ausrichten?"

Ihre Antwort darauf lautete: "Nun der Bundestag hat ja bereits 2010 beschlossen, dass er sich für eine atomwaffenfreie Welt und auch für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen will. Das war damals einmütig, also es gab da keine Gegenstimmen. Und das Problem, das wir sehen, ist dass die Bundesregierung sich zu wenig für dieses Ziel einsetzt und

dass sie (im Original: wir) eben zum Beispiel auch diesen Atomwaffenverbotsvertrag, der vor zwei Jahren ja von den Vereinten Nationen auf den Weg gebracht worden ist, nicht nur nicht unterstützt, sondern sogar behindert."<sup>3</sup>

Es ist schon richtig, wenn Kathrin Vogler den Bundestagsbeschluss von 2010 "Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen" anführt und sich darauf beruft. Aber es ist natürlich auch ein wenig Augenwischerei, wenn man diesen Beschluss als "einmütig" bezeichnet, obwohl er damals schon in der Parlamentsdebatte massiv demontiert wurde.<sup>4</sup>

Die Verschwiegenheit der Medien zum neuen Arbeitskreis muss uns jedenfalls zu denken geben, denn sie dürfte kein Zufall sein. Die Nachrichtensperre ist so dicht, dass auch linke Medien nichts davon mitbekommen haben. Immerhin treten diese Bundestagsabgeordneten gegen die Kriegsvorbereitungen gegen Russland an und gegen die Kriegsdrohungen gegen den Iran, bei denen auch die nukleare Abschreckung eine immer bedrohlichere Rolle spielt. Stattdessen vertreten die Abgeordneten das Ziel eines generellen Atomwaffenverbots und verlangen, dass Deutschland den UN-Vertrag für ein Atomwaffenverbot unterzeichnet. Damit wäre auch die sogenannte nukleare Teilhabe Deutschlands hinfällig – also die Lagerung von Atomsprengköpfen in Büchel, ihre Modernisierung und ihr möglicher Einsatz mit deutschen Piloten und Bombern.

Die Nachrichtensperre sämtlicher Medien lässt den Schluss auf mächtige Kräfte in Politik, Medien, Rüstungsindustrie und Militär zu, die unter allen Umständen verhindern wollen, dass hier eine andere, friedliche politische Richtung einreißt. Es kann aber sein, dass dieser Versuch mächtiger Kräfte bereits am Scheitern ist. Die SPD ist zerrissen in der Frage und sogar von der CDU hat ein Abgeordneter an dem Gründungstreffen teilgenommen. Es war zwar nur ein kleinerer Kreis von vielleicht 20 Bundestagsabgeordneten, der zum Gründungstreffen kam, aber die ICAN-Erklärung (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) haben inzwischen 166 Bundestagsabgeordnete unterzeichnet.<sup>5</sup> Zu diesen Bundestagsabgeordneten kommen noch 341 Landtagsabgeordnete und Europaparlamentarier als Unterzeichner der Erklärung:

"Wir, die unterzeichnenden Abgeordneten,

begrüßen die Annahme des Vertrags für ein Verbot von Atomwaffen am 7. Juli 2017 in den Vereinten Nationen ausdrücklich als einen entscheidenden Schritt zur Verwirklichung einer atomwaffenfreien Welt.

Wir teilen die in der Präambel ausgedrückte, tiefe Sorge über die katastrophalen humanitären Auswirkungen jeglichen Gebrauchs von Atomwaffen und erkennen die dringende Notwendigkeit an, diese unmenschlichen und abscheulichen Waffen abzuschaffen.

Als Abgeordnete geloben wir, auf die Unterzeichnung und die Ratifizierung dieses bahnbrechenden Vertrages durch unsere jeweiligen Staaten hinzuwirken, da wir die Abschaffung von Atomwaffen als hohes, globales öffentliches Gut begreifen und als einen wesentlichen Schritt zur Förderung der Sicherheit und des Wohls aller Völker."

Zu dieser politischen Bewegung muss der ICAN-Städteappell hinzugerechnet werden, den bislang 48 Städte und zwei



Auftaktfoto beim Parlamentskreises Atomwaffenverbot. Quelle: Ralf Kapschack

Landkreise unterzeichnet haben. <sup>6</sup>Ferner liegt aus Rheinland-Pfalz ein Landtagsbeschluss für das Atomwaffenverbot vor. <sup>7</sup> Darin wird die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine deutsche Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Vertrages über das Verbot von Atomwaffen einzusetzen. Damit ist neben den freien Städten Bremen und Berlin mit Rheinland-Pfalz das erste Flächenbundesland dabei. Der Antrag wurde neben SPD und Grünen auch von der FDP unterstützt. Die US-Atomwaffen sind übrigens, wie bereits erwähnt, im rheinland-pfälzischen Büchel stationiert.

Leo Hoffmann-Axthelm vom Vorstand ICAN Deutschland war als Referent zum Gründungstreffen des "Parlamentskreises Atomwaffenverbot" eingeladen. Er verdeutlichte auch, wie enorm wichtig die Unterstützung aus dem Bundestag für das Anliegen von ICAN ist. Teilgenommen haben an dem Gründungstreffen am 11. September unter anderem die Abgeordneten Ulrike Bahr (SPD), Matthias Bartke (SPD), Agnieszka Brugger (Grüne), Dirk Heidenblut (SPD), Ralf Kapschak (SPD), Katja Keul (Grüne), Tobias Pflüger (Linke), Julia Verlinden (Grüne), Kathrin Vogler (Linke) und Matthias Zimmer (CDU). Man kann davon ausgehen, dass sie und noch einige andere Abgeordnete das folgende "Selbstverständnis" des Parlamentskreises Atomwaffenverbot unterzeichneten:

"I. Ziel: Der Parlamentskreis Atomwaffenverbot setzt sich über Fraktionsgrenzen hinweg für eine atomwaffenfreie Welt und die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch die Bundesrepublik Deutschland ein.

II. Mitgliedschaft und Grundsätze: Der Parlamentskreis Atomwaffenverbot steht allen aktiven und ehemaligen Bundestagsabgeordneten offen, die sich für einen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag einsetzen wollen. Grundlage ist neben dem Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt das Bekenntnis zur Menschenwürde, zur Völkerverständigung sowie den Grundsätzen der Demokratie und des Rechtsstaats.

III. Tätigkeiten: Der Parlamentskreis Atomwaffenverbot führt regelmäßige inhaltliche Veranstaltungen durch und wirbt für die Unterzeichnung der ICAN-Abgeordnetenerklärung. Dabei wird eng mit befreundeten Initiativen wie der Internationalen Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) oder den Mayors for Peace zusammengearbeitet. Besonders wichtig für die Arbeit des Parlamentskreises ist die Zusammenarbeit mit anderen Parlamenten, sowohl auf der internationalen

Ebene als auch mit Landes- und Kommunalparlamenten."

In einem Artikel im vorwärts "Warum wir ein weltweites Atomwaffenverbot brauchen" begründete Ralf Kapschack den Zweck der Gründung des Parlamentskreises folgendermaßen:

"Angesichts der wachsenden Furcht vor einem neuen atomaren Wettrüsten hat es mir jedoch nicht genügt, einen Apell zu unterzeichnen. Zusammen mit Katja Keul (Grüne) und Kathrin Vogler (Linke) habe ich die Abgeordneten des Bundestages zur Gründung des Parlamentskreises Atomwaffenverbot aufgerufen. Es ist gedacht als ein Forum für aktuelle und ehemalige Abgeordnete (fast) aller Fraktionen, zu dem wir ExpertInnen und AktivistInnen einladen werden, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Ziel des Parlamentskreises ist

es auch, dass Deutschland den UN-Vertrag für ein Atomwaffenverbot unterzeichnet.

Die Arbeit beginnt jetzt

Klar, auch in der SPD ist dieser Vertrag nicht unumstritten. Würde man ihn unterzeichnen, gäbe die Bundesrepublik den Einfluss auf die atomare Strategie der NATO aus der Hand, so ein Argument. Ich sehe das nicht so. Die atomare Bedrohung darf nicht dauerhaft als die entscheidende Grundlage für friedliches Zusammenleben herhalten. Wir erleben gerade, wie fragil diese Argumentation ist. Atomwaffen müssen geächtet und verboten werden. Diese Forderung ist aus meiner Sicht auch eine Chance, das Profil der SPD als Friedens-Partei zu schärfen."<sup>8</sup>

Der Arbeitskreis ist eine Steilvorlage, mit ihm an die bislang abseits stehenden Abgeordneten mit der Forderung heranzutreten, sich ihm anzuschließen – und sich insbesondere aktiv für die Umsetzung der von ihm formulierten Ziele einzusetzen.

### Anmerkungen

- 1 "Pressemitteilung 'Parlamentskreis Atomwaffenverbot gegründet"". DIE LINKE. Kathrin Vogler, 12. September 2019.
- 2 Schulze, Tobias. Auch CDUler gegen Atombomben. taz, 11.September 2019.
- 3 Peerenboom, Christoph. "Parlamentskreis Atomwaffenverbot: Kathrin Vogler, Linke: "Das ist kein utopisches Ziel"". Audio. Bayern 2, Bayerischer Rundfunk, 12. September 2019.
- 4 Näheres siehe in diesem Artikel: Peter Feininger. "Augsburg hisst die Flagge von Mayors for Peace, Teil 2: Denkwürdige Aussagen von Paul Wengert, Kurt Gribl und Thomas Weitzel". Forum solidarisches und friedliches Augsburg, 18. September 2019. Siehe hier die letzten beiden Abschnitten "Global Zero und eine überfraktionelle Mehrheit im Bundestag für eine vollständige nukleare Abrüstung" und "Die Entschließung des Bundestags für eine Welt ohne Atomwaffen wurde sehr bald umfassend demontiert".
- 5 "ICAN-Erklärung für Abgeordnete, Unterzeichner Bundestag, Landtag, Europaparlament, geordnet nach Bundesländern". ICAN Deutschland (blog). Zugegriffen 11. September 2019.
- 6 "ICAN-Städteappell". ICAN Deutschland (blog). Zugegriffen 11. September 2019.
- 7 "Rheinland-Pfalz unterstützt Atomwaffenverbot". ICAN Deutschland (blog), 22. August 2019.
- 8 Ralf Kapschack. "Warum wir ein weltweites Atomwaffenverbot brauchen". vorwärts, 11. September 2019.

# Neue Rüstungsexportrichtlinien – alte Regelungslücken

### Internationalisierung – Technikunterstützung – Europäisierung

von Lotta Ramhorst

Regelmäßig brüsten sich deutsche Bundesregierungen damit, eine "restriktive Rüstungsexportpolitik" zu verfolgen. Und tatsächlich gehören die deutschen Regelungen auf dem Papier zu den strengsten der Welt – es besteht allerdings ein erhebliches Missverhältnis zwischen den proklamierten Grundsätzen und der Praxis. Trotzdem ist auch die Große Koalition weiterhin darum bemüht, das Bild der restriktiven Rüstungsexportpolitik aufrechtzuerhalten. So bekundeten CDU, CSU und SPD Anfang 2018 in ihrem Koalitionsvertrag, "keine Rüstungsexporte in Krisenregionen"1 mehr vornehmen zu wollen und - noch spezifischer - "ab sofort keine Ausfuhren an Länder" mehr zu genehmigen, "solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind."<sup>2</sup> Tatsächlich führte aber erst der Mord am saudischen Journalisten Jamal Khashoggi Ende letzten Jahres dazu, dass die Bundesregierung einen temporären Waffenexportstopp beschloss – und zwar nur nach Saudi-Arabien –, der gerade bis Ende März 2020 verlängert wurde.3

Ebenfalls auf sich warten ließ die im Koalitionsvertrag angekündigte Aktualisierung der Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern aus dem Jahr 2000. Im Juni 2019 - sechs Monate später als vereinbart – wurde die neue Version nun verabschiedet. Die Politischen Grundsätze ergänzen die deutsche Gesetzesgrundlage im Sinne einer politischen Willenserklärung der Bundesregierung - sind also rechtlich nicht bindend, sollen aber in der Genehmigungspraxis für konkrete Exportgesuche Orientierung geben.<sup>4</sup> Die aktuelle Fassung verweist auf nationale und internationale rüstungsexportrechtliche Neuentwicklungen der letzten zwei Jahrzehnte. Speziell wurde beispielsweise die mögliche Anwendung von Vor-Ort-Kontrollen des Endverbleibs von Rüstungsgütern, so genannte Post-Shipment-Kontrollen, aufgenommen. Diese wurden im Bereich der Klein- und Leichtwaffen in wenigen Einzelfällen bereits durchgeführt, sind aber hinsichtlich des Einsatzes und der Konsequenzen noch zu wenig entwickelt und erprobt, um als wirksames Instrument der Rüstungskontrolle gelten zu können.<sup>5</sup>

Ebenfalls ließ sich die Regierung zu der Aussage hinreißen, den Export von Kleinwaffen in so genannte Drittstaaten "grundsätzlich" nicht mehr genehmigen zu wollen. Zwar handelt es sich hierbei um die bisher am weitesten gehende Formulierung – es bleibt jedoch abzuwarten, inwieweit dieser Plan zukünftig in der Genehmigungspraxis umgesetzt werden wird. Wie bisher bleibt die Hintertür für Ausnahmen nämlich offen. In den letzten zehn Jahren richteten sich deutsche Rüstungsexporte regelmäßig mehrheitlich an Drittstaaten statt an Bündnispartner, obwohl auch die bisherigen *Politischen Grundsätze* den Export von Kriegswaffen in Drittländer schon zur Ausnahme erklärt hatten.<sup>6</sup>

Besonderer Anlass zur Sorge bereitetet allerdings die Tatsache, dass die Bundesregierung in ihrem neuen Grundsatzpapier die gravierendsten Regelungslücken im deutschen Rüstungsexportrecht wieder einmal fast gänzlich unbeachtet lässt und mit der Akzentuierung der europäischen Rüstungskoopera-

tion sogar droht, ein neues Schlupfloch für Rüstungsexporte in Drittstaaten und Krisengebiete zu kreieren.

### Das Schlupfloch "Internationalisierung der Produktion"

**Trotz** der zahlreichen Schwächen des deutschen Rüstungsexportkontrollsystems, die dazu beitragen, dass Deutschland kontinuierlich zu den wichtigsten Waffenexporteuren der Welt gehört, sehen sich deutsche Rüstungsunternehmen durch punktuell wachsende Regulierungen und einen rüstungsexportkritischen Diskurs in der Gesellschaft unter Druck gesetzt. Darauf reagieren viele Firmen mit der Ausweitung oder Verlegung der Produktion auf Rechtsgebiete mit weniger restriktiven Rüstungsexportkontrollen, um sich von deutschen Exportregularien unabhängig zu machen. Dies funktioniert über das Aufkaufen ausländischer Unternehmen und die Gründung von Tochterfirmen oder über die Beteiligung an Gemeinschaftsunternehmen - so genannten Joint Ventures. Prominent für den Bereich der Klein- und Leichtwaffen ist hier das Beispiel der Firma Sig Sauer, die ihre

Produktion zunehmend in die USA verlegt<sup>7</sup> und 2015 sogar

ankündigte, an ihrem deutschen Standort in Eckernförde nur

noch Sportwaffen herstellen zu wollen.8

In besonders großem Stil wird die Strategie der Internationalisierung der Produktion aber von der Rheinmetall AG betrieben: In ihrer Tochterfirma auf dem italienischen Sardinien und in einem Gemeinschaftsunternehmen in Südafrika fertigt sie u. a. Bomben und Munition, zu deren Hauptabnehmern in den letzten Jahren Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate gehörten.9 Dem Export der sardischen Rheinmetall-Bomben an die Jemen-Kriegskoalition hat die italienische Regierung Ende Juli 2019 nun immerhin für 18 Monate einen Riegel vorgeschoben.<sup>10</sup> Aus Südafrika aber fließen die tödlichen Warenströme ungehindert weiter, denn die im Ausland hergestellten Güter sind vom deutschen Exportstopp nach Saudi-Arabien nicht betroffen. <sup>11</sup> Die Produktion von Munition auf deutschem Boden verliert angesichts dieser Entwicklungen im Gegensatz zum Fall von Sig Sauer keinesfalls an Bedeutung. Für Exporte, die aus Deutschland nicht möglich wären, nutzt Rheinmetall aber inzwischen die Tochterfirmen im Ausland.

Insofern ist es positiv zu bewerten, dass die Bundesregierung in den neuen *Politischen Grundsätzen* erklärt, Anträge für Technologieexporte in Drittstaaten künftig stärker prüfen zu wollen, wenn damit ausländische Rüstungsproduktionen aufgebaut werden können. Dies ist auch angesichts der weltweiten Verbreitung von mit deutscher Lizenz im Ausland produzierten Kleinwaffen ein längst überfälliger Schritt, obwohl abzuwarten bleibt, ob die angekündigten Restriktionen in der Genehmigungspraxis tatsächlich umgesetzt werden.<sup>12</sup>

Problematisch bleibt allerdings weiterhin der Bereich des Transfers von Ingenieurwissen, für den nahezu keine rechtlichen Kontrollen bestehen. Genehmigungspflichtig ist nach deutschem Ausfuhrrecht zwar der Export von materiellen Herstellungstechnologien für Rüstungsgüter und entsprechende Komponenten – also der Transfer von Maschinen, Herstellungsunterlagen oder elektronischen Daten ins Ausland –, nicht aber der Export immateriellen Know-Hows – also von Wissen zur Rüstungsproduktion. Eine Meldepflicht für die so

genannte *technische Unterstützung* zur Produktentwicklung oder zum Aufbau eigener Rüstungsproduktionsstätten durch deutsche Ingenieur\_innen im Ausland besteht lediglich für Embargoländer und für den Bereich der ABC-Waffen.

Zwar können komplexe Waffensysteme nicht allein mit *technischer Unterstützung* und ohne den genehmigungspflichtigen Transfer von Herstellungstechnologien im Ausland produziert werden – im Falle weniger komplexer Produkte sind deutsche Rüstungsunternehmen allerdings nicht unbedingt auf Technologie aus Deutschland angewiesen. <sup>13</sup> So nutzt *Rheinmetall* für die Bombenproduktion auf Sardinien beispielsweise US-amerikanische statt deutsche Konstruktionspläne und in Südafrika südafrikanische Produktionsunterlagen. <sup>14</sup>

Gravierende Lücken im deutschen Ausfuhrrecht ermöglichen es Rüstungsfirmen wie *Rheinmetall* also, ganz legal an den deutschen Regelungen vorbei ihre Produkte in die Krisengebiete dieser Welt zu liefern. Medienwirksame Ankündigungen der Bundesregierung wie der Waffenexportstopp nach Saudi-Arabien bleiben daher Lippenbekenntnisse, denn mit dem entsprechenden politischen Willen wäre es einfach, die bestehenden juristischen Schlupflöcher zu stopfen.

### Kontrolloptionen I: Technische Unterstützung

Anders als im deutschen Recht brauchen US-amerikanische Rüstungsingenieur\_innen eine Genehmigung für jede Dienstoder Beratungsleistung, die sie bei Firmen im Ausland leisten möchten. Einfalltor für eine ebensolche Regulierung *technischer Unterstützung* im deutschen Rüstungsexportkontrollsystem wären die genannten rechtlichen Beschränkungen von *technischer Unterstützung* für den Bereich der ABC-Waffen und für Drittstaaten wie den Iran, die einem internationalen Rüstungsembargo unterliegen.

Laut Arnold Wallraff, dem ehemaligen Präsidenten des für die Genehmigung von Rüstungsexporten zuständigen *Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle* (BAFA), wäre eine Gesetzesänderung schnell vorzunehmen: "Man müsste eigentlich relativ simpel, das kann fast mit einem Federstrich geschehen, diese Begrenzungen auf die erwähnten Waffenkategorien, die Technikkategorien und die Embargoländer einfach herausstreichen." Das könne die Bundesregierung sogar ohne die Zustimmung des Deutschen Bundestages tun.<sup>17</sup> Eine andere Variante hat der *Wissenschaftliche Dienst des Bundestages* für verfassungsrechtlich zulässig befunden: eine Ausweitung der Genehmigungspflicht von *technischer Unterstützung* für ABC-Waffen auch auf Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter.<sup>18</sup>

### Kontrolloptionen II: *Joint Ventures* und ausländische Tochterfirmen

Für die Kooperation von deutschen Rüstungsfirmen mit ausländischen Unternehmen oder die Gründung von Tochterfirmen im Ausland zu rüstungswirtschaftlichen Zwekken besteht im deutschen Rüstungsexportrecht bisher kein Genehmigungsvorbehalt. Einer weiteren Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages zufolge wäre die Einführung eines solchen aber ebenfalls verfassungsrechtlich möglich. <sup>19</sup> Die konkrete Ausgestaltung der Beschränkung obläge dem Gesetzgeber. So müsste zum Beispiel festgelegt werden, inwieweit eine Genehmigungspflicht auch bereits bestehende Verträge und Kooperationen betreffen sollte, ohne einen verfassungswidrigen Eingriff in den Schutz des Eigen-

tums darzustellen.<sup>20</sup> Angesichts dessen ist es umso wichtiger, möglichst schnell eine gesetzliche Regulierung festzulegen, da die Strategie der Internationalisierung unter deutschen Rüstungsfirmen zunehmend virulent wird und eine faktische Eingrenzung des Phänomens mit fortschreitender Zeit immer schwieriger wird.

Um das zu erreichen, bedürfte es der Kombination aus beidem – einem Genehmigungsvorbehalt für technische Unterstützung und einem für die Kooperation mit Gemeinschaftsunternehmen oder Tochterfirmen im Ausland. Eine solche Rechtsverschärfung wäre zumindest ein erster Schritt. Inwieweit diese dann in der Praxis in Form echter Restriktionen umgesetzt würde, müsste sich zeigen. Denn spätestens seit dem umfangreichen Strafprozess gegen die Waffenfirma Heckler & Koch wegen illegaler Lieferungen nach Mexiko ist es kein Geheimnis mehr, dass die deutschen Genehmigungsbehörden Rüstungsexporten gegenüber in hohem Maße wohlwollend eingestellt sind. So erklärte der zuständige Referatsleiter des Wirtschaftsministeriums während seiner Befragung, seine Behörde heiße schließlich "Ministerium für Wirtschaft" und habe dementsprechend ein Interesse daran, dass renommierte deutsche Waffenhersteller wirtschaftlich überleben können.<sup>21</sup> Auch in diesem Punkt müsste die Bundesregierung endlich aktiv werden, um echte Fortschritte bei der Begrenzung von deutschen Rüstungsexporten in Krisen- und Konfliktgebiete zu erzielen.

### Zukunftsproblem: Europäisierung der Rüstungsindustrie

Neue Schlupflöcher in der vermeintlich restriktiven deutschen Rüstungsexportkontrolle bahnen sich indes durch die geplante Europäisierung der Rüstungsindustrie an. Die angestrebte Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich impliziert aus Effizienzüberlegungen nämlich auch die gemeinsame Entwicklung, Produktion und den Export von Rüstungsgütern. Beides – die gemeinsame Verteidigungspolitik und die europäische Rüstungskooperation - ist von der deutschen Regierung politisch gewollt. Den europäischen Partnern aber, v. a. Frankreich und Großbritannien, ist die restriktive Haltung Deutschlands in Rüstungsexportfragen schon lange ein Dorn im Auge. Für sie ist der Export der gemeinsam entwickelten Kampfflugzeuge, Panzer oder Drohnen auch in Drittstaaten nämlich selbstverständlich. Das deutsche Veto für die Ausfuhr von milliardenschweren Gemeinschaftsprodukten – beispielsweise aufgrund des Rüstungsexportstopps nach Saudi-Arabien – sorgt daher für außenpolitische Verstimmungen.<sup>22</sup> Gleichzeitig droht die Rüstungsindustrie mit der Einführung von "German-free-products", wenn die Bundesregierung ihre Regelungen für die europäische Rüstungszusammenarbeit nicht lockere.23

Die deutsche Regierung zeigt sich derweil offen dafür, ihre Rüstungsexportrestriktionen für den europäischen Multilateralismus zu opfern. So plädierte Angela Merkel auf der diesjährigen *Münchner Sicherheitskonferenz* für eine "gemeinsame Kultur der Rüstungsexporte" und sah Deutschland in der Pflicht, sich auf die europäischen Partner zuzubewegen, um gemeinsame Rüstungsexportrichtlinien zu entwickeln.<sup>24</sup>

Erste Schritte dieser fundamentalen Kehrtwende im deutschen Rüstungsexportrecht wurden bereits eingeleitet. So verweisen die neuen *Politischen Grundsätze* auf die mögliche Anwendung so genannter *de-minimis*-Regelungen, nach denen Deutschland Einwände gegen den Export von mit deutschen Bauteilen gefertigten Kriegswaffen oder Rüstungsgütern nur

dann geltend machen kann, wenn der Anteil der deutschen Teile einen bestimmten Wert oder Prozentsatz übersteigt. Wie hoch dieser Anteil sein soll, wird in den neuen Richtlinien nicht konkretisiert – diskutiert wurde zunächst eine Spannbreite zwischen 3,5 Prozent und bis zu 30 Prozent.<sup>25</sup> Mitte September 2019 berichtete La Tribune, Deutschland und Frankreich seihen im Begriff, sich auf einen de-minimis-Satz von 20 Prozent zu verständigen.<sup>26</sup>

Gemeinsamen europäischen Rüstungsproduktionen wird somit eine Sonderrolle eingeräumt. Für Max Mutschler vom Internationalen Konversionszentrum Bonn (BICC) und Simone Wisotzki von der Hessischen Stiftung für Friedensund Konfliktforschung (HSFK) liegt darin die Gefahr einer de-facto-Aushebelung der deutschen Rüstungsexportkontrolle durch europäische Rüstungskooperation.<sup>27</sup> Die Europäisierung der Rüstungsindustrie wird dabei zum Feigenblatt, hinter dem deutsche Verantwortlichkeiten für Rüstungsexporte in kritische Drittstaaten verschwinden, und sich die mantraartig betonte restriktive deutsche Rüstungsexportpolitik endgültig zur leeren Worthülse entwickelt.

Letztendlich ist und bleibt das deutsche Rüstungsexportrecht ein Flickenteppich, der durch die neuen Politischen Grundsätze hier und dort ausgebessert wird, während die größten Löcher, die es deutschen Rüstungsunternehmen ermöglichen, die globalen Krisen zu befeuern, bestehen bleiben und neue Brandlöcher diese Möglichkeit sogar noch erweitern. Abhilfe müsste dem durch die Einführung eines seit langem geforderten umfangreichen und konkreten deutschen Rüstungsexportkontrollgesetzes<sup>28</sup> und durch eine tatsächliche Stärkung der Rüstungsexportkontrolle auf europäischer Ebene geschaffen werden.

#### Anmerkungen

- Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Wahlperiode, 12.03.2018, S. 15.
- Ebd. S. 149.
- Vgl.tagesschau, 20 Uhr, 18.09.2019.
- Vgl. Mutschler, Max/Wisotzki, Simone: Kommentar Sind die überarbeiteten Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern tatsächlich "restriktiver"?, BICC, 4.07.2019.

- Vgl. ebd.
- Vgl. Flocken, Andreas: Streitkräfte und Strategien, NDR info,
- siehe dazu Pérez Ricart, Carlos A./Ramhorst, Lotta: Deutsche Waffen made in USA – Die strategische Produktionsverlagerung von Klein- und Leichtwaffen in die USA, Ausdruck Dezember
- Vgl. Kühl, Gernot: Sig Sauer schrumpft weiter: 73 Mitarbeiter müssen gehen, Eckenförder Zeitung, 25.02.2015.
- GKKE: Rüstungsexportbericht 2018 der GKKE, Januar 2019, S.
- 10 Vgl. Nassauer, Otfried: Italien stoppt Bombenlieferungen für Krieg im Jemen, bits.de, 31.07.2019.
- 11 Vgl. Report München, 04.12.2018.
- 12 Vgl. Mutschler, Max/Wisotzki, Simone: Kommentar Sind die überarbeiteten Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern tatsächlich "restriktiver"?, BICC, 04.07.2019.
- 13 Vgl. Nassauer, Otfried: Technische Unterstützung Stellungnahme für eine Anhörung des Unterausschusses für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung im Deutschen Bundestag am 30.01.19.
- Vgl. Bayrischer Rundfunk: Interview report-Autor Philipp Grüll über die Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien, 04.12.2018.
- 15 Report München, 04.12.2018.
- 16 Vgl. Nassauer, Stellungnahme Bundestag a.a.O.
- 17 Report München, 04.12.2018.
- 18 Vgl. Deutscher Bundestag/Wissenschaftliche Dienste: Zu einer künftigen Genehmigungspflicht für technische Unterstützung im Zusammenhang mit Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern (WD – 3000 – 155/17), Berlin 2017.
- 19 Deutscher Bundestag/Wissenschaftliche Dienste a.a.O.
- 20 Vgl. ebd.: S. 4.
- 21 van Aken, Jan: Der Heckler & Koch-Prozess: Eine Zusammenfassung, rosalux.de, Februar 2019.
- Vgl. Flocken, Andreas: Streitkräfte und Strategien, NDR info, 30.06.2019.
- 23 Vgl. spiegel-online: Airbus will Rüstungsgüter "german-free" machen, 29.03.2019.
- 24 Vgl. Brösser, Daniel/Krüger, Paul-Anton: Merkel will Rüstungsexporte erleichtern, süddeutsche.de, 17.02.2019.
- 25 Vgl. Mutschler, Max/Wisotzki a.a.O., S. 2.
- Cabirol, Michel: Exportations d'armes : accord entre la France et l'Allemagne mais..., La Tribune, 17.09.2019.
- Vgl Mutschler, Max/Wisotzki a.a.O., S. 2.
- 28 Vgl. ebd.

### Blockiert! Pressemitteilung von Rheinmetall Entwaffnen (Auszüge)

Ein gelungener Dreiklang aus Austausch, Blockade-Aktionen und Demonstration - das "Rheinmetall Entwaffnen" Bündnis blickt auf eine ereignisreiche Woche zurück

Vom 1. bis 8. September fand am Produktionsstandort des Waffenherstellers Rheinmetall das "Rheinmetall Entwaffnen" Camp statt, an dem sich über 300 Menschen beteiligten. [...]

Ab dem 5.9. gab es über 29 Stunden verschiedene Blockadeaktionen, mit denen die Zufahrten zu Rheinmetall versperrt und die Produktion der tödlichen Waren massiv gestört wurde. Große Sitzblockaden, Ankett- und Kletteraktionen machten die Straßen dicht und wurden von Barrikaden auf Waldwegen ergänzt. "Wir sehen uns gezwungen

direkt einzugreifen, weil Appelle an die "Wir gehen gestärkt aus dem Camp und Regierung nichts verändert haben und morden – beispielsweise in Syrien oder im Jemen", so Behrens.

Auch die Demonstration am 7.9. mit über 600 Teilnehmenden war ein starker gemeinsamer Ausdruck gegen eine Politik, durch die Firmen wie Rheinmetall Profite am weltweiten Morden machen.

Dem wachsenden Bündnis "Rheinmetall Entwaffnen" ist eine Kooperation mit anderen, die für eine Welt ohne Krieg und Ausbeutung kämpfen wichtig. "Es gab sogar internationale Beteiligung. Auf dem Camp waren Menschen aus Sardinien, Kurdistan, Südafrika und Schweden." teilte Becker mit. [...]

Die Teilnehmenden sind sich einig:

werden Proteste gegen Waffen, Krieg Waffen aus Deutschland weiter weltweit und Militär fortsetzen. Spätestens zur nächsten Hauptversammlung von Rheinmetall werden wir uns wiedersehen." so die Pressesprecherin Ulli Becker.



Quelle: Rheinmetall Entwaffnen

### Verbot von Killerrobotern Blockade der USA und Russlands

von Marius Pletsch

Seit 2014 wird im Rahmen der Konvention über bestimmte konventionelle Waffen (engl. Convention on certain conventional weapons, kurz CCW) über Killer Roboter gesprochen. Offiziell heißen die Kriegsgeräte hier "tödliche autonome Waffensysteme" (lethal autonomous weapons systems, kurz LAWS). 2016 wurde eine Gruppe von RegierungsexpertInnen (engl. Group of Governmental Experts, kurz GGE) ins Leben gerufen, die seit 2017 (mehrmals) jährlich tagt. In diesem Text soll zunächst erläutert werden, was die CCW ist und ein kurzer Überblick über den bisherigen Verlauf der Gespräche über autonome Waffen gegeben werden. Dann wird genauer auf die jüngste Sitzung eingegangen, die im August in Genf stattfand, bei der der Autor als Campaigner der DFG-VK für die Kampagne gegen Killer Roboter dabei sein durfte. Abschließend wird sich noch speziell mit der ambivalenten deutschen Position auseinandergesetzt.

#### Die CCW und Killer Roboter

Die CCW hat derzeit 125 hohe Vertragsstaaten (engl. High Contracting Parties, HCP), welche die Konvention ratifiziert haben; vier Staaten haben die Konvention unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert. Bei der Konvention geht es - wie der Name schon sagt – nicht um Massenvernichtungswaffen, also atomare, biologische oder chemische Waffen, sondern um konventionelle Waffen, die "übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedlos wirken können", wie es weiter im Titel der Konvention heißt, die 1980 bei den Vereinten Nationen in Genf beschlossen wurde. Staaten, die zwei Zusatzprotokolle unterzeichnet haben, gelten als Unterzeichner. Mit dem Inkrafttreten der Konvention im Jahr 1983 waren auch schon drei Zusatzprotokolle verhandelt. Verboten, bzw. reguliert wurde 1) der Einsatz von zu Verletzungen führenden Fragmenten, die nicht unter Röntgenstrahlung detektierbar sind, 2) der Einsatz von Minen, Sprengfallen und ähnlichen Waffen und 3) der Einsatz von Brandwaffen, insb. von Projektilen, die dazu dienen sollen, Menschen schwere Verbrennungen zuzuführen.

Zwei weitere Protokolle sind seitdem hinzugekommen: das vierte, welches den Einsatz von Lasern zum Zwecke des dauerhaften Erblindens von Personen verbot (1995) – dieses Zusatzprotokoll gilt als Erfolg und wird von manchen als Vorbild für ein Verbot von Killer Robotern gesehen – und das fünfte zur Verpflichtung aller kriegsteilnehmenden Parteien, bei der Beseitigung von explosiven Kriegsrückständen mitzuwirken (2003). Lange wurde über ein weiteres, sechstes Zusatzprotokoll verhandelt, wodurch Streumunition geächtet werden sollte. Dieses kam wegen großen Widerstandes der führenden Militärmächte jedoch nie zustande.

Die Erfolge der Konvention sind – vorsichtig ausgedrückt – überschaubar. Das zweite Zusatzprotokoll über Minen war viel zu eng gefasst und hatte kaum einen Effekt auf die Staatenpraxis. Es wurde 1996 ergänzt, doch auch diese Überarbeitung ging vielen Staaten, insbesondere bei den Anti-Personenminen, nicht weit genug. Es fanden sich Staaten, die einen Prozess

außerhalb der UN anstrengten, so kam es zur Ottawa Konvention, wo derzeit 164 Staaten Vertragsparteien sind. Teilnehmende Staaten verpflichteten sich zum Verbot der Nutzung, Lagerung, Herstellung und des Transfers von Anti-Personenminen. Hier gingen einige

Staaten, darunter Kanada, Belgien und Deutschland voran und bemühten sich um eine breite Unterstützung. Dieses Vorgehen blieb kein Einzelfall. Als innerhalb der CCW sich die Staaten nicht auf das oben angesprochene sechste Zusatzprotokoll über Streumunition einigen konnten, wurde wieder ein externes Verfahren gewählt. Dieses Mal war Norwegen der "Champion", der sich um das Zustandekommen bemühte, so wurde 2007 der sogenannte Oslo-Prozess gestartet. 2008 war der Text fertig und zur Unterschrift bereit, 2010 trat die Konvention über Streumunition in Kraft. Mit der Zeit unterzeichneten 108 Staaten die Konvention, 106 haben sie ratifiziert.

Doch eine Ächtung im Rahmen der CCW anzustrengen hat Vor- wie Nachteile. In der CCW wird, wie es in der jüngsten Sitzung der GGE ein Mitglied der Delegation aus Österreich ausdrückte, versucht ein "Zelt" aufzubauen. Doch die Konsensregelung macht dieses Unterfangen schwierig. Hier werden zwar Normen produziert, denen sich, wenn sich auf einen Protokolltext geeinigt werden kann, viele Staaten anschließen, und je nach Staatenpraxis dadurch diese Normen in das Völkergewohnheitsrecht übergehen können, also nicht länger nur für die Vertragsparteien gültig ist. Aber das ist ein langer Weg und bislang kann man dies höchstens über das zweite Zusatzprotokoll von 1980 sagen, welches wie schon angesprochen vielen Staaten zu schwach war.1

Der Vorteil ist, dass hier die ExpertInnen der Regierungen zusammenkommen und dies ein Forum ist, bei dem Probleme mit spezifischen Waffensystemen eine größere Bekanntheit erlangen, was dazu führen kann, dass sich mehr Staaten finden, die eine Regulierung oder gar eine Ächtung befürworten – im Zweifel auch außerhalb der CCW. Somit kann die CCW als Inkubator dienen.

Wie bereits eingangs erwähnt, wird seit 2014 innerhalb des hier beschriebenen Rahmens auch über autonome Waffensysteme gesprochen. Zuerst wurden ExpertInnen angehört, ab 2017 ging es dann in den Gesprächen der GGE weiter. Ein Verhandlungsmandat fehlt und momentan auch die Aussicht, dass sich die Staaten darauf werden einigen können.

Dabei drängt die Zeit. Autonome Waffensysteme sind alles andere als Science-Fiction. Autonome Funktionen lassen sich bereits heute in vielen Waffensystemen finden. Eine Studie des schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI bezifferte die Zahl der Systeme, die über autonome Funktionen verfügen, auf 381 Systeme, wobei hier sogar Munitions- bzw. Trägersysteme wie Marschflugkörper gar nicht mit aufgenommen wurden.<sup>2</sup> Dabei wurde sich bislang weder in der Staatengemeinschaft noch in der Wissenschaft auf eine gängige Definition geeinigt. Deshalb versuchte man sich in den letzten Jahren der Problematik eher durch das Konzept der menschlichen Kontrolle über Waffensysteme zu nähern. Besonders groß ist die Sorge, dass die bedeutsame menschliche Kontrolle über die sogenannten kritischen Funktionen von Waffensystemen bei dem Einsatz von z.B. Algorithmen oder "künstlicher Intelligenz" nicht länger gewährleistet werden kann. Es ist infrage zu stellen, ob solche Waffensysteme überhaupt völkerrechtskonform eingesetzt werden können, da nicht absehbar ist, dass die Systeme im Kampfgeschehen Grundprinzipien des humanitären Völkerrechts, wie die Unterscheidung von KombattantInnen und ZivilistInnen oder die Verhältnismäßigkeit eines Angriffes, einhalten können. Neben dem völkerrechtlichen Argument gibt es noch ethische Bedenken. Ist es z.B. mit der Menschenwürde vereinbar, dass ein Mensch auf Datenpunkte reduziert wird, die dann in der Black Box der autonomen Waffe, die Waffenauslösung und damit den Tod dieses Menschen zur Folge hat? Des Weiteren werden auch Sorgen geäußert, solche Waffensysteme könnten sich negativ auf die Stabilität des internationalen Systems auswirken, da es zu Rüstungswettläufen kommen könnte und das Risiko der Proliferation – auch an nicht-staatliche Akteure – hoch ist.

### Die Gespräche im August – Kein Schritt in Richtung Verbot von Killer Robotern

Zum ersten Mal war im August auch die DFG-VK bei der CCW vertreten, um die Gespräche zu verfolgen, zu begleiten und um gemeinsam mit der Kampagne gegen Killer Roboter daran zu arbeiten, die Entwicklung, Produktion und den Einsatz von Waffensystemen, die ohne menschliches Zutun Ziele auswählen und angreifen würden, zu verhindern. Dieses Jahr war die Zahl der Tage, an denen sich getroffen wurde, auf sieben reduziert. Darauf hatte die russische Delegation letztes Jahr gedrängt. Um die Arbeit überhaupt in dieser knappen Zeit zu bewältigen, traf man sich nicht nur zu dem formellen Treffen Ende März, sondern auch zu mehreren informellen Gesprächen. Der Nachteil von informellen Treffen ist, dass keine DolmetscherInnen übersetzen können, wodurch Nachteile für nicht-englischsprachige Staaten entstehen können und außerdem für kleinere Staaten der personelle wie finanzielle Aufwand, an den sogenannten "Informals" teilnehmen zu können, groß ist. Bei dem Treffen, an dem die DFG-VK nun teilnahm, ging es um den diesjährigen Abschlussbericht des Vorsitzenden Ljupčo Jivan Gjorgjinski und dessen Annahme. Im November werden die hohen Vertragsparteien (HCP) über das Dokument endgültig entscheiden. Worum es also ging, war sehr detaillierte Textarbeit, bei der viel um Wörter und Zeichensetzung gesprochen und gestritten wurde, um zu einem Textentwurf zu kommen, der für alle Beteiligten akzeptabel ist – doch das schien streckenweise kaum erreichbar. Letztlich einigte man sich, doch während der Gespräche kam es zu einer Verwässerung des Textes und wichtige Stellen, die in Richtung einer Empfehlung für ein Verhandlungsmandat hätten weisen können, wurden abgeschwächt oder gar gestrichen.

Formulierungen, die explizit auf eine (bedeutsame) menschliche Kontrolle für Waffensysteme verwiesen, wurden auf Bestreben der Vereinigen Staaten entfernt, die klar signalisiert haben, dass wenn dieser Begriff so im Dokument auftauche, der Bericht nicht die Unterstützung der USA finden würde. Russland versuchte weiter, die Zahl der Tage, an denen man die nächsten zwei Jahre sprechen möchte, so gering wie möglich zu halten. Zeitweise sollte sogar in den Text aufgenommen werden, dass eine Partei (Russland) zwanzig Tage für die nächsten zwei Jahre vorschlägt und andere 25 bzw. 30, wobei die 25 schon ein Kompromissvorschlag war, die überwiegende Mehrzahl der Delegationen favorisierten die 30 Tage. Nun steht die mögliche Anzahl an Tagen in eckigen Klammern, darüber müssen also die HCPs entscheiden. Ein klares Tief der russischen Delegation war die Aussage, dass Autonomie kein zentrales Merkmal von autonomen Waffensystemen sei.

Ein weiterer Streitpunkt – der auch bis zur Sitzung der HCP im November offen bleibt – ist der über ein mögliches Ergebnis, bzw. den Vorschlag, den die Gruppe der RegierungsexpertInnen den HCPs vorlegen wird. Denn entscheiden kann die Gruppe nicht, dafür müsste zunächst ein Verhandlungsmandat über ein mögliches weiteres Zusatzprotokoll zu der CCW erteilt werden, vielmehr könnte sie nur eine Empfehlung aussprechen. Immerhin findet sich noch im Berichtsteil ein Verweis auf ein völkerrechtlich verbindliches Instrument. Doch in den Empfehlungen ist die Rede davon, den weiteren Input von ExpertInnen aus den Bereichen Recht, Technologie und Militär als Basis für die Klarstellung und Erwägung von Aspekten eines normativen und operationalen Rahmens für tödliche Autonome Waffensysteme zu nutzen.3 Bei dem Versuch, ein "Zelt" zu bauen, unter dem jeder Platz hat und sich wiederfinden kann, wurde der Raum so groß, dass sich die internationale Staatengemeinschaft hier verliert.

### Die Position Deutschlands: in der Öffentlichkeit hui, in den Gesprächen pfui?

Im Koalitionsvertrag von 2013, den CDU, CSU und SPD geschlossen haben, hieß es recht klar: "Deutschland wird für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge in internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime eintreten und sich für eine völkerrechtliche Ächtung vollautomatisierter Waffensysteme einsetzen, die dem Menschen die Entscheidung über den Waffeneinsatz entziehen."<sup>4</sup>



Prototyp von Boston Dynamics "Atlas" im Jahr 2013. Er soll für das US-Verteidigungsministerium Fahrzeuge steuern und in gefährlichen Umgebungen arbeiten. Quelle: DARPA/Wikipedia

Im Koalitionsvertrag 2018, auch zwischen CDU, CSU und SPD geschlossen, stand dann geschrieben: "Autonome Waffensysteme, die der Verfügung des Menschen entzogen sind, lehnen wir ab. Wir wollen sie weltweit ächten."<sup>5</sup>

Auch auf dem internationalen Parkett klingen die Worte vielversprechend. 2018 trat Bundesaußenminister Heiko Maas vor die Generalversammlung der Vereinten Nationen und sagte: "Unsere Regelwerke müssen Schritt halten mit den technologischen Entwicklungen. Was wie Science Fiction klingt, könnte sonst sehr bald tödliche Realität werden: Autonome Waffensysteme - Killer-Roboter - die völlig außerhalb menschlicher Kontrolle töten. Ich möchte Sie bitten: Unterstützen Sie hier in New York und in Genf unsere Initiative für eine Ächtung vollautonomer Waffen, bevor es zu spät ist!"6 Der "Witz": Zu der Zeit wollte man in Genf lieber eine nicht-bindende politische Erklärung in Kooperation mit Frankreich anstrengen, statt eines völkerrechtlich verbindlichen Instruments. Die Idee der politischen Erklärung scheint nun aber nicht mehr mit Nachdruck verfolgt zu werden, was eine gute Entwicklung wäre. Das heißt nicht, dass die Bundesregierung jetzt für ein solches Instrument die Stimme in Genf erhebt.

VertreterInnen der Bundeswehr äußern sich auch gelegentlich zu dem Thema: In einem Interview mit Bilanz sagte Brigadegeneral Gerald Funke: "Grundsätzlich muss unterschieden werden zwischen heute bereits vorhandenen automatisierten Systemen und noch nicht existenten autonomen Systemen, die auf dem Einsatz von KI-Systemen basieren. Die Bundesregierung setzt sich aktiv für die Ächtung letaler autonomer Waffensysteme ein, die dem Menschen die Entscheidungsgewalt über Leben und Tod entziehen. Die Bundeswehr verfügt über Waffensysteme, die entweder ferngesteuert betrieben oder im Sinne des Folgens vorprogrammierter Algorithmen automatisiert sind, eine vorhersehbare Wirkung erzielen und damit nicht eigenständig Entscheidungen über Leben und Tod treffen. Die Bundeswehr verfügt über keine autonomen Waffensysteme und plant auch nicht deren Einführung."

Warum also setzt sich die Bundesregierung bei den CCW nicht klar für ein Verbot ein? EIn Grund für die ambivalente Position Deutschlands könnte unter anderem hier liegen: Die Aussagen sind vergleichbar mit einer in Genf vorgelegten hochproblematischen Definition von autonomen Waffensystemen, die auch noch im Widerspruch zu der Position aus dem Koalitionsvertrag von 2013 steht: 2013 wurden noch "vollautomatisierte" Systeme problematisiert; in der Definition wird versucht, automatisierte Systeme (= ok) von autonomen Systemen (= schlecht) abzugrenzen. In dieser Definition wird ein System erst dann als autonom bezeichnet, wenn es z.B. eine sich verändernde Situation evaluieren und darauf reagieren kann (ohne auf eine Reihe von vorgegebenen Zielen zurückgreifen zu müssen), schlussfolgern und den bestgeeigneten Ansatz zur Realisierung des Ziels auswählen kann (reason and decide). Zudem werden noch hochkomplexe Konzepte wie die Lernfähigkeit und Selbstwahrnehmung bzw. -bewusstsein (je nach Übersetzung des Begriffs self-awareness) angesprochen. Damit wird das Problem nur eben auch deutlich weniger dringlich, da Systeme, die über solche Eigenschaften verfügen, noch in weiter Ferne liegen. Praktischerweise erklärt man mit einer solchen Definition auch Systeme, die man gemeinsam mit den europäischen Verbündeten entwickeln möchte, wie das nächste europäische Kampfflugzeug oder den nächsten Kampfpanzer – die beide mit unbemannten Subsystemen ins Feld geschickt werden sollen – für unbedenklich. In der Öffentlichkeit stellt sich die Bundesregierung und insbesondere der Außenminister

gern an die Spitze der Bewegung. Gleichzeitig wird in Genf auf die Bremse getreten und die wenigen substantiellen Beiträge, die nicht darauf abzielen einen (schwachen) Konsens zu finden, sind dann solche, die die möglichen positiven Aspekte der Entwicklungen in den Fokus stellen. Deutschland sprach sich so dafür aus, eine Passage, die von Techno-Optimismus nur so trieft, mit im Bericht zu behalten.

Nach den Gesprächen freute sich die deutsche Seite über das Ergebnis. Susanne Baumann, die Abrüstungsbeauftragte im Auswärtigen Amt, schrieb auf dem Kurznachrichtendienst Twitter: "Deutschland heißt das starke Ergebnis der Gespräche in Genf über tödliche autonome Waffensysteme willkommen. Lasst uns nun die Kräfte bündeln bei der Arbeit hin zu einem umfassenden normativen Rahmen."<sup>8</sup> Der Begriff des "normativen Rahmens" ist eine Leerformel, da Alles und Nichts darunter zu verstehen ist. Und angesichts der zurückhaltenden Wortmeldungen in Genf ist es eher das Nichts, was die Bundesregierung verfolgt.

Mit dem Dokument, auf das sich geeinigt wurde, scheint das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel im Rahmen der CCW jedoch in weite Ferne zu rücken, so dass die Frage gestellt werden kann, worüber sich hier gerade in den Pressemeldungen und auf den Sozialen Netzwerken gefreut wird. Entweder man möchte das Ziel, welches im Koalitionsvertrag formuliert wurde, erreichen. Dann muss man aber zur Kenntnis nehmen, dass man bei der CCW durch die Blockade vor allem von den USA und Russland nicht zu dem gewünschten Ziel innerhalb des Rahmens wird kommen können. Oder aber man meint es schlicht nicht ernst mit den selbst gesteckten Zielen und freut sich darüber, weiter ungezwungen reden zu können, ohne aber sich klar positionieren und handeln zu müssen. Dabei hat Deutschland das Potenzial, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen und die Gespräche in Genf hinter sich zu lassen und mit Partnerstaaten zu einem völkerrechtlich bindenden Instrument zu kommen. Ziele formuliert und gesprochen hat die Bundesregierung darüber zumindest lang genug.

#### Anmerkungen

- Boothby, William H. (2015): Weapons, Prohibited, in: Max Planck Encyclopedia of Public International Law [MPEPIL].
- 2 Boulanin, Vincent/Verbruggen, Maaike (SIPRI, 2017): Mapping the Development of Autonomy in Weapon Systems, S. 20.
- 3 Siehe den nun angenommen Bericht: CCW/GGE.1/2019/CRP.1/Rev.2.
- 4 Bundesregierung (2013): Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, SCU und SPD, 18. Legislaturperiode. S. 178.
- 5 Bundesregierung (2018): Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 14.3.2018, S. 149.
- 6 Maas, Heiko (Auswärtiges-Amt.de, 28.09.2018): "Together First!": Rede von Außenminister Heiko Maas in der Generaldebatte der 73. Generalversammlung der Vereinten Nationen.
- Buck, Christian (Welt.de, 29.7.2019): "Keine autonomen Waffen"
- 8 Baumann, Susanne (Twitter.com, @GERMANYonUN, 22.8.2019)

### Irak

## Zwei Jahre nach dem Sieg über den "Islamischen Staat"

von Joachim Guilliard

Der Irak wird zwar nach wie vor von täglichen Anschlägen erschüttert, die Sicherheitslage im Land hat sich in den letzten Jahren aber, relativ gesehen, deutlich verbessert. Doch auch zwei Jahre nachdem mit Mossul die letzte Hochburg des "Islamischen Staates" (arab. Daesch) zurückerobert worden war, liegen die dabei verwüsteten Städte immer noch weitgehend in Trümmern. Von einem Wiederaufbau ist wenig zu sehen. Stattdessen schürt das Vorgehen von Regierungskräften und schiitischen Milizen erneut Hass gegen die Zentralregierung und schafft die Voraussetzungen für das aktuelle Wiedererstarken der Dschihadisten.

Ungeachtet eines Regierungswechsels im Oktober 2018 leiden die Iraker weiterhin unter dem Versagen des Staates grundlegende Dienstleistungen sicherzustellen, insbesondere die Versorgung mit Wasser und Strom. Die Proteste dagegen, sowie gegen die allgegenwärtige Korruption und Vetternwirtschaft, nehmen alljährlich im Süden Züge lokaler Aufstände an. Der von der US-Regierung neu entfachte Wirtschaftskrieg, verbunden mit unverhüllten Kriegsdrohungen, droht die Versorgungslage noch weiter zu verschlechtern und innerirakische Konflikte zwischen pro-iranischen und iran-feindlichen Kräften anzuheizen.

### Rückkehr in Trümmer: die Situation in Mossul und anderen rückeroberten Städten

Im Juli 2017 hatte Iraks Premierminister die Befreiung Mossuls verkündet, wenige Wochen später den Sieg über den "Islamischen Staat". Doch auch zwei Jahre danach liegen der Großteil des Westens und der Altstadt, die das Herz der altehrwürdigen Metropole bildete, immer noch in Trümmern und unzählige Tote darunter begraben. Im Bestreben eigene Verluste zu minimieren und möglichst viele ausländische Kämpfer des Daesch vor Ort zu liquidieren, waren die Viertel westlich des Tigris, in denen zu Beginn noch rund eine Million Menschen eingeschlossen waren, dem Erdboden nahezu gleichgemacht worden. Nach einer am 15. Mai 2018 in der Fachzeitschrift PLOS Medicine erschienenen repräsentativen Studie über Todesfälle und -ursachen in Mossul wurden dabei wahrscheinlich ca. 90.000 Menschen getötet, 33.000 davon Frauen und Mädchen, die meisten durch Luftangriffe.<sup>1</sup>

"Es ist unmöglich, nicht von dem überwältigt zu sein, was man sieht, wenn man auf dem Dach des DDG-Büros in Mosul steht", berichtete im Februar des Jahres Lene Rasmussen von der Dänischen Deminig Group (DDG). "Die Hälfte dieser weitläufigen Stadt ist buchstäblich dem Erdboden gleichgemacht."

Rund 130.000 Häuser wurden zerstört, Wohnraum von schätzungsweise einer Million Menschen. Die UNO rechnet damit, dass acht Millionen Tonnen Schutt beseitigt werden müssen, bevor mit dem Wiederaufbau begonnen werden kann. Aufgrund der damit verbundenen Gefahren kann die Arbeit mit den derzeit verfügbaren Geräten und Ressourcen bis zu 10 Jahre dauern.<sup>2</sup>

Der größte Teil der rund 1,3 Millionen Menschen, die aus

Mossul flohen, ist zwar mittlerweile zurückgekehrt, die meisten in den weniger zerstörten Osten der Stadt. Über 350.000 sehen aber, einem aktuellen Bericht der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zufolge, der die Auswirkungen der Bombardierung

durch die US-geführte Allianz dokumentiert, dazu noch keine Möglichkeit. Der Osten Mossuls ist überfüllt und teuer und der Westen in weiten Teilen unbewohnbar, da es dort auch in den weniger zerstörten Vierteln an Wasser und Strom mangelt und fehlende sanitäre Einrichtungen zur Ausbreitung von Krankheiten führen. "Darüber hinaus", so der Bericht weiter, "untergraben Berichte über Belästigungen und Gewalt gegen Zivilisten durch staatliche und nichtstaatliche Akteure die Bemühungen um Aufbau von Vertrauen in staatliche Institutionen und Behörden".³ Wie auch andere Beobachter berichten, gehören Übergriffe schiitischer Milizen, die weite Teile Stadt beherrschen, auf Sunniten zum Alltag.4

### "Ein Drittel des Landes physisch und sozial pulverisiert"

Nicht nur Mossul ist schwer gezeichnet. "Heute, mehr als vier Jahre nach der Eroberung von Mosul durch die schwarzgekleideten Männer, bleibt ein Drittel des Landes physisch und sozial pulverisiert", schreibt Aziz Ahmad, Assistent des Vorsitzenden des Sicherheitsrates der Autonomen Region Kurdistan (ARK), deren Milizen sich am Krieg gegen den Daesch beteiligte hatten, im US-Magazin The New York Review of Books. "Über das gesamte Territorium, das vom Islamischen Staat zurückerobert wurde, erstreckt sich ein Flickenteppich verschiedener sektiererischer Milizen, die sich nun ihre Pfründe sichern wollen."

Auch 80 Prozent von Ramadi, der Hauptstadt des Gouvernements Anbar, die einst rund 600.000 Einwohner hatte, sind nach Angaben des Umweltprogramms der Vereinten Nationen zweieinhalb Jahre nach der Rückeroberung noch zerstört. Auch hier sind die Trümmer für Zehntausende von Vertriebenen das Haupthindernis für ihre Rückkehr. Erst drei von rund sieben Millionen Tonnen Trümmerschutt konnten hier mit Hilfe des UN-Entwicklungsprogramms beseitigt werden. Wie in Mossul werden die Arbeiten dabei durch die hohe Zahl von Blindgängern und Sprengfallen massiv erschwert. Kaum besser sieht es in den anderen stark verwüsteten Städten in Anbar aus, wie Falludscha, wo ein Drittel der Bevölkerung noch vertrieben ist, Haditha, Hit oder Al-Qa'im.

Zweiundzwanzig Krankenhäuser in Ninive, Salah ad-Din und Anbar wurden zerstört, über 100 schwer beschädigt, Einrichtungen die zuvor ein Drittel der Bevölkerung in den betroffenen Gouvernements versorgt hatten.

### Wiederaufbau verschleppt

Auf Hilfe aus Bagdad warteten die verbliebenen Bewohner und Rückkehrwilligen vergeblich. Die Wiederaufbaukosten für Anbar, in der sich die Armutsrate seit 2014 auf 40 Prozent verdoppelt hat, werden auf mindestens 5 Milliarden US-Dollar geschätzt. Im irakischen Haushalt für 2019 mit einem Gesamtvolumen von 112 Mrd. Dollar sind nur 116 Millionen dafür eingeplant.<sup>6</sup> Ninive, dessen Hauptstadt Mossul ist, soll 120



Mossul nach der "Rückeroberung" im November 2016. Quelle: Mstyslav Chernov / Wikipedia

Millionen erhalten. Damit wird dem Großraum Mossul, in dem ein Zehntel der irakischen Bevölkerung ansässig ist, nur ein Prozent des ohnehin nicht üppigen Etats für die Provinzen zur Verfügung gestellt.<sup>7</sup>

Wieviel tatsächlich in den Wiederaufbau fließen wird, bleibt zudem abzuwarten. Wie im Juli bekannt wurde, hatte der im Frühjahr abgesetzte und nun flüchtige Ex-Gouverneur von Ninive, Nawfel Akub, 10 Millionen Dollar, die für die Renovierung von zwei Krankenhäusern in Mossul bestimmt waren, unterschlagen.<sup>8</sup> Bereits drei Monate vorher waren mehrere seine Mitarbeiter aufgeflogen, die insgesamt umgerechnet 64 Millionen Dollar abgezweigt hatten.<sup>9</sup>

Von den Geldern, die internationale Geber – von der Europäischen Union über die Weltbank bis hin zu den USA – auf einer Konferenz in Kuwait im vergangenen Jahr für den Wiederaufbau im gesamten Irak zugesagt hatten, insgesamt 30 Milliarden Dollar, kam vor Ort ebenfalls noch wenig an. Das Problem liege in Bagdad, heißt es von Seiten der potentiellen Geber. Die Regierung Abdul Mahdis sei bisher schlicht zu unfähig oder zu wenig engagiert gewesen, um eine Planung für die nötigen Aktivitäten vorzulegen.<sup>10</sup>

### Basis für das Wiedererstarken des Daesch geschaffen

Viele Beobachter sehen in dem mangelhaften Engagement auch eine Basis für das Wiedererstarken des Daesch. Dieser wurde durch die Rückeroberung seiner Hochburgen keineswegs besiegt, sondern hat sich in den Provinzen Kirkuk, Diyala, Salahaddin und Teilen des Anbar-Gebietes neu formiert. Die UNO schätzt seine aktuelle Stärke auf 15.000 bis 20.000 Kämpfer.<sup>11</sup>

Laut Aziz Ahmad fanden in den letzten fünfzehn Monaten Hunderte von Angriffen des Daesch in Gebieten statt, die offiziell von ihm befreit wurden. Die Hinterhalte gegen irakische Sicherheitskräfte hätten ein Ausmaß angenommen, das seit Jahren nicht mehr zu beobachten gewesen sei. Die Dschihadisten hätten sich weiterentwickelt und nutzten die Stimmung unter den Millionen von Menschen, die gezwungen wurden, aus ihren Häusern zu fliehen oder sich nun unter der Herrschaft schiitischer Milizen befinden.

Beobachtungen des kurdischen Sicherheitsrats zufolge wenden die irakischen Regierungskräfte auch wieder die Praktiken an, die vor dem Einmarsch des Daesch die Wut auf die Zentralregierung geschürt und ihm den Boden geebnet hatten. So stieg in den letzten Monaten die Zahl der Verhaftungen auf Basis des berüchtigten Anti-Terror-Gesetzes stark an, das willkürliche Festnahmen auf Grund vager Vorwürfe gestattet und vorwiegend gegen Sunniten angewandt wird. In den Jahren 2012-2013 zählte die Abschaffung dieses Gesetzes zu den zentralen Forderungen der Massenproteste im Nord- und Mittelirak. In den riesigen Gefangenenlagern treffen nun Neuankömmlinge auf Tausende Gefangene, die damals schon nach diesem Gesetz inhaftiert worden waren, viele von ihnen ohne Gerichtsverfahren auf unbestimmte Zeit eingesperrt.

Ungefähr 100.000 Flüchtlinge, die als Unterstützer des Daesch gelten, werden in überfüllten Camps in der Wüste gefangen gehalten. <sup>12</sup> Internationale Menschenrechtsgruppen werfen den Sicherheitskräften immer wieder Folter und Mord in diesen Lagern vor. Human Rights Watch veröffentlichte vor kurzem einen neuen Bericht über die unmenschlichen Bedingungen, unter denen auch Kinder, Jugendliche und Frauen, gefangen gehalten werden. Die Lager sind derart überfüllt, dass Gefangenen weder Platz zum Hinlegen noch zum bequem Sitzen haben. Matratzen gibt es aus Platzmangel keine.

Mehr noch als die staatlichen Sicherheitskräfte verstärken jedoch schiitische Milizen, die faktisch außerhalb der Kontrolle der Regierung operieren, Verbitterung und Wut auf das Regime. Da viele zum Kampf gegen den Daesch gegründet wurden, werden sie unter dem Begriff "Volksmobilisierungseinheiten" zusammengefasst (arabisch "Haschd al-Schaabi", meist englisch PMU abgekürzt). Sie waren bei der Rückeroberung der vom Daesch besetzten Gebiete mit äußerster Brutalität vorgegangen, auch gegen die verbliebene sunnitische

Bevölkerung. UN- und Menschrechtsorganisationen haben zahlreiche Massaker, Plünderungen und Brandschatzungen dokumentiert. Razzien dieser entsprechend verhassten und gefürchteten Milizen sowie demütigende Behandlung der Einheimischen an Checkpoints und bei Hausdurchsuchungen sind in den vom Daesch befreiten Gebieten auch heute noch an der Tagesordnung. Nach wie vor berichten Menschrechtsorganisationen auch über häufige standrechtliche Erschießungen und andere durch sie verübte Gewaltverbrechen.

Gleichzeitig nutzen die Milizen ihre Machtstellung zu einträglichen Geschäften, wie Wegzöllen an Check Points, Handel mit geplünderten Gütern und Ölschmuggel. Einheimische bezeichnen die hier nur "Haschd" genannten Milizen als "Mafia", deren Geschäfte ein "öffentliches Geheimnis" seien. <sup>14</sup> Die Empörung darüber kulminierte im März des Jahres, nach dem Untergang einer Fähre in Mossul, bei der 120 Menschen starben, in gewaltsamen Protesten, als bekannt wurde, dass mit Asa'ib Ahl al-Haqq ("Liga der Rechtschaffenen") eine der großen PMU-Milizen Miteigentümer des kriminell fahrlässigen Fährunternehmens war. <sup>15</sup>

Da die Regierung wenig für den Wiederaufbau tut und die schiitischen Milizen nicht zügeln will oder kann, gewinnt der Daesch nach Ansicht vieler Beobachter für den Kampf gegen pro-iranische Organisationen, die Regierung in Bagdad und ihre ausländischen Unterstützer. "Der in Mossul liegenbleibende Schutt" könnte zum "fruchtbaren Boden für ein IS-Revival" werden, so die US-Zeitung *Christian Science Monitor.*<sup>16</sup> Die Dschihadisten, die sich erneut auf dem Land ausbreiten, ist auch der kurdische Sicherheitsrat überzeugt, würden den neuen fruchtbaren Boden nutzen, um sich nachts in sunnitische Dörfer einzuschleichen, Vorräte aufzufüllen und Bomben an Straßenrändern und Kontrollpunkten zu platzieren – mit der stillschweigenden Zustimmung von rachesüchtigen Einheimischen.

Wollte man seinem Wiedererstarken etwas entgegensetzen, müsste man neben Maßnahmen für einen raschen Wiederaufbau und Wiederherstellung akzeptabler Lebensbedingungen auch die politischen Rahmenbedingungen ändern. Eine der zentralen notwendigen Maßnahmen, die u.a. auch vom kurdischen Analysten Ahmad gefordert wird, wäre die Übertragung der Polizeibefugnisse auf lokale Polizeieinheiten, die von Einheimischen besetzt sind. Sinnvoll wären auch großzügige Amnestien und Reduktion von Haftstrafen, sowie die Aussetzung der Todesstrafe. Einiges an Wut und Verbitterung ließe sich wohl auch durch großzügige und unbürokratische Zahlungen an die Familien entschärfen, die vom Krieg gegen den Daesch schwer getroffen wurden. Offizielle Entschädigungsanträge brauchen Jahre, bis sie vom ineffektiven und korrupten Rechtssystem bearbeitet werden. Bisher wurde kein einziger Anspruch solcher Opfer geklärt.17

#### Bundeswehr - Teil des Problems

Die deutsche Regierung nutzt die fortgesetzte Gefahr, die vom Daesch ausgeht, zur Rechtfertigung der geplanten Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im Irak. Dieser besteht einerseits in der Unterstützung des Luftkrieges der US-geführten Anti-IS-Allianz, zum anderen in der Ausbildung irakischer Einheiten, in erster Linie kurdischer Peschmerga, in Verbindung mit der Lieferung von Waffen und Munition. Indem sie mit ihrer Luftaufklärung eine zentrale Rolle bei den Bombardierungen spielte, trägt die Bundeswehr wie auch Berlin eine hohe Mitverantwortung für die angerichteten Zerstörungen und

die große Zahl von Opfern. Der Irak benötigt im Kampf gegen den Daesch aber keine Fortsetzung des Luftkrieges, sondern Unterstützung beim Wiederaufbau der Häuser und der Infrastruktur in den zerbombten Städten wie auch bei der Überwindung der tiefen Spaltung zwischen den Bevölkerungsgruppen.

Die deutsche Regierung setzt bei ihren Bemühungen, Einfluss im Land zu gewinnen, vorwiegend auf die irakischen Kurden, genauer gesagt auf die dominierende kurdische Partei, die vom Barzani-Clan geführte KDP. Indem sie die militärische Unterstützung vor allem auf deren Peschmerga konzentriert, ergreift sie einseitig Partei für sie – sowohl im innerkurdischen Konflikt mit den rivalisierenden anderen Parteien, wie auch im Konflikt mit der Zentralregierung und anderen Bevölkerungsgruppen.

### Kaum Fortschritte nach Regierungswechsel

Auch das übrige Land leidet noch immer unter den durch Krieg und Besatzung geschaffenen Verhältnissen. Rund 7 Millionen Iraker, darunter 3,3 Millionen Kinder, sind nach Angaben der UN-Organisation für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten UNOCHA auf humanitäre Hilfe angewiesen. Jedes fünfte Kind ist aufgrund chronischer Unterernährung in der Entwicklung zurückgeblieben.<sup>18</sup>

Das gesamte Gesundheitssystem ist desolat. Rund 20.000 Ärzte sind einer Studie des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zufolge seit 2003 aus dem Irak ausgewandert. Laut Weltgesundheitsorganisation WHO gibt es – Stand 2017 – nur noch neun Ärzte pro 10.000 Menschen im Irak, ein Drittel der Zahl im benachbarten Kuwait und sogar nur halb so viel wie im vom NATO-Krieg zerrissenen Libyen.<sup>19</sup>

Der Erfolg des Reformbündnisses "Sairun" (Wir marschieren) bei den Wahlen im Mai 2018, hatte bei vielen Hoffnungen auf eine Überwindung des korrupten und sektiererischen Regimes geweckt.<sup>20</sup> Es war aus der Protestbewegung entstanden, die sich ab 2015 aus landesweiten Massenprotesten gegen Korruption und Unfähigkeit von Regierung und Verwaltung entwickelt hat. Stärkste Kraft ist die Bewegung des einflussreichen Geistlichen Muqtada Al-Sadr. Diese ist ungeachtet ihres schiitischen Hintergrunds politisch in erster Linie nationalistisch, d.h. auf Durchsetzung der Interessen der Bevölkerung des Landes orientiert. Mit dabei sind auch linke Gruppierungen, inkl. der kommunistischen Partei Iraks. Zum Programm des Bündnisses gehört u.a. eine effektivere und inklusivere Regierung und Verwaltung, in denen Ämter nicht mehr nach ethnisch-konfessionellem Proporz und Patronage, sondern nach Kompetenz vergeben werden und bisher benachteiligte Bevölkerungsgruppen, wie die Sunniten, besser repräsentiert sind. Gleichzeitig richten sich ihre Forderungen gegen jegliche äußere Einmischung und die Präsenz ausländischer Truppen.

Sairun errang zwar die meisten Mandate, mit 54 der 329 Parlamentssitze blieb der Einfluss aber begrenzt und das Bündnis kontne keine nennenswerten Verbesserungen bei der Regierungsbildung durchsetzen. Nach fünfmonatigen Verhandlungen wurde mit Adel Abd al-Mahdi erneut ein Kompromisskandidat zum Premierminister gewählt, mit dem sowohl Teheran als auch Washington gut leben können. Al-Mahdi, der bei diesen Wahlen als Unabhängiger angetreten war, gilt als Technokrat und Mann der Mitte, war jedoch seit 2003 in führenden Positionen des von den USA installierten Regimes aktiv. Er war Mitbegründer des 1982 im Iran aufgebauten Obersten Rat für die Islamische Revolution im Irak (SCIRI), der die US-geführte Invasion unterstützte, und bis 2017 füh-

rendes Mitglied seiner Nachfolgeorganisation. Al-Mahdi, den Pepe Escobar 2005 als einen zum freien Marktwirtschaftler gewandelten Maoisten bezeichnete,<sup>21</sup> hatte zu Beginn der Besatzung mitgeholfen, die vom US-Statthalter Paul Bremer verordneten neoliberalen Maßnahmen umzusetzen, die die irakische Wirtschaft völlig deregulieren und dem ausländischen Kapital öffnen sollte. Er wurde als der Mann gesehen, der die Fortsetzung von Bremers Arbeit garantieren soll.<sup>22</sup>

Angesichts dessen waren von ihm fortschrittliche Reformen kaum zu erwarten. Ohnehin ist sein Spielraum als Unabhängiger ohne eigene Basis sehr begrenzt. Er hatte schon enorme Probleme sein Kabinett zu besetzen. Indem Sairun Kandidaten mit zu engen Verbindungen zum Iran blockierte, blieben die Ministerposten für Militär und Inneres bis vor kurzem unbesetzt.<sup>23</sup>

Der Sieg über den Daesch hat die Konfliktlinien zwischen den drei großen Volksgruppen des Landes, der schiitisch-arabischen Mehrheit, der sunnitisch-arabischen Minderheit und den Kurden noch schärfer hervortreten lassen.<sup>24</sup> Auch von der neuen Regierung kamen keine Ansätze, die Spaltung des Landes zu überwinden.

#### Staat im Staat – schiitische Milizen

Ein Entgegenkommen Bagdads gegenüber den Sunniten blockieren nicht zuletzt die großen schiitischen Milizen. Im Zuge ihrer Aufrüstung im Kampf gegen den Daesch wurden sie zu einem zentralen Machtfaktor. Aufgrund ihres großen Anteils am Erfolg gegen die Dschihadisten, stieg ihr Ansehen in weiten Teilen der schiitischen Bevölkerung trotz ihrer Gräueltaten enorm. Ihre Führer werden geradezu verehrt. Dies zahlte sich auch bei den Wahlen aus. Die Liste "Fatah", zu der sie sich unter Führung des Chefs der Badr Brigaden, Hadi Al-Amiri, zusammengeschlossen haben, errang die zweitmeisten Sitze. Es gibt keine offiziellen Statistiken über die Stärke der über 40 paramilitärischen Verbände, man schätzt die Zahl ihrer Kämpfer jedoch allgemein auf gut 130.000 Mann. Sie bilden einen Staat im Staat und spielen auch eine wichtige Rolle bei der Unterdrückung von sozialen Protesten. Aktivisten klagen einige der Milizen an, Mitstreiter auf der Straße erschossen und getötet zu haben.<sup>25</sup>

Nachdem sein Vorgänger damit scheiterte, nimmt Al-Mahdi nun einen zweiten Anlauf die PMU unter Regierungskontrolle zu bringen, indem er ihre Eingliederung in die regulären Streitkräfte verfügte. Damit kommt er auch einer zentralen Forderung des Reformlagers entgegen. Wichtiger dürfte jedoch der Druck der US-Regierung sein, die sie nicht zu Unrecht als starken Faktor für den iranischen Einfluss auf die irakische Politik und als militärische Bedrohung im Fall eines Krieges gegen den Iran betrachten. US-Außenminister Mike Pompeo hatte der irakischen Führung bei einem Überraschungsbesuch in Bagdad im Mai gedroht, dass die USA selbst mit Waffengewalt eingreifen würden, wenn sie die vom Iran unterstützten Milizen nicht unter Kontrolle halten würden.<sup>26</sup>

Formal wurden die Milizen schon unter Al-Mahdis Vorgängern zu regulären Einheiten erklärt, die dem irakischen Innenministerium unterstehen. Das wird jedoch seit Jahren von Mitgliedern der Badr-Bridagen, (bzw. -Organisation) geleitet und ihre Selbstständigkeit wurde kaum angetastet.

Die Chancen, dass der neue Premier sie tatsächlich unter Regierungskontrolle zwingen kann, sind gering. Ein Teil der Milizen hat zornig Widerstand angekündigt. Ein anderer, darunter die großen Verbände, wie Badr, hat zwar Bereitschaft signalisiert, sich in die Armee einzugliedern, ohne jedoch ihre Selbstständigkeit einschränken zu lassen. So würde ihre innenpolitische Position noch gestärkt und sie hätten als Teil der regulären Streitkräfte einen gewissen Schutz vor Repressalien von Seiten Washingtons.<sup>27</sup>

### Sozialer Sprengstoff: Versorgungsprobleme

In der Sommerhitze des letzten Jahres hatten die jährlichen Proteste gegen die mangelhafte Versorgung mit Strom und Wasser, Arbeitslosigkeit und miserable Lebensbedingungen allgemein, sowie die dafür verantwortliche Misswirtschaft und Korruption, im Süden des Landes Züge eines Aufstandes angenommen. Staatliche Gebäude, Parteizentralen und Büros schiitischer Milizen waren angegriffen und teilweise in Brand gesetzt worden. Sicherheitskräfte hatten Dutzende Demonstranten erschossen.

Obwohl seit 2003 viele Milliarden investiert wurden, steht nach Angaben des irakischen Elektrizitätsministeriums im Land nur eine Leistung von 15.000 Megawatt zur Verfügung, die über ein marodes, verlustreiches Netz verteilt wird. Der Bedarf liege jedoch bei 24.000 Megawatt, und könne im Sommer, wenn das Quecksilber auf 50 Grad Celsius klettert, auf 30.000 Megawatt steigen. Aufgrund des Bevölkerungswachstums wächst auch der Bedarf jährlich um 7 Prozent weiter.<sup>28</sup>

Eine bessere Stromversorgung war daher ein zentrales Versprechen Al-Mahdis. Wenig überraschend möchte er dies über ihre Privatisierung erreichen, stößt hier jedoch auf Widerstand im Parlament und breite Abneigung in der Bevölkerung.<sup>29</sup>

Parallel konzentriert sich die Regierung darauf, schon von der Vorgängerin anvisierte Großprojekte in Gang zu bringen. Im Herbst unterzeichnete sie mit Siemens eine Grundsatzvereinbarung über die Instandsetzung der Stromversorgung und Steigerung der Kapazität um 11 Gigawatt. Angesichts eines Auftragsvolumens von bis zu 13 Milliarden Euro wurde er in deutschen Medien als größter Deal des Konzerns gefeiert. Allerdings schloss Bagdad fast gleichzeitig ein ähnliches Abkommen mit dessen US-amerikanischen Konkurrenten General Electrics. Bagdad tut sich schwer, das Gesamtpaket aufzuteilen. Konkret vergeben wurde bisher nur ein Auftrag für ein neues Gaskraftwerk an Siemens für 700 Millionen Dollar. Die zusätzlichen 500 Megawatt werden jedoch frühestens im nächsten Sommer zu Verfügung stehen.<sup>30</sup>

Die schlechte Versorgung mit Wasser ist fast noch ein größeres Problem. Dies hängt zum Teil mit den Stromausfällen zusammen, ist aber auch eine Folge mangelhafter Abwasserentsorgung und Wasseraufbereitung, zugemüllter Flüsse und niedriger Wasserstände.

Irakische Behörden haben es in den letzten Jahrzehnten nicht geschafft, den Bewohnern von Basra genügend sauberes Trinkwasser zur Verfügung zu stellen, kritisiert HRW in einem im Juli veröffentlichten Bericht. Regierungsprojekte zur Verbesserung der Wasserqualität seien aufgrund von Misswirtschaft und Korruption stecken geblieben. 300.000 Bewohner seien noch immer nicht ans Wasser- und Abwassernetz angeschlossen. Die Situation habe sich mittlerweile zu einer akuten Wasserkrise zugespitzt, die letztes Jahr in der Provinz Basra mindestens 118.000 Menschen aufgrund von Erkrankungen ins Krankenhaus gebrachte habe.<sup>31</sup>

Investitionen in die Energie- und Wasserversorgung, wie auch in die sonstige Infrastruktur, werden auch unter der neuen Regierung bescheiden bleiben, trotz einer Steigerung



Debatte im UN-Sicherheitsrat zum Irak im August 2019. Quelle: UN Photo/Manuel Elias

des diesjährigen Haushalts um 45 Prozent gegenüber 2018 auf 112 Mrd. Dollar. Höchstens 28 Mrd. US-Dollar aus den, mit der Erholung des Ölpreises gestiegenen Export-Einnahmen, werden für Investitionen im gesamten Land bereitgestellt, inkl. Ölindustrie und Wirtschaftsprojekte. Der IWF schätzt den Bedarf allein in den vom Daesch befreiten Gebieten auf 88 Mrd.32

#### **Erneute Proteste**

Da sich an der Situation der Bevölkerung nichts geändert hat, die Normalbürger bei neuen Rekordtemperaturen weiterhin im Schnitt nur 12 Stunden am Tag Strom aus dem Netz erhalten,<sup>33</sup> lodern auch die Proteste im Land seit Juni 2019 wieder auf.34 So gab es am 19. Juni größere Demonstrationen in den Provinzen Basra, Muthanna und Dhi Qar und am 21. Juni in Maysan, Muthanna, Dhi Qar, Diwaniya und Basra. Moqtada al-Sadr rief seine Anhänger zu einem Treffen in Bagdad auf.

Die Reaktion der Regierenden ist ähnlich wie im letzten Jahr. Auf der einen Seite Versprechungen den Forderungen der Aktivisten entgegenzukommen, auf der anderen Einsatz von Tränengas und Schusswaffen, um Demonstranten auseinanderzutreiben. Der Polizeichef von Basra drohte, jeden Journalisten zu verhaften, der ohne Genehmigung über Demonstrationen berichten würde. 35 Bereits im Mai hatte es mindestens vier Tote und 17 Verletzte gegeben, als die Blockade eines großen Einkaufszentrums in Nadschaf, gewaltsam aufgelöst wurde, die im Rahmen einer dreitägigen Kampagne zur Unterbrechung der Geschäfte korrupter Unternehmen durchgeführt wurde, zu der Muqtada al-Sadr aufgerufen hatte.36

Die Probleme bei der Wasserversorgung könnten noch zunehmen, da die Türkei offenbar begonnen hat, den umstrittenen Ilisu-Staudamm am Tigris teilweise zu füllen.

Die Demonstranten machen aber in erster Linie nicht geringere Wassermengen aus der Türkei für den Mangel verantwortlich, sondern die Unfähigkeit und Selbstbereicherung des im Zuge der US-Besatzung etablierten Regimes. Zunächst als ethnisch-konfessionelles System errichtet, habe es sich zu einem Patronage-System der etablierten Parteien weiterentwickelt, so irakische Experten auf einem Symposium des Washingtoner Middle East Institute über die letztjährige Protestwelle.<sup>37</sup> Zwar übernahmen in der neuen Regierung teilweise Technokraten die Leitung von Ministerien. In jedem Ministerium gibt es jedoch nach wie vor noch einige hundert sogenannte "Vertreter", die sich um die Interessen ihrer Parteien kümmern.

Al-Mahdi hatte versprochen, dieses System zu beenden, die Mehrheit im Parlament konnte bisher jedoch alle Schritte zu einer Reform blockieren.

Andere Experten verweisen aber auch auf den schädlichen äußeren Einfluss durch westliche Regierungen und Konzerne hin. Schließlich sind an Korruption stets zwei Seiten beteiligt. Nicht nur während der direkten Besatzung, sondern auch noch in den Jahren danach, haben sich vor allem US-amerikanische Konzerne durch Geschäfte im Irak maßlos bereichert, ohne die Leistungen tatsächlich im vereinbarten Rahmen zu erfüllen. Al-Sadr fordert daher u.a., den Energiesektor wieder vollverstaatlicht in irakische Händen zu legen, statt in die ausländischer "Besatzerfirmen". Kompetente Ausschüsse mit Erfahrung und hoher Integrität müssten gebildet werden, die eine umfassende Strategie zur Lösung des Stromproblems im Irak entwickeln, ohne es zu politisieren.38

Die irakischen Experten auf dem erwähnten Symposium sahen für den diesjährigen Sommer eine weitere Eskalation der Protestbewegung voraus. Die Demonstrationen im vergangenen Jahr kosteten den früheren Premierminister seinen Job "könnten die diesjährigen den neuen seinen kosten?" fragt sich das Portal Middle East Eye. 39

### US-Wirtschaftskrieg und -Kriegsdrohungen gegen den Iran

Da der Irak den größten Teil seines Erdgases aus dem Iran importiert, sowie auch über 1000 Megawatt Strom (Middle East Eye zufolge sogar aktuell 35 bis 40 Prozent), könnte das von den USA über den Iran verhängte Wirtschaftsembargo einen Strich durch alle Rechnungen machen. Washington hat den Irak im Mai zwar noch ein drittes Mal für 90 Tage von dem Zwang ausgenommen, sich an der Blockade zu beteiligen, die Chancen bis dahin Ersatz zu finden, sind aber gering - vom politischen Willen der dominierenden pro-iranischen Kräfte im Lande zu schweigen. Es gibt keine Gaspipeline zu einem anderen Land als dem Iran und der nächste potentielle Lieferant, Katar, ist ein gutes Stück entfernt. Bis der Irak Gas aus eigenen Quellen nutzen kann, werden noch Jahre vergehen.<sup>40</sup>

Das Bemühen Washingtons, alle Staaten zu zwingen, sich seinem Embargo gegen den Iran anzuschließen, bringt den Irak generell in eine äußerst heikle Lage. Zum einen ist das Land auch in anderen Bereichen stark vom Handel mit dem östlichen Nachbarn abhängig, der im letzten Jahr auf 12 Mrd. US-Dollar angewachsen ist.41 Zum anderen verschärft es den Konflikt zwischen den pro-iranischen Kräften und den pro-westlichen, wie auch den sunnitischen und arabisch-nationalistischen. Teheran hofft den bilateralen Handel auf 20 Mrd. US-Dollar steigern zu können und hat mit Bagdad zahlreiche Pläne zur Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vereinbart. Geplant sind u.a. Industrieparks an der Grenze und die gemeinsame Erschließung von Gasfeldern. Im Rahmen eines umfassenderen Plans ist auch der Ausbau und Verknüpfung der Schienennetze beider Staaten vorgesehen, der es dem Iran auch ermöglichen soll, Waren nach Syrien und dessen Mittelmeerhäfen zu transportieren. Der irakische Präsident Barham Saleh sprach schon davon, dass sein Land "das Herzstück einer neuen Seidenstraße zum Mittelmeer" werde.

Teheran setzt offensichtlich darauf, die Folgen des US-Embargos mit irakischer Hilfe abmildern zu können und Bagdad hofft, dass Washington auch weiterhin nicht wagt, den Irak zu zwingen, die Geschäfte mit dem Iran einzustellen, wohl wissend, dass aufgrund der prekären Versorgungslage und instabilen politischen Verhältnisse, die Situation jederzeit explodieren könnte. Sicherheitshalber haben die beiden Länder aber auch ein Zahlungssystem abseits des Dollars eingerichtet, mit dem sie ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit vor US-Zwangsmaßnahmen schützen wollen. Es ähnelt der europäischen Zweckgesellschaft INSTEX, die von der EU gegründet wurde, um ihren Unternehmen Geschäfte mit dem Iran an den US-Restriktionen vorbei zu ermöglichen.<sup>42</sup>

Als Warnung, dass Washington die Geschäftsbeziehungen zwischen dem Iran und dem Irak scharf überwacht, dienten kürzlich Repressalien gegen ein Bagdader Unternehmen, weil es Waffen an irakische Milizen verkauft haben soll, die von der Iranischen Revolutionsgarde (IRGC) unterstützt werden. Letztes Jahr wurde eine irakische Bank abgestraft, weil sie bei der Übermittelung von IRGC-Geldern an die libanesische Hisbollah beteiligt gewesen sein soll.

#### USA und Israel gegen pro-iranische Milizen

Diese Repressalien wurden von Sprechern der schiitischen Milizen erwartungsgemäß scharf verurteilt.<sup>43</sup> Der Ton zwischen ihnen und der Trump-Administration wird ohnehin zunehmend rauer. Letztere verdächtigt irakische pro-iranische Milizen hinter den Anschlägen auf saudische Tanker und Infrastruktur zu stecken und zog alles Personal aus dem Irak ab, das nicht unbedingt benötigt wird. US-Außenminister Mike Pompeo warnte bei seinem Überraschungsbesuch am 7. Mai 2019 in Bagdad die Iraker, dass die USA sich das Recht herausnehmen werden, auf Angriffe "durch den Iran oder seine Vertreter im Irak" militärisch zu reagieren.

Die PMU wiederum wenden sich scharf gegen die aggressive Iran-Politik der USA und warnen sie davor, zu versuchen, ihre militärischen und zivilen Kräfte im Land für Maßnahmen gegen das Nachbarland zu nutzen.

Darin werden sie von den meisten Parteien im Parlament unterstützt. Zigtausende Demonstranten folgten zudem einem Aufruf al-Sadrs, [der sich grundsätzlich sowohl gegen die iranische wie die US-amerikanische Einmischung stellt,] zu Antikriegskundgebungen auf dem Tahrir-Platz in Bagdad und in einigen anderen Städten, die sich sowohl gegen die Kriegsdrohungen aus Washington richteten, wie auch gegen die Gefahr, dass der Irak "zum Schlachtfeld in einem solchen Krieg" werde. <sup>44</sup> Falls dieser ausbreche, "könnte er das Ende des Irak bedeuten".<sup>45</sup>

### Ausländische Truppen unerwünscht

Die Anwesenheit US-amerikanischer Truppen stößt ohnehin seit dem offiziellen Sieg über den Daesch wieder auf massiveren Widerstand. Offiziell sind 5.200 US-Soldaten im Land, dazu eine unbekannte Zahl von Söldnern. Auch wenn ihr Einsatz gegen die Dschihadisten offiziell auf Einladung Bagdads erfolgte, wird ihre Präsenz von vielen als Fortsetzung der Besatzung gesehen. Al-Sadr, der Millionen Anhänger mobilisieren kann, verlangt schon seit langem den Abzug aller ausländischen Truppen. Die PMU und ihr parlamentarischer Arm, die Fatah, unterstützen die Forderung mittlerweile ebenfalls. Auch schon das vorige Parlament hatte im März 2018 eine Resolution verabschiedet, die von der Regierung einen Zeitplan für den Abzug verlangte.

Die Ankündigung Trumps am 26. Dezember 2018, während eines unangekündigten Truppenbesuchs auf der Ain-Al-Asad-Basis in Anbar, die US-Truppen nicht abzuziehen und von diesem "hervorragenden Stützpunkt" aus "ein Auge auf den Iran zu haben", gab dem Anliegen einen zusätzlichen Schub. Die brüskierende, ohne Absprache und ohne Zusammentreffen mit Regierungsmitgliedern per Direktflug durchgeführte Stippvisite und die klare Bestätigung, dass Washington sein Militär keineswegs nur als Hilfstruppe gegen den Daesch im Land hat, führte zu einer breiten Welle der Empörung. Zusammen mit der Fatah und anderen Parteien brachte Sairun daraufhin im Januar eine entsprechende Gesetzesinitiative auf den Weg, verbunden mit der Drohung, falls nötig auch mit Gewalt gegen ausländische Truppen vorzugehen.<sup>47</sup> Mitte Mai sollte endlich die Abstimmung darüber im Parlament stattfinden, wurde aber noch einmal verschoben.<sup>48</sup>

Sollte die Initiative Erfolg haben, hätte auch die Präsenz der Bundeswehr im Land keinerlei rechtliche Grundlage mehr. In der Diskussion um eine Mandats-Verlängerung in Berlin spielt dies dennoch bisher keine Rolle, so wenig wie die mehrheitliche Haltung der Iraker zur Anwesenheit deutscher Truppen bisher.

Darüber hinaus haben die PMU mit einer "harten Reaktion" gedroht, sollten US-Truppen vom irakischen Boden aus gegen sie oder gegen den Iran vorgehen. Um ihren Drohungen Nachdruck zu verleihen, betonten PMU-Sprecher mehrfach, dass sie über genaue Informationen bezüglich Standorte, Verteilung und Aktivitäten der US-Truppen verfügen. Sie würden aber nicht diejenigen sein, die eine Konfrontation einleiten werden.

Als US-Außenminister Mike Pompeo gegenüber Premier al-Mahdi klarstellte, sie würden sich israelischen Angriffen nicht in den Weg stellen, verschärften auch PMU-Vertreter noch den Ton. "Die amerikanischen Streitkräfte liegen in Reichweite des Feuers der islamischen Widerstandsfraktionen", so Jawad Al-Talibawy, ein Führungsmitglied der "Liga der Rechtschaffenen", "und wenn die PMU oder die Widerstandsfraktionen von Israel oder Amerika angegriffen werden, wird die Antwort schmerzhaft sein".<sup>49</sup>

Die Bedrohung durch Israel ist keineswegs hypothetisch. Im Juli waren zweimal Stützpunkte schiitischer Milizen von Kampfjets angegriffen worden. Zwar hat sich kein Land zu den Bombardements bekannt, alles deutet jedoch, glaubwürdigen Berichten zufolge, daraufhin, dass sie von F35-Tarnkappenbomber der israelischen Luftwaffe ausgeführt wurden. <sup>50</sup> Ähnliches gilt für zwei Angriffe mit Hilfe von Drohnen am 12. August auf die Al-Sakr-Militärbasis bei Bagdad und am 20.8. nahe dem Militärflughafen Al-Balad nördlich von Bagdad, die u.a. auch von zwei führenden US-Beamten Israel zugeschrie-

ben wurden.<sup>51</sup> Bereits im Juni war eine Basis von Kata'ib Hisbollah in Syrien, direkt an der irakischen Grenze bombardiert worden.<sup>52</sup>

Die PMU-Milizen sehen Washington hinter den Angriffen auf ihre Stützpunkte. Die Trump-Administration hat eine Beteiligung an den Angriffen stets dementiert, bzgl. der beiden im Juli jedoch zugegeben, vorab informiert worden zu sein. <sup>53</sup> Auch wenn sie kaum Interesse an einer offenen Konfrontation im Irak haben kann, kann die Lage im Irak bei weiteren solchen Angriffen jederzeit explodieren. Die Einheiten der Bundeswehr stehen dann mittendrin.

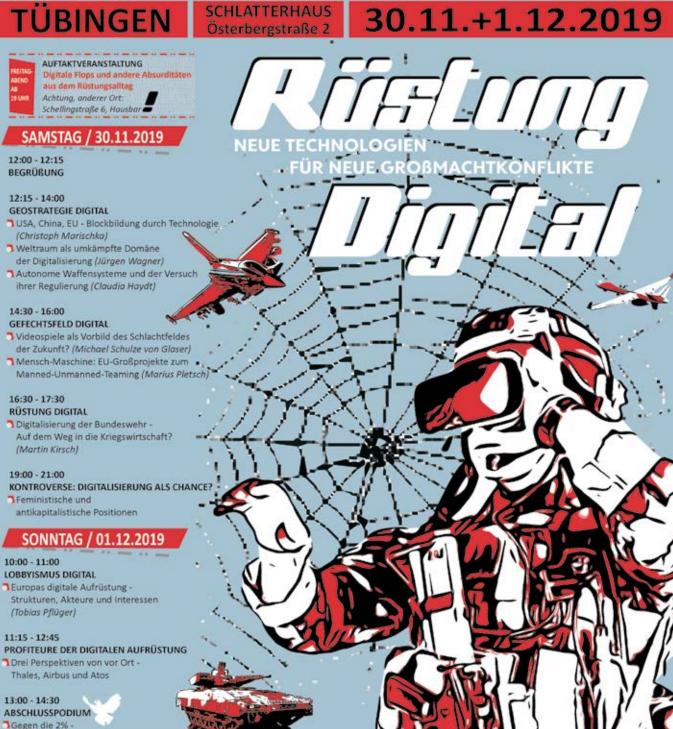
### Anmerkungen

- J. Guilliard, Mossul ein Jahr nach der "Befreiung"– 90.000 Tote durch Angriff der US-geführten Allianz, in Ossietzky 18/2018, 15.9.2018
- 2 Hidden bombs and eight million tonnes of rubble keep the people of Mosul from returning home, Danish Demining Group, 19.2.2019
- 3 West Mosul Perceptions on return and reintegration among stayees, IDPs and returnees, June 2019, International Organization for Migration IOM, 30.6.2019, Life Among the Rubble: Mosul 18 Months after "Liberation", Counterpunch, 4.7.2019
- 4 Mosul: A city still in ruins, two years after defeat of IS, BBC, 34.2019, In Mosul's enduring rubble, fertile soil for an ISIS revival?, Christian Science Monitor, 13.3.2019
- 5 War-torn cities in Iraq keen to boost reconstruction efforts by recycling debris, UN Environment Programme, 12.11.2018
- 6 Iraq's massive 2019 budget still fails to address reform needs, experts say, CNBC, 30.1.2019, In Anbar's Ramadi, residents haven't seen gov't aid to rebuild, Rudaw, 22.1.2019
- 7 Aziz Ahmad, Undefeated, ISIS Is Back in Iraq The New York Review of Books, 13.2.2019
- 8 Iraq: Fugitive Ex-Governor Embezzled \$10 MN in Aid for Displaced, Asharq Al-Awsat, 30.7.2019
- 9 Nearly \$64 million embezzled from Nineveh's coffers: commission, Rudaw, 23.4.2019
- 10 Iraq's Feckless Government Is Enabling an Islamic State Revival, The desultory reconstruction of Mosul and other Sunni areas risks creating a new pool of recruits, Bloomberg, 18. März 2019
- 11 Mosul: A city still in ruins, two years after defeat of IS, BBC, 3 April 2019
- 12 In Mosul's enduring rubble, fertile soil for an ISIS revival?, Christian Science Monitor, 13.3.2019
- 13 Siehe J. Guilliard Die Schlacht um Mossul, Der Irak zerrissen durch den Krieg gegen den "Islamischen Staat", interne Konflikte und äußere Intervention,: IMI-Studie 2017/11b , 9.8.2017
- 14 PMU economic offices undermine fragile stability in Mosul --The Popular Mobilization Units are spreading their economic influence in Mosul after playing a main part in the city's liberation, Al-Monitor, 27.5.2019
- 15 PMU economic offices undermine fragile stability in Mosul, Al-Monitor, 27.5.2019
- 16 In Mosul's enduring rubble, fertile soil for an ISIS revival?, Christian Science Monitor, 13.3.2019
- 17 Aziz Ahmad, Undefeated, ISIS Is Back in Iraq The New York Review of Books, 13.2.2019
- 18 Health and nutrition, UNICEF, Convention on the Rights of the Child (CRC) Campaign 2019,
- 19 Medical doctors, a disappearing profession in Iraq, The Arab Weekly, 31.03.2019
- 20 Eine neue Zeitrechnung Mit den Parlamentswahlen im Irak ist ein Durchbruch zu neuen politischen Ufern gelungen.,
- 21 Pepe Escobar, What's Behind The New Iraq, Asia Times, 9.4.2005
- 22 Joachim Guilliard, Der "neue Irak": Wahlen, Militäroffensiven, Marionetten und Todesschwadrone – Die Strategie der USA im Irak und die Struktur der Besatzungsherrschaft nach den Wahlen, IMI-Studie 2005/03

- 23 Irak: Wichtige Spitzenposten im Irak nach monatelangem Machtkampf besetztParlament stimmte neuen Ministern für Inneres, Verteidigung und Justiz zu, Der Standard, 24..6.2019, Who are Abd al-Mahdi's new ministers of defense, interior, justice?, The Baghdad Post, 24.6.2019
- 24 Die Kurden im Irak und in Syrien nach dem Ende der Territorialherrschaft des »Islamischen Staates, Stiftung Wissenschaft und Politik SWP, Juli 2018
- 25 Will It Be Another Summer of Discontent in Iraq?, World Politics Review, 18.7.2019
- 26 Iraq PM orders Iran-allied militias to be reined in, Reuters, 1.7.2019
- 27 Shiite militias react angrily to decree integrating them into Iraqi forces, Al-Monitor, 8.7.2019
- 28 Iraq's Electricity Sector at a Critical Juncture, Inside Arabia, 10.3.2019
- 29 ebd.
- 30 Großaufträge in Nahost: Wie Siemens und GE um den Irak kämpfen, Capital, 24..4.2019
- 31 Basra is Thirsty Iraq's Failure to Manage the Water Crisis, HRW, 22.7.2019
- 32 Iraq's massive 2019 budget still fails to address reform needs, experts say, CNBC, 30.1.2019
- 33 Heat wave hits Iraq—and sparks begin to fly, Phys.org, 16.6.2019
- 34 Basra protests build in Iraq as substandard services persist, Al-Monitor, 29.6.2019
- 35 Joel Wing, Summer Is Here And Iraqi Protests Met With Carrots And Sticks Again, Musings On Iraq, 4.7.2019
- 36 Deadly anti-corruption protests restart in Iraq's Najaf, Kurdistan 24, 16.5.019
- 37 Politics, Water and Discontent in Basra, Washington Report on Middle East Affairs, August/September 2019, pp. 62-63
- 38 Sadr Calls for Cutting Off Electricity for Officials Inside Green Zone, Asharq Al-Awsat, 18.6.2019
- **39** Iraq fearful electricity failures could spark another long, hot summer of unrest
  - Demonstrations last year cost the previous prime minister his job could this year's cost the new one his?, Middle East Eye,11.6.2019
- 40 Iraq electricity minister: US will continue exemptions for Iranian electricity imports, Al-Monitor, 5.6.2019
- 41 Iranian Exports to Iraq Hit Record High, Iraq Business News, 24.4.2019
- 42 How Iraq Is Helping Iran Survive US Sanctions OpEd, Eurasia Review, Geopolitical Monitor, 17.7.2019
- 43 Ebd
- 44 Thousands of Iraqis protest against potential war between US and Iran, Middle East Eye, 24 May 2019, Supporters of Iraqi Shiite cleric rally against possible U.S.-Iran war, Xinhua, 25.5. 2019
- 45 Sadr against Iraq becoming party to US-Iran conflict; Arab News, 24.5.2019
- 46 Iraq Prepares to Evict U.S. Troops, Foreign Policy, 20.3.2019
- 47 Draft law to pull foreign troops out of Iraq inching toward parliament, Al Monitor, 19.1.2019
- 48 'Iraqi parl. to vote on bill banning US military presence', PressTV 17.5.2019
- 49 Legislative Efforts To Expel U.S. Troops From Iraq, Alongside Shi'ite Militias' Threats To Force Them Out, MEMRI, 6.3.2019
- 50 Israeli military attacks in Iraq could complicate US strategy in Middle East, Al-Monitor, 2.8.2019
- 51 Israeli Airstrike Hits Weapons Depot in Iraq, New York Times. 22.8.2019, Who's behind explosions at PMU militia sites in Iraq?, Al-Monitor, 23.8.2019
- 52 Popular Mobilization Units (PMU) Threaten To Respond To Attack On Their Forces At Iraq-Syria Border, MEMRI, 28.6.2018 Israeli Jets Appear to Have Struck Iraq for the First Time Since 1981, Wall Street Journal, 1.8.2019
- 53 Iraq seeks Iranian assistance to curb militias' reign, Al-Monitor, 24.7.2019

# KONGRESS

DER INFORMATIONSSTELLE MILITARISIERUNG E.V. SCHLATTERHAUS Österbergstraße 2





Herausgeber des AUSDRUCKs ist die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wider. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154

Alternativen zur (digitalen) Aufrüstung